

Tim B. Müller

Nach dem Ersten Weltkrieg

Lebensversuche
moderner Demokratien

Hamburger
Edition
Institut für
Sozialforschung

Was lässt die Demokratie scheitern und was macht sie krisensicher? Um Antworten zu finden, muss sich der Blick auf die Zwischenkriegszeit richten. Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, der »Urkatastrophe« des 20. Jahrhunderts, war die Geburtsstunde moderner Demokratien. Doch die modernste Demokratie jener Zeit, die Weimarer Republik, scheiterte und führte im Zentrum Europas erneut in eine Katastrophe ungeheuren Ausmaßes, während Skandinavien, die USA oder Großbritannien die soziale Demokratie weiter ausbauten. Wer wissen will, warum moderne Demokratien scheitern können und was sie auch in den größten Krisen lebendig erhält, muss in die Zwischenkriegszeit schauen – in die Zeit, in der unsere heutige politische und soziale Welt geboren wurde.



Tim B. Müller

Nach dem Ersten Weltkrieg

Lebensversuche moderner Demokratien

Hamburger Edition



Der Text dieser Publikation erscheint unter einer Creative-Commons-Lizenz: CC BY-ND 4.0. Diese Lizenz erlaubt unter dem Vorbehalt der Namensnennung des Urhebers die Vervielfältigung und Verbreitung des Materials, gestattet aber keine Bearbeitung.

Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/deed.de>

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für das Originalmaterial.

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH
Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung
Mittelweg 36
20148 Hamburg
www.hamburger-edition.de

© 2014 by Hamburger Edition
ISBN 978-3-86854-279-0
<https://doi.org/10.38070/9783868546187>

Umschlaggestaltung: Wilfried Gandras, Hamburg
Satz und E-Book Umsetzung: Dörlemann Satz, Lemförde

Inhalt

I	Demokratie und Krise	9
II	Was ist Demokratie?	24
III	Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg	33
IV	Die Errichtung der liberalen und sozialen Demokratie	76
V	Die große Krise und die deutsche Katastrophe	116
VI	Wie überleben Demokratien?	126
VII	Fragilität und Stabilität	153
	Anmerkungen	156
	Schlussbemerkung und Dank	162
	Bibliografie	164
	Zum Autor	176

I Demokratie und Krise

Demokratie und Krise sind ein unzertrennliches Paar. Warum sollte man heute darüber nachdenken? Seit die moderne Demokratie mit den demokratischen Revolutionen im 18. Jahrhundert begann, gehört auch die Krise an ihre Seite. Es geht nicht anders. Demokratie lebt von der öffentlichen Debatte. Debatte braucht Zuspitzung, und in Gemeinwesen, die nicht winzige Stadtstaaten sind, bedeutet Öffentlichkeit Presse, und Presse ist ein Geschäft, dem es um den Gewinn von Aufmerksamkeit geht. Das führt zu einem Kreislauf der öffentlichen Erregung, den schon der französische Denker und Politiker Alexis de Tocqueville, der Vater aller modernen Demokratiediagnostiker, auf seiner Reise durch die amerikanische Demokratie im 19. Jahrhundert beobachtete, bewunderte und beklagte. Demokratien befinden sich in der Dauerkrise. Das ist ihr Existenzmodus. Entweder wird die Krise herbeigeredet, oder sie ist da, und manchmal geschieht auch beides zugleich. Darum ist es für Demokratien so schwer zu erkennen, wann es wirklich ernst wird.¹

Irgendwie geht es immer weiter. Aber manchmal steht alles auf dem Spiel. Wie in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Der Demokratie stand eine glänzende Zukunft offen. Sie selbst schien die Zukunft zu sein, die Zukunft der ganzen Welt. Sie legte zum ersten Mal allen Bürgern, Männern und Frauen, die Regierung in ihre eigenen Hände. Sie brachte Freiheit, Gleichheit, ökonomisches Wachstum und zarte Andeutungen von Wohlstand für alle.

Doch dann brach die Katastrophe der Weltwirtschaft he-

rein. Die Krise wurde lebensbedrohlich. Die Demokratie reagierte, versuchte, die Krise zu besänftigen und zu beherrschen. Und geht der Blick über Deutschland hinaus, gelang ihr das erstaunlich gut. Von den liberalen und sozialen Demokratien, die nach dem Ersten Weltkrieg entstanden waren oder sich aus »alten« Demokratien entwickelt hatten und die eine gewisse Festigkeit ausbilden und Zustimmung finden konnten, brach nur eine unter dieser Krise zusammen: die deutsche Demokratie. Allerdings mit so tragischen Folgen, dass schließlich die ganze Welt in die Katastrophe eines neuen, des Zweiten Weltkrieges gestürzt wurde. Dass die Weimarer Republik zerstört wurde, lag nicht daran, dass die Deutschen ein grundsätzlich und völlig anderes Verhältnis zur Demokratie gehabt hätten. Das wird sich auf den folgenden Seiten zeigen. Der Grund dafür war, um es in der Sprache unserer Zeit zu sagen, ein völlig verfehltes Krisenmanagement.

Die Demokratie befindet sich wieder in einer Krise. Dass sie bestehen bleibt, oder so bestehen bleibt, wie wir sie kennen, ist nicht selbstverständlich: Das ist kein Untergangsszenario, sondern ein nüchterner historischer Befund. Die historische Erfahrung zeigt jedoch auch, dass mit dem Durchhaltevermögen, der Anpassungsfähigkeit, dem Erfindungsreichtum der Demokratie immer zu rechnen ist. Es ist weder die Zeit für Abgesänge noch für Selbstzufriedenheit, sondern für Selbsterkundung. Was kann die Geschichte der modernen Demokratie dazu beitragen? »Unkenntnis der Vergangenheit führt zwangsläufig zu einem mangelnden Verständnis der Gegenwart. Es ist aber vielleicht nicht weniger vergeblich, angestrengt die Vergangenheit verstehen zu wollen, solange man über die Gegenwart nicht Bescheid weiß.«²

Diese Sätze stammen vom größten Historiker des

20. Jahrhunderts, Marc Bloch, der in zwei Kriegen und dann im Widerstand kämpfte und 1944 von der Gestapo gefoltert und erschossen wurde. Als 1940 die französische Republik besiegt worden war, von jenen, die zuvor auch die deutsche Demokratie zerstört hatten, und von ihren vielen begeisterten Anhängern nicht nur in Deutschland, ergründete Bloch, für den Erfahrung, Ethik und Erkenntnis zusammengehörten, die »intellektuellen Ursachen für unsere Niederlage«. Seine »Gewissensprüfung« kam zu dem Schluss: »Es fehlte gerade denen an Wissensdurst, die am ehesten in der Lage gewesen wären, ihn zu stillen«, den politischen, gesellschaftlichen, intellektuellen Eliten. »Denkfaulheit« führte zu »fataler Selbstgefälligkeit«. »Wir sind verloren, wenn wir uns in uns selbst zurückziehen; wir werden gerettet nur dann, wenn wir unser Hirn anstrengen, um unserer Wissen zu vertiefen und unsere Auffassung zu beschleunigen.«³ Die französische Demokratie der Zwischenkriegszeit, die den Schritt zur sozialen Demokratie verpasst, sich in inneren Auseinandersetzungen aufgerieben und kein entschlossenes Führungspersonal gefunden hatte, war auf ihren Gegner nicht vorbereitet. Sie hatte, in Gezänk verstrickt, dem Fatalismus ergeben, ihre Zeit vertan.

Heute hat die Demokratie an Selbstgewissheit verloren. Sie steht Problemen gegenüber, die unlösbar erscheinen und ihre Handlungsfähigkeit überfordern. Viele dieser Probleme lassen sich mit einem Achselzucken, mit dem »Irgendwie geht es immer weiter«-Reflex verdrängen und so vorerst bewältigen. Demografie, Renten, Integration, Infrastruktur, Bildung, Hochschulen, die Aufzählung ließe sich erheblich verlängern: beharrliche und vertraute Begleiter seit vielen Jahren. Wir kennen sie und fürchten uns nicht, solange sie nicht gravierende Einschnitte im Lebensstandard mit sich

bringen. Zudem üben die Alarmrufe der Krisenpropheten eine betäubende Wirkung aus: Demnach liegt das Ende der Demokratie schon hinter uns, und das Zeitalter der »Postdemokratie« ist angebrochen. In der Regel leidet die Plausibilität solcher Szenarien schon darunter, dass die Warnrufer sich etwas ganz anderes unter Demokratie – und folglich unter ihrem Untergang – vorstellen als die Mehrheit sowohl der Bürger als auch der politischen und intellektuellen Eliten in den Demokratien. Wie stichhaltig ihre Prognosen sind, dürfte sich schnell klären.

Wenn man die Alarmisten ebenso wie die Achselzucker ignoriert und sich nur auf die Stimmen des *common sense* konzentriert, auf das Leitmedium des globalen Kapitalismus etwa, die *Financial Times*, tritt eine Verkettung von Problemen zutage, die nicht unähnlich derjenigen ist, die in den dreißiger Jahren selbst die traditionsreiche Demokratie der Vereinigten Staaten von Amerika beinahe in den Abgrund gestürzt hätte. Viele kluge amerikanische Demokraten fürchteten den Zusammenbruch, und auch in Großbritannien, so gern als das Mutterland der Demokratie titulierte, obwohl es erst nach dem Ersten Weltkrieg im damaligen Sinne eine Demokratie geworden war, griff angesichts einer katastrophalen Dauerkrise der Pessimismus um sich. »Kann die Demokratie überleben?«, fragte 1933 ein prominenter Intellektueller, Leonard Woolf, sein Massenpublikum in einer BBC-Sendung.⁴ Diese Angst der Demokraten wird in vielen Darstellungen der Zwischenkriegszeit, die nur den Untergang der deutschen Demokratie im Blick haben, ignoriert oder heruntergespielt. Doch die Zeitgenossen wussten nicht, dass ihre Geschichte gut ausgehen würde.

Akut ist heute, wie damals, die globale Krise des Kapitalismus, die dieses Mal – 1929 war die Ausgangslage un-

klarer – an den Finanzmärkten begonnen und sich mittlerweile zu einer Krise der Weltwirtschaft und womöglich sogar zu einer fundamentalen Krise des ökonomischen Wachstums ausgeweitet hat. Allen Rettungsmeldungen und Erholungsanzeichen zum Trotz: Die wirtschaftliche Krise von 2008/2009, die von allen renommierten Experten für die gravierendste seit der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre gehalten wird, schwelt immer noch vor sich hin.

In dieser Krise ist die kurzfristige konjunkturelle Katastrophe, der Zusammenbruch der Finanzmärkte, mit langfristigen Entwicklungen zusammengetroffen. Das Ende der Nachkriegsprosperität, das sich schon lange angekündigt hatte, aber von vielen »Booms« und »Blasen« abgefangen worden war, hat sich in seiner ganzen Hässlichkeit gezeigt. Gleichzeitig haben sich die ersten schädlichen Folgen des in vielen Staaten vorangetriebenen »Strukturwandels« – von der Industrie- zur »postindustriellen« Dienstleistungsgesellschaft – bemerkbar gemacht. Das, was jahrzehntelang als das Staatsgeheimnis der westlichen Demokratien galt, die beinahe schon mythische, den sozialen Konsens stiftende Integrationskraft des wirtschaftlichen Wachstums, ist plötzlich verschwunden. Wenn es nicht mehr weitergeht, was kann dann noch verteilt werden?

Die ökonomistische Sicht der Demokratie, das Verständnis der Demokratie als Zugewinnsgemeinschaft, in der Wachstum alle gesellschaftlichen Ansprüche befriedigen und so Stabilität garantieren kann, wird weiterhin auf die Probe gestellt – die Antwort ist noch offen. Angesichts von Wachstumsraten, die sich seit 2008 nicht mehr erholen, wird von führenden Wirtschaftsexperten sogar die Frage gestellt, ob ökonomisches Wachstum, wie wir es im 20. Jahrhundert kannten, überhaupt noch möglich ist.⁵ Die »Gren-

zen des Wachstums«, ein Schlagwort aus den siebziger Jahren, das sich damals vor allem auf die Erschöpfung der natürlichen Ressourcen und auf die Umweltverschmutzung bezog, hat eine ökonomieimmanente Umdeutung erfahren: Demnach wird es die Wirtschaft aus eigener Kraft nicht mehr schaffen, dass es so weitergeht wie bisher – was für diejenigen, die mit Walter Benjamin der Auffassung sind: »dass es ›so weiter‹ geht, ist die Katastrophe«, eine gute Nachricht sein könnte.⁶ Für die Demokratie ist es keine gute Nachricht.

Während im Paris der späten dreißiger Jahre, als die Deutschen beinahe schon vor den Toren standen, die Gültigkeit von Walter Benjamins Satz außer Frage stand, dürfte angesichts der langfristigen Entwicklungen, die in den vergangenen Jahren zum Stillstand gekommen oder sogar umgekehrt worden sind, das Gegenteil der Fall sein: Dass es nicht mehr »so weiter« geht, ist ein gewaltiges Problem für die Demokratie. Nicht allein die durch Krisenmanagement verschärfte oder abgemilderte Wirtschafts- und Finanzkrise selbst und der Rückgang des ökonomischen Wachstums sind damit gemeint. Vor unseren Augen ist ein Prozess abgebrochen, der vor noch nicht allzu langer Zeit weit über Europa, Nordamerika und Transozeanien hinaus als eine der größten zivilisatorischen Leistungen der Weltgeschichte betrachtet wurde. Das »Jahrhundert der Umverteilung« (Pierre Rosanvallon), der Ausbau des Wohlfahrtsstaates, die unwiderstehliche Macht, die von der Leitidee der sozialen Gerechtigkeit ausging, sind an ihr Ende gekommen. Man muss sich vor Augen halten, was das historisch bedeutet: »Konjunkturbereinigt« hielt diese Entwicklung über alle Kriege, Krisen und Katastrophen hinweg seit dem späten 19. Jahrhundert an. Und das auch über die siebziger

Jahre hinweg, die uns seit einiger Zeit von einer boomenden Zeitgeschichte als Phase des Epochenbruchs verkauft werden: Die Verminderung sozialer Ungleichheit ging in vielen westlichen Länder in den achtziger und neunziger Jahren weiterhin voran. In Margaret Thatchers Großbritannien etwa nahm Kinderarmut zwar wieder zu, doch schon unter ihrem Nachfolger John Major wurde dieser Trend wieder umgekehrt und Ungleichheit reduziert. Wenn man die Daten berücksichtigt, endete Englands »progressive Periode« erst Mitte der 2000er Jahre. Die soziale Mobilität, also die Chance zum Aufstieg durch Arbeit, hat schlagartig abgenommen, am stärksten in den USA, wo die Möglichkeit zum Emporarbeiten seit je auch ein politisches Grundversprechen gewesen war. Die um 1985 Geborenen sind seit hundert Jahren die erste Alterskohorte, die nicht wohlhabender ist als die der zehn Jahre zuvor Geborenen. Überall wächst die soziale Ungleichheit, in einem Ausmaß, das selbst eingefleischte, aber im Sinne Marc Blochs nicht denkfaule Kapitalisten für lebensbedrohlich halten.⁷ Genau das war der Grund, warum John Maynard Keynes sich nach dem Ersten Weltkrieg einen neuen Kapitalismus ausdachte.

Die so lange für unverzichtbar gehaltene Verknüpfung von Demokratie und Wohlfahrtsstaat ist plötzlich brüchig geworden. Was in vielen Jahren des »neoliberalen« Sturmangriffs den Gegnern des Wohlfahrtsstaates nicht einmal in Großbritannien oder den Vereinigten Staaten völlig gelungen ist, ergibt sich nun als Folge der Krise: Der Wohlfahrtsstaat selbst steht zur Disposition. Große Banken stöhnen über jedes Prozent, das ihnen mehr an Eigenkapital abverlangt wird, um das Finanzsystem stabiler zu machen und in diesem Schlüsselsektor moderner Ökonomien wieder

Marktprinzipien einzuführen. Die Kosten der Bankenretungen wurden bislang dem demokratischen Wohlfahrtsstaat aufgebürdet, der seinen Bürgern nicht nur Sozialversicherungen und Arbeitsmarktteilnahme bietet, sondern Kultur, Bildung, Gesundheitswesen und vieles mehr umfasst, was so lange als Inbegriff der modernen Zivilisation und Voraussetzung einer lebendigen Demokratie galt: Das war die epochale Erfindung, die große Erkenntnis der Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg. Haushaltskonsolidierung und »Austerität« können mit dieser Erkenntnis in Einklang stehen und Ausdruck demokratischer Tugenden, der Sorge um das Gemeinwesen sein; sie können jedoch auch die Vitalität einer Demokratie untergraben oder gezielt der Zerstörung preisgeben. Dabei steht nicht einmal fest, dass Sparen hilft, um die ökonomische »Wettbewerbsfähigkeit« (auch das schon ein Wort der zwanziger Jahre) wiederherzustellen. Genauso ungesichert ist die Annahme, der Wohlfahrtsstaat würde die Wirtschaft ersticken. Solche Thesen stehen und fallen mit den Meinungskonjunkturen. Die moderne Wirtschaftswissenschaft entfaltet oft einen Zahlenzauber, der die Aura von Wahrheit erzeugen soll. Und doch handelt es sich bei ihr um eine genauso deuthungsabhängige Sozialwissenschaft wie jede andere auch. Darüber können mathematische, die soziale Komplexität auf wenige Variablen reduzierende Modelle nicht hinwegtäuschen. Und in dem Deutungsstreit der Ökonomen gibt es viele ernst zu nehmende Argumente, die auf die langfristig positiven Auswirkungen hinweisen, die der Wohlfahrtsstaat auf die Wirtschaft hat: Ohne Ausbildung, Grundlagenforschung, gesunde Arbeitnehmer und soziale Stabilität gab es bislang kein dauerhaftes Wirtschaftswachstum. Zuständig dafür ist überall in unterschiedlichem Ausmaß der

Wohlfahrtsstaat. Nicht die Steuerlast ist entscheidend, sondern wofür und wie effizient die Steuern verwendet werden – eine Erkenntnis, die bereits im jungen demokratischen Wohlfahrtsstaat nach dem Ersten Weltkrieg diskutiert wurde.⁸

Ob nun Haushaltssanierung oder öffentliche Investitionen heute die richtige ökonomische Antwort auf die Wirtschaftskrise sind, oder beides zugleich, diese Frage scheint keine eindeutige Antwort zu erlauben. Eine Folge der wachsenden sozialen Ungleichheit zeigt sich jedoch deutlich: die zunehmende gesellschaftliche Abschottung. Ein kleiner Teil der Bevölkerung, bei dem sich immer mehr ökonomische und politische Macht konzentriert, setzt sich immer weiter ab vom Rest der Gesellschaft. Die Innenstadtbezirke globaler Metropolen sind für akademisch gebildete Mittelschichten kaum noch erschwinglich, andere Städte erleiden Zerfall und Bankrott. Ein Symbol für die Tendenzen der sozialen Fragmentierung und Segregation sind die »gated communities«, umzäunte und von Sicherheitspersonal bewachte Wohngegenden ohne öffentlichen Raum. Der Sinn für politische Gemeinschaft scheint, wenn er überhaupt noch existiert, auf kleinere Zusammenhänge übertragen zu werden, am besten noch auf die eigene Stadt. Die für Demokratien unverzichtbare »Kommunalität«, die Fähigkeit und das Gefühl, gemeinsam und gleichberechtigt über Fragen entscheiden zu können, die alle Staatsbürger betreffen, geht verloren.⁹

Eine solchermaßen ökonomisch geschwächte Demokratie trifft nun auf eine unwirtliche Umwelt. Das Projekt Europa hat an Faszination verloren und scheint vielen Betrachtern, obwohl die Überforderung der Nationalstaaten und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit offenkundig sind,

mit seinen technokratischen Entscheidungen selbst der Demokratie im Weg zu stehen. Populistische Parteien und Bewegungen sind mit einer seit Jahrzehnten nicht gekannten Vehemenz in Europa und Amerika aktiv geworden. Ressentiments und Misstrauen werden zu Politik. Auf den Straßen der Weimarer Republik ging es oft friedlicher zu als im heutigen Griechenland, das neuerdings so oft mit Weimar verglichen wird. Und manchen, die nicht mehr an die Problemlösungskompetenz der Demokratie glauben, bieten sich mit China, Russland oder lateinamerikanischen Präsidialregimes autoritäre Alternativen, die effizienter zu funktionieren oder den sozialen Zusammenhalt besser zu sichern scheinen; was keine sachliche Grundlage hat, aber in einem Klima des Ressentiments dennoch Resonanz findet.¹⁰

Dass die Demokratie in einer gefährlichen Welt bestehen und handeln muss, ist kein neues Problem. Es gibt aber eine neue Herausforderung, die Demokratien genauso betrifft wie Autokratien oder Parteidiktaturen und die am liebsten in die Sphäre der technischen oder ökonomischen Spezialprobleme verwiesen wird, um ihre politischen Konsequenzen nicht denken zu müssen. So nachvollziehbar es ist, den globalen Klimawandel durch die Abarbeitung in Expertenkommissionen – unterbrochen von den Konjunkturen der Medienaufmerksamkeit – politisch entschärfen zu wollen, eine lebenswillige Demokratie kann diese existenzielle Bedrohung nicht auf Dauer verleugnen oder verharmlosen. Franklin Delano Roosevelt oder Per Albin Hansson, zwei der erfolgreichsten Retter und Reformer der Demokratie in der Zwischenkriegszeit, gingen, jeder auf seine Art und unter seinen Bedingungen, die größten Probleme direkt und entschlossen an. Es gibt Krisen, die man nicht aussitzen

kann, auch wenn es erst einmal irgendwie weiterzugehen scheint. Dass der Klimawandel über die Gewalt verfügt, die Fundamente dessen zu erschüttern, was wir uns unter Demokratie vorstellen, befürchten nicht wenige Fachleute. Einige befürworten gar, nach altrömischem oder Weimarer Muster, eine globale Notstandsdictatur zur Rettung unserer demokratischen Lebensform, wenn nicht der menschlichen Zivilisation überhaupt. Dass es sich beim Klimawandel um eine existenzielle politische Herausforderung der Demokratie handelt, nicht nur um eine ökonomische, ökologische oder technische Störung, versucht die politische Debatte auszublenden, so gut sie kann.¹¹

Die Lage ist nicht erfreulich für die Demokratie. Wenn auch nicht so gefährlich wie in den Jahren nach 1929, als mit den Wahlerfolgen der Nationalsozialisten – deren Durchbruch 1930 erfolgte – die antidemokratischen Kräfte in Deutschland eine neue Radikalität gewannen und als es schließlich zum völligen Zusammenbruch der Weltwirtschaft kam. So sicher wie nach 1945 kann sich die Demokratie jedoch nicht mehr fühlen. Der unvergleichliche ökonomische Boom und die unangefochtene amerikanische Hegemonie sorgten für die historisch einmaligen Idealbedingungen der Nachkriegsdemokratie. Die Wechselfälle extremer Konjunkturschwankungen sind in die Weltwirtschaft zurückgekehrt. Amerika kann und will nicht mehr die Rolle der letzten Instanz übernehmen. Der Streit im Innern, eskaliert bis hin zur Dysfunktion der Staatsapparate, sorgt dafür, dass die Vereinigten Staaten nicht mehr zu alter Größe zurückfinden, obgleich ihre Macht und Energie noch immer einzigartig sind.

Und doch haben sich die nach 1945 etablierten und seither ausgebauten Institutionen und Mechanismen der inter-

nationalen Zusammenarbeit bewährt. Dass Europa und die Welt auf ein solches System von Kooperationsstrukturen zurückgreifen können, ist einer der entscheidenden Unterschiede zur Situation nach dem Ersten Weltkrieg. Das Wohlstandsniveau ist allen Krisen zum Trotz erheblich höher. Und keine erfolgreiche populistische Bewegung – und der Erfolg rechtspopulistischer Bewegungen in Frankreich, in den Niederlanden oder in den USA lässt sich nicht mehr übersehen – könnte sich heute als antidemokratische Kraft positionieren: Jenseits der Demokratie gibt es keinen politischen Horizont mehr in den westlichen Demokratien.

Insofern geht es auf den folgenden Seiten nicht darum, der heutigen Demokratie den Spiegel vorzuhalten. Bei allen scheinbaren Ähnlichkeiten ist die historische Differenz nicht zu überbrücken. Interessanter ist eine andere Erkenntnischance, die die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg eröffnet: Sie erinnert uns an vergangene, aber womöglich lehrreiche Lebensversuche moderner Demokratien. Sie zeigt uns, wie die Demokratie in vielen Staaten gebaut und stabiler gemacht wurde, wie sich Demokratien selbst verstanden und verbesserten. Die Diskussion von Grundsatzfragen findet in der Gegenwart kaum statt; die Zwischenkriegszeit kann einen Anstoß dazu geben. Denkräume öffnen, vergangene Möglichkeiten aufdecken, die vielen Zukunftsoptionen der Vergangenheit und nicht die eine Vorgeschichte des Nachfolgenden erschließen, die Gründe des zufälligen So-Gewordenseins der Gegenwart und damit ihre grundsätzliche Änderbarkeit erfassen, das ist der Beitrag, den die Geschichte zu den Debatten unserer Zeit leisten kann.

Ist das Zeitalter der Demokratie, das nach dem Ersten

Weltkrieg begann, zu Ende? Wohl kaum. Die Massendemokratie war seither nicht mehr zum Verschwinden zu bringen. Globale Demokratisierung schien beinahe ein Jahrhundert lang ein real existierendes historisches Gesetz geworden zu sein, auch wenn jeder wusste, dass solche Determinismen nur der Fantasie von Intellektuellen entspringen. Es lässt sich heute überhaupt keine politische Ordnung mehr denken, die nicht zumindest Anleihen bei der Demokratie nähme, mit ihren Verfahren und Versprechen spielte, auf Massenlegitimation und Partizipation irgendeiner Art angewiesen wäre. Auch die Geschichte der parasitären und pathologischen Übernahme von Ausdrucksformen der Demokratie durch Diktaturen der Linken und der Rechten begann bereits nach dem Ersten Weltkrieg.

Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zeigt uns, welche Überlebensstrategien sich Demokratien in einer existenziellen Krise einfallen ließen, um die Demokratie zu bewahren, zu sichern und zu stärken. Die Bereitschaft zum Experimentieren und Ausprobieren, die sich dabei offenbart, wurde legitimiert durch die Berufung auf die Demokratie und angetrieben vom Willen, die Demokratie zu verteidigen. Wer sich auf reines Krisenmanagement verließ, der hatte, wenn es wirklich ernst wurde, verloren. Die demokratischen Überlebensstrategien wurden nicht technokratisch verordnet – sonst wären es keine demokratischen Strategien mehr gewesen. Sie wurden von demokratischen Führern entschlossen durchgesetzt, mit großem Einfallsreichtum, Mut und Risiko für die eigene Karriere, notfalls auch mit List und Druck, aber niemals ohne einen Prozess des öffentlichen Erklärens, der politischen Teilhabe, des Mitmachens und des Einbindens von großen Teilen der Bevölkerung in Gang zu setzen. Genau das also, was ihren

Gegnern lähmend und lästig erschien, die öffentlichen Kontroversen, Kontrollen und Korrekturen, machte auf Dauer die Effizienz und den Erfolg der Demokratien aus. Roosevelt oder Hansson etwa warben ständig für ihre Maßnahmen im Namen der Demokratie, vor kleinem und großem Publikum, persönlich und über die Medien, mit emotionalen Appellen und sachlichen Begründungen.

Die Verlockung ist groß, die Zwischenkriegszeit nur aus diesem Blickwinkel zu betrachten. Dieser Essay will jedoch die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg aus sich selbst verstehen. Ein Widerspruch? Nein. Die Gegenwart steht immer im Hintergrund. Sie lässt das Interesse an der Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg überhaupt erst so dringlich werden. So hofft dieser Deutungsversuch, in Anlehnung an die Worte Marc Blochs, durch eine bessere Kenntnis der Vergangenheit auch zu einem besseren Verständnis der Gegenwart beizutragen, und hält es für vergeblich, die Vergangenheit verstehen zu wollen, solange man über die Gegenwart nicht Bescheid weiß. Auf dem Spiel stand damals die Demokratie, die sich niemals auf ihre ökonomischen Probleme reduzieren lässt, obgleich das zur Gewohnheit von Wirtschaftshistorikern und Wirtschaftsexperten geworden ist. Aus diesem Grund versucht sich dieser Essay, selbst wo er sich zu Fragen der Wirtschaft äußert, nicht in der Wirtschaftsgeschichte, sondern stets in der Geschichte der Demokratie. Das Politische, nicht das Ökonomische, bildet das Zentrum der Demokratie.

Dieser Essay schlägt eine andere Lesart der Zwischenkriegszeit vor, als sie in vielen Darstellungen zu lesen ist. Keine »Erfolgsgeschichte« eines abstrakten Gebildes, sondern eine Geschichte vom Einfallsreichtum und Durchhaltevermögen, von der Schwäche und Orientierungslosigkeit,

vom Mut und der Leidenschaft der Demokraten und Demokratien nach dem Ersten Weltkrieg. Infolgedessen handelt es sich um ein Gedankenexperiment, um eine riskante Interpretation, die bewusst zu Einseitigkeiten greift, um das Ganze in ungewohntes Licht zu tauchen. Wenn wir mehr sehen als zuvor, oder etwas anderes als gedacht, ist der Zweck erfüllt.

II Was ist Demokratie?

Was in griechischen Stadtstaaten, von denen viele weit kleiner waren als deutsche Kleinstädte, und allen voran in Athen zeitweilig als Demokratie gelebt wurde, unterschied sich in vielem von dem, was später als Demokratie gelten sollte. Das Experiment der Griechen mit der Demokratie, immer wieder von Kriegen, Krisen und der Rückkehr zur Oligarchie unterbrochen, währte vom fünften bis zum vierten vorchristlichen Jahrhundert. Demokratie als Wort blieb erhalten. Bis ins 18. Jahrhundert hinein diente es als eine technische Bezeichnung in der Diskussion um die beste Staatsverfassung. Das Ideal der klassischen Mischverfassung, gebildet aus monarchischen, aristokratischen und demokratischen Elementen, sah seinen historischen Bezugspunkt allerdings eher im republikanischen Rom als in Athen. Noch einige der französischen Revolutionäre hatten dieses Ideal im Blick und nicht die moderne Massendemokratie. Gleichzeitig blieb Demokratie seit der Antike als Schreckenswort in Umlauf, das die Herrschaft des Pöbels, den Terror der niedrigen Affekte androhte. Das war das Bild von Demokratie, das einige der amerikanischen Gründerväter im Sinn hatten. Nicht alle von ihnen waren so sehr von der Demokratie überzeugt wie der Sklavenhalter Thomas Jefferson.

Zu dieser Zeit, in der Ära der beiden »demokratischen Revolutionen« in Frankreich und Amerika, trat der große Umbruch ein. Das Wort Demokratie begann seine heutige Bedeutung anzunehmen, Demokratie wurde zum politischen Grundbegriff. Die »repräsentative Demokratie« wurde

entdeckt, Demokratie nicht mehr als zwangsläufig direkte Demokratie gedacht: Über gewählte und in ihrem Amt unabhängige Volksvertreter funktionierte die Demokratie auch in großen Staaten, was jahrhundertlang bezweifelt worden war, und die Furcht vor den Stimmungsschwankungen des Volkes trat zurück. Die unterschiedlichsten Dinge, politische Debatten, der Alltag des öffentlichen Lebens, die Lebensweise der Bürger selbst, nicht mehr nur Verfassungsinstitutionen, wurden nun als demokratisch bezeichnet. Auch im deutschen Sprachbereich löste die Französische Revolution ein neues Demokratieverständnis aus. Wie der Begriff der Demokratie die Schwelle vom antiken Verfassungsbegriff zum »universellen Erwartungsbegriff« überschritt, ließ sich innerhalb weniger Jahre erkennen: Zeigten deutsche Dichter am Anfang der Revolution sich vom »demokratischen Wahnsinn« der Franzosen abgestoßen und dachten sie noch in den Kategorien der alten Verfassungslehre, so registrierten sie kurz darauf eine neue Entwicklung, eine in die Zukunft weisende »Demokratisierung«. Die Revolutionäre hatten in Frankreich das Programm einer »Universal-Demokratie« in die Welt gesetzt. Keine immer gleichen konstitutionellen Kreisläufe mehr – die Geschichte bewegte sich fortan nur noch in eine Richtung, auf den »Endpunkt« Demokratie zu. Das Wort verließ die Gelehrtenstuben und politischen Diskussionszirkel. In Frankreich war Demokratie seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts bereits in aller Munde.¹²

Demokratische Politik und demokratisches Leben wurden nicht voneinander getrennt. Das klassische Werk über die Demokratie, Alexis de Tocquevilles »Über die Demokratie in Amerika« (1835/1840), beschrieb eine Gesellschaftsordnung der Gleichheit, die von Grund auf demo-

kratisch war – nicht ohne den Hinweis zu vergessen, dass eine solche demokratische Gesellschaft die Zeit, die Sicherheit, die günstige Lage Amerikas brauchte, um sich ungehindert zu entwickeln. In Amerika konnte die Demokratie Fehler begehen, die ohne Konsequenzen blieben. Volkssouveränität und Wahlrecht, Kongress und Präsident bildeten nur das politische Grundgerüst. Presse, Alltagsleben, Wirtschaftsaktivität, Familienleben, Religion, die Kultur der Vereine, Verbände, Kleinkirchen und bürgerschaftlichen Organisationen, der »öffentliche Geist«, das »demokratische Denken und Fühlen«, die »demokratischen Sitten«, die »demokratische Gesellschaftsordnung« machten die amerikanische Demokratie aus. Unter den Schattenseiten der Demokratie stellte Tocqueville die Gefahren einer »Mehrheitstyrannie« und eines »milden« Drucks zur Anpassung heraus. Er prüfte die Krisentauglichkeit der Demokratie und kam, bei aller Skepsis, zu dem Schluss, dass die Demokratie funktionierte, selbst unter den ungünstigeren Bedingungen in Europa, wenn Demokratien sich etwas einfallen ließen, um die »Erhaltung der Demokratie« zu sichern: Wenn sie »große und erfolgreiche Anstrengungen« unternähmen, »um die Schwächen des menschlichen Herzens zu bekämpfen und die natürlichen Mängel der Demokratie zu beheben«. Dass es geht, dafür hatten die Amerikaner den Beweis erbracht: Sie hatten »dargetan, dass man hoffen darf, die Demokratie mit Hilfe der Gesetze und der Sitten zu regeln«. Wie es geht, würde jedes Volk für sich herausfinden müssen, das Ergebnis würde überall ein wenig anders ausfallen, doch die fortschreitende Demokratisierung hielt Tocqueville für unaufhaltsam, und die Demokratie für überlebensfähig.¹³

Tocqueville stellte die demokratische Bedeutung der »Zi-

vilgesellschaft« etwas einseitig dar. Gesellschaftliches Engagement stärkt die Demokratie nicht zwangsläufig. Und nicht nur in der amerikanischen Demokratie, sondern auch in den deutschen Monarchien des 19. Jahrhunderts gab es eine Sphäre der selbstorganisierten Geselligkeit. Bei Tocqueville kommt auch zu kurz, dass der Wahllakt in Amerika eher das Selbstbild einer draufgängerischen weißen Männlichkeit bekräftigte, mit Raufereien und öffentlichen Besäufnissen am Wahltag (einen einheitlichen Wahltag gab es nicht vor 1845), an dem unter öffentlicher Beobachtung die Stimme für den richtigen Kandidaten abzugeben war. Das änderte sich um 1900, als ein »zivilisiertes« Wahlverfahren eingeführt und die Korruption der Parteiapparate bekämpft wurde. Frauen durften erst nach dem Ersten Weltkrieg wählen, genauso wie in vielen europäischen Demokratien, das Wahlrecht der afroamerikanischen Bürger in den südlichen Bundesstaaten der USA blieb bis in die 1960er Jahre eingeschränkt, wenn es nicht faktisch verwehrt wurde. Doch macht Tocquevilles Werk deutlich, dass Demokratie in der Moderne, seit den demokratischen Revolutionen, niemals lediglich eine Bezeichnung für ein System von Verfassungsinstitutionen und politischen Verfahren war, sondern auch für eine Gesellschaftsform und Lebensweise.

Einen gewaltigen Schub erlebte die Popularisierung des Begriffs Demokratie um die Zeit der Revolutionen von 1848. In Deutschland schrieben die Dichter damals Hymnen auf Demokratie und Republik; Lorenz von Stein erfand die »soziale Demokratie«, in der die Staatsverwaltung der Sozialreform verpflichtet war und die Staatsverfassung individuelle Freiheit und politische Teilhabe garantierte; radikale Demokraten forderten die demokratische und soziale Republik, in der »das Glück, die Freiheit und die Würde jedes

Einzelnen als gemeinsamer Zweck aller anerkannt ist, und die Rechts- und Machtvollkommenheit der Gesellschaft aus der Verständigung und Vereinbarung aller ihrer Glieder entspringt«. Das Verlangen der Demokraten nach sozialer Gerechtigkeit trug dazu dabei, dass der Begriff Demokratie in Deutschland, Dänemark oder Großbritannien einen radikalen Beigeschmack bekam und mit einer sozialen Revolution oder zumindest mit einer maßvollen Umverteilung von Eigentum und einer staatlichen Grundversorgung mit öffentlichen Gütern verbunden wurde.¹⁴

Die soziale Programmatik und die Kultur der Gleichheit, die von Anfang der modernen Demokratie an Teil ihrer Grundausstattung waren, werfen eine Frage auf, die bis in die Gegenwart die politischen Debatten beschäftigt: die Frage nach dem Verhältnis von Freiheit und Gleichheit. Was uns heute als ein Gegensatz oder zumindest als ein Spannungsverhältnis erscheint, als würde mehr Freiheit zwangsläufig weniger Gleichheit bedeuten und umgekehrt, gehörte für die frühen Demokraten untrennbar zusammen. Für die französischen Revolutionäre genauso wie für die meisten der amerikanischen Gründerväter war eklatante Ungleichheit das Kennzeichen der nicht-demokratischen, auf Adelsprivilegien beruhenden Gesellschaft, die sie ein für allemal abschaffen und durch die Demokratie ersetzen wollten. Wobei nicht die Gleichheit der Vermögen angestrebt wurde: Gleichheit war daran zu messen, dass alle von materieller Sorge und Bevormundung so frei waren, dass sie sich als Bürger um ihre Demokratie kümmern konnten. Darum waren die Aufklärer, Revolutionäre und Demokraten auch Anhänger des Freihandels. Der freie Markt, den der schottische Moralphilosoph und Ökonom Adam Smith sich vorstellte, sollte frei von Privilegien und ständischen Beschrän-

kungen sein, nicht jedoch frei von sinnvoller staatlicher Regulierung. Für den Marquis de Condorcet bestand das »letzte Ziel der Staatskunst« in der »wirklichen Gleichheit«, die »keine andere Ungleichheit mehr bestehen lässt als die, welche im Interesse aller liegt, weil sie nämlich die Fortschritte der Zivilisation, des Unterrichts und der Industrie befördert, ohne zugleich Abhängigkeit, Demütigung und Verarmung mit sich zu bringen«. Und weil die Regulierung der Ungleichheit auf die Einsicht der Bürger angewiesen war, setzten die frühen Denker und Praktiker der modernen Demokratie eine gesellschaftliche Maschinerie der Einübung von Bürgertugenden und der Stiftung von politischer Gemeinschaft in Gang: Bildung und Schulen, Feste und Feiern, die Schaffung von öffentlichen Räumen und die Ausweitung demokratischer Institutionen aller Art gehörten dazu.¹⁵ Die Kultur der Demokratie war also nicht gleichsam aus dem Nichts entstanden. In Umkehrung der berühmten These des Verfassungsrichters Ernst-Wolfgang Böckenförde, wonach der freiheitliche Staat von »Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann«, aber nicht im Gegensatz zu ihrem Urheber,¹⁶ baute das demokratische Leben nicht nur auf bürgerschaftlichen Eigeninitiativen und gesellschaftlichen Traditionen auf: Es wurde auch von demokratischen Regierenden geschaffen und gefördert.

Immer wieder versuchten Gegner der Gleichheit, die demokratische Verbindung von individueller Freiheit und sozialer Gleichheit aufzulösen. Im 19. Jahrhundert zelebrierten Schriftsteller, Politiker und Unternehmer einen neuen Kult der Ungleichheit und des Wettbewerbs. Diese anti-egalitäre Gegenbewegung wurde schließlich jedoch um 1900 und vollends nach dem Ersten Weltkrieg vom »Jahrhundert der Umverteilung« überrollt, das den demokratischen Wohl-

fahrtsstaat brachte. Der demokratische Wohlfahrtsstaat garantierte seinen Bürgern Bürgerrechte, politische Rechte und soziale Rechte; er führte ein progressives Steuersystem ein, errichtete ein System von Sozialversicherungen, ermöglichte eine immer weiter gehende Mitsprache in vielen Lebensbereichen und reduzierte so spektakulär die soziale Ungleichheit. Auf dem Weg dorthin musste die Demokratie nicht nur ihre Gegner besiegen, sondern immer wieder auch ihre eigenen Schwächen bekämpfen. Demokratie kann pathologisch werden, und das nicht allein in Gestalt der »Tyrannei der Mehrheit«. So ist Demokratie ohne Gemeinschaft nicht lebensfähig, und Gemeinschaft ist auf eine gewisse soziale und kulturelle Gleichheit angewiesen. Das Gleichheits- und Gemeinschaftsbedürfnis der Demokratie schlug manchmal jedoch um in protektionistische Abschottung, in den Wunsch nach ethnischer Homogenität, in gewalttätigen Rassismus. Der demokratische Wohlfahrtsstaat mit seinen umfassenden Integrationsmechanismen war auch ein Gegengift gegen solche pathologischen Tendenzen, die darum nur außerhalb der Demokratien, wo es keine gesellschaftlichen Gegengewichte und keine politische Gegensteuerung gab, ihre volle Zerstörungskraft entfalten konnten.¹⁷

Der demokratische Wohlfahrtsstaat war die Antwort der Demokratien des 20. Jahrhunderts auf das Problem, das Lorenz von Stein und andere in der Mitte des 19. Jahrhunderts mit dem Begriff der »sozialen Demokratie« beschrieben hatten: Ohne materielle Grundlage blieb die Demokratie ein leeres Versprechen – und das umso mehr, je größer die Zahl der wahlberechtigten Bürger wurde. Abhängigkeit und Selbstregierung standen im Widerspruch zueinander. Dieses Problem spitzte sich nach dem Ersten Weltkrieg mit

dem Übergang zur Massendemokratie auf dramatische Weise zu.

Um die Demokratie zu verstehen, muss man sie also einerseits historisieren: Was verstanden bestimmte Personen zu ihrer Zeit unter Demokratie? Welche Gegenpositionen standen ihnen gegenüber? Wer setzte sich durch? Andererseits sind die Ideale der Demokratie und das Problem der »sozialen Demokratie« überraschend konstant geblieben. Natürlich traten ständig (und nicht nur nach dem Ersten Weltkrieg) Spannungen auf zwischen den verkündeten demokratischen Prinzipien und der »Verwirklichung der Demokratie«¹⁸ im widerspenstigen politischen Alltag. Aber das Begriffspaar Freiheit und Gleichheit zeigt, dass zum Programm und zum Selbstverständnis von Demokraten immer auch die Berufung auf die demokratische Tradition gehörte. Daraus folgt, dass es eine Grenze dessen gibt, was als Demokratie gelten kann. Wenn sich zeitweilig auch Feinde der demokratischen Tradition als Demokraten ausgaben, spricht diese Tatsache für die Ausstrahlung der Demokratie. Der instrumentelle Charakter dieser Aneignungen blieb nicht verborgen, weil die demokratischen Ideale verleugnet oder verfemt wurden. Wie bei den Nationalsozialisten waren solche Bekenntnisse selten von Dauer – das Wort Demokratie ist für Gewaltherrscher schwer zu kontrollieren und wird von ihnen nicht wirklich geliebt. Adolf Hitler hatte 1924/1925 die Vision einer »germanischen Demokratie«. Doch schon 1930 ließ er den Begriff aus seinem Buch »Mein Kampf« streichen und durch »unbedingte Führerautorität« ersetzen.¹⁹

Die Demokratie um 1800 ist nicht die Demokratie um 2000. Die Demokratie wandelte sich ständig, und man versucht besser keine abschließende Definition. Auf die Demo-

kratie trifft die Beobachtung Friedrich Nietzsches zu: »Alle Begriffe, in denen sich ein ganzer Prozess semiotisch zusammenfasst, entziehen sich der Definition; definierbar ist nur Das, was keine Geschichte hat.«²⁰ Genealogien ihrer fortgesetzten Verwandlungen, das ist es, was wir festhalten können. Zu keinem Zeitpunkt existierte *die* Demokratie. Aber ihre Versprechen und Verheißungen klangen und klingen immer wieder und immer noch sehr ähnlich.

Zwischen der Gegenwart und den revolutionären Anfängen liegt die Epoche, in der die moderne Demokratie sich umfassender und tiefgreifender als je zuvor oder danach neu erfand. Es war die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, in der sie ein massendemokratisches Erscheinungsbild erhielt, unterschiedliche Entwicklungsgeschwindigkeiten synchronisierte, mit neuen Formeln für die Vermittlung von Freiheit und Gleichheit experimentierte – und in der sich das herausbildete, was wir seitdem als westliche, liberale, soziale Demokratie kennen. In dieser Zeit zeigten und verdichteten sich all die Problemkonstellationen, mit denen Demokratien seither konfrontiert sind. Von da an ist – mit Ausnahme der kritischen Beziehung von Natur und Demokratie, der Zuspitzung ökologischer Schwierigkeiten – nichts wirklich Neues hinzugekommen. Im Gegenteil, die »Lebensversuche«²¹ moderner Demokratien nach dem Ersten Weltkrieg fanden unter Extrembedingungen statt, die eine gewaltige und bislang nicht wieder gesehene Vielfalt an Herausforderungen mit sich brachten.

III Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg

Das Ende der Zarenherrschaft war ein Wendepunkt in der Geschichte der Demokratie. Den militärischen Umschwung im Ersten Weltkrieg brachten die beiden russischen Revolutionen des Jahres 1917 nicht – der Eintritt der Amerikaner in den Krieg und in die europäische Geschichte führte die Entscheidung herbei. Zuvor war der Große Krieg, der seit 1914 andauerte, im Namen nationaler und imperialer Interessen geführt worden. Die »Entente« war kein Bündnis demokratischer Mächte: An der Seite von Frankreich und Großbritannien stand das autokratische Russland, das vor dem Krieg, anders als Deutschland, nicht zum Kreis der zivilisierten Nationen gezählt worden war. Die Abdankung des Zaren – und schließlich das Ausscheiden Russlands als Bundesgenosse – änderte alles: Die Vereinigten Staaten konnten danach erst in den Krieg ziehen. Eine neue Geschichte der modernen Demokratie begann.²²

Die ideologischen Fronten klärten sich. Der Weltkrieg der Weltmächte wurde zum Krieg der Demokratien gegen die rückständigen Monarchien und Militärstaaten. Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson, als er im April 1917 vom Kongress die Zustimmung zur Kriegserklärung erwirken wollte, erhob das kontinentale Gemetzel, das er selbst »den schrecklichsten und verheerendsten aller Kriege« nannte, einen Krieg, »in dem die Zivilisation selbst auf dem Spiel zu stehen scheint«, sogar zum Krieg *für* die Demokratie. Der Krieg sollte die Demokratie bringen, und die Demokratie würde Kriege künftig unmöglich machen. »Weltfrieden« und »Befreiung der Völker, die deutschen Völker

eingeschlossen« durch den Weltkrieg – Wilsons Vision gipfelte in dem berühmten Satz: »Die Welt muss für die Demokratie sicher gemacht werden.«

Dass die Erwartungen, die sich in der kolonisierten Welt an diese Befreiungsverheißungen knüpften, und schließlich auch die deutschen Hoffnungen auf amerikanische Demokratie-Aufbauhilfe, enttäuscht wurden, war nur eine Frage der Zeit. Aber nun wurde ein Weltkrieg für die Demokratie geführt. Der britische Premierminister David Lloyd George versuchte im Januar 1918 nachzuziehen und erklärte den Krieg zum Akt der Selbstverteidigung der Demokratien der Welt. Wilson stellte drei Tage später sein »14-Punkte-Programm« dagegen, das die demokratische britische Nüchternheit ziemlich altmodisch aussehen ließ und, ohne von Demokratie zu sprechen, die Botschaft einer globalen Demokratisierung verkündete. Wilson war kein Narr und kein Träumer; er wusste, dass die Erfüllung seiner Vision lange dauern würde. Vorzuwerfen war ihm vielmehr, dass er nach dem Krieg sich nur ungeschickt und überheblich für seine Vision in der amerikanischen Politik einsetzte und bald die Unterstützung verlor. Demokratie für die Welt – aber ohne Amerika. Das war die Folge von Wilsons Politik. Amerikanische Banken und Unternehmen engagierten sich bis zur Weltwirtschaftskrise in großem Maße in Europa; ohne amerikanische Kredite und Investitionen hätten weder Deutschland noch Großbritannien noch Frankreich sich bewegen können. Doch die Vereinigten Staaten hielten sich aus dem Aufbau und Ausbau der Demokratie in Europa nach dem Ersten Weltkrieg heraus. Die Vision der Demokratisierung litt darunter kaum, wohl aber ihre »Verwirklichung«.

Versailles

Das System der Pariser Vorortverträge von 1919 gab dieser demokratischen Weltordnung einen brüchigen Rahmen, dessen größtes Problem nicht war, hinter Wilsons Ideen zurückzufallen, sondern ohne die Vereinigten Staaten auskommen zu müssen.²³ Die Demokratie ist der entscheidende Aspekt, der beim Stichwort »Versailler Vertrag« bis heute zumeist übergangen wird. Die Kritik am Vertrag überwiegt wieder, und die Gründe dafür sind plausibel: In dem Regelwerk, das neben dem Versailler noch vier weitere in Pariser Vororten geschlossene Friedensverträge umfasste, wurden die imperialistischen und nationalen Interessen der Siegermächte kaum kaschiert; es gab gewissermaßen Staaten erster und zweiter Klasse, und es gab Kolonialsubjekte, die unter Vormundschaft gestellt wurden: In der Zwischenkriegszeit erreichte der Kolonialismus einen letzten Höhepunkt; zugleich nahm jedoch die Bedeutung der Imperien ab, die politischen, ökonomischen und finanziellen Verbindungen zwischen Europa und Amerika wurden nun enger als je zuvor.

Die territorialen Bestimmungen, die Deutschland betrafen, waren im Gegensatz dazu kaum der Rede wert und erschütterten nicht die deutsche Vormachtstellung in Mitteleuropa; die Zerschlagung Österreich-Ungarns war von einer anderen Größenordnung. Der Kriegsschuldartikel, der aus juristischen Gründen Deutschland und seinen Verbündeten allein den Kriegsausbruch zur Last legte, erregte damals weit über Deutschland hinaus Empörung; er war eine politische Torheit, die die Saat der Unruhe säte und mehr als jede andere Bestimmung als ungerecht betrachtet werden konnte und damit die Legitimität des gesamten Regelwerks bedrohte. Über die Reparationslast, die Deutsch-

land aufgebürdet wurde, lässt sich lange streiten; unmäßig hoch war diese keinesfalls, zugleich steht fest, dass sie von vielen, wenn auch längst nicht allen krisengeplagten Zeitgenossen als untragbar schwer empfunden wurde. Jedoch destabilisierten das Reparationssystem und die eng damit verbundenen interalliierten Zahlungsverpflichtungen – letztlich waren alle Mächte bei den USA verschuldet – dauerhaft die Weltwirtschaft und die internationale Finanzordnung.

Diese Kritik am Versailler Vertrag nahm schon 1919 in brillanter Verdichtung John Maynard Keynes vor, der als Mitglied der britischen Delegation nach Paris gereist und nach kurzer Zeit unter Protest zurückgetreten war. »Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages«, 1919 erschienen und sogleich ins Deutsche übersetzt, waren ein Bestseller, von dem allein auf Englisch über 100 000 Exemplare verkauft wurden. Das Buch, das seinen Autor wohlhabend machte, beschrieb prägnant die Gefahren einer ökonomischen Destabilisierung, die zum Zusammenbruch der politischen Ordnung führen könnte. Revolution und Bürgerkrieg lagen in der Luft.²⁴ Es zu diesem Zeitpunkt zu veröffentlichen, war aus der Perspektive des enttäuschten Beteiligten verständlich. Die politischen Folgen aber hatte der Autor nicht bedacht. Das Buch wirkte selbst destabilisierend; es heizte Konflikte ein, die der Abkühlung bedurft hätten. Hier sprach noch nicht der optimistische Vorkämpfer eines neuen, sozialen, demokratischen Kapitalismus, als der Keynes uns schon bald darauf begegnet.

Ungeachtet aller Kritik kann man dem Pariser Vertragssystem einen großen Erfolg nicht absprechen: Es etablierte, wie fehleranfällig auch immer, Institutionen der internationalen Zusammenarbeit und der kollektiven Sicherheit, mit dem Völkerbund im Zentrum. Die Kooperationsmechanis-

men mussten künftig verbessert werden; eine Weltordnung war ohne sie nicht mehr denkbar. Und mehr noch – für die Geschichte der Demokratie unverzichtbar: Die Verträge führten das Programm der Gesellschaftsreform und der Sozialpolitik in die internationale Politik ein, sichtbar in Gestalt der Internationalen Arbeitsorganisation, die in diesem Zuge gegründet wurde. Der Geist der Verträge verknüpfte globale Demokratisierung und Weltfrieden mit sozialer Gerechtigkeit, Sozialpolitik und der Verbesserung von Lebensbedingungen. Arbeitszeitbegrenzungen, Absicherungen gegenüber den Risiken von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter, der Schutz von Kindern wurden als politische Ziele vereinbart. Die Vertragstexte von 1919 waren die Dokumente, die »wohl zum ersten Mal in der Weltgeschichte«, so drückte sich ein deutscher Schlüsselakteur jener Jahre, der Wirtschaftsstaatssekretär Julius Hirsch, aus, den »internationalen Willen zur Sozialpolitik« widerspiegeln.²⁵ Das war eine Verbindung, die bis in die Gegenwart nicht mehr aufgetrennt werden konnte. Die soziale Demokratie, das Projekt des demokratischen Wohlfahrtsstaats, das die Demokratien der Zwischenkriegszeit verfolgten und womit sie der zweiten Nachkriegszeit den Weg wiesen, lag nach dem Ersten Weltkrieg von Anfang an als Zielvorgabe in internationalen Verträgen kodifiziert vor. Verabredungen über Normen und Vorhaben sind zunächst nur Worte, doch standen sie nun in rechtsverbindlicher Weise im Raum der politischen Anstrengungen und Auseinandersetzungen; an sie konnte appelliert werden, von ihnen ging eine demokratische Dynamik aus.

Diese internationale Dynamik hatte eine Vorgeschichte. Auf nationaler Ebene trieb der Krieg die Demokratisierung weiter. Die internationale Zusammenarbeit konnte nach dem Krieg erneut aufgenommen werden. Einiges spricht

dafür, dass die weltwirtschaftliche Verflechtung wiederhergestellt wurde und erst Ende der zwanziger Jahre völlig zerriss.²⁶ Der Krieg war eine Katastrophe, die Ökonomien auszehrte und Völker verfeindete. Doch war der Krieg alles andere als unvermeidlich gewesen. Die Welt vor dem Krieg war eine Welt des Austausches und des Zusammenwachsens. In der Politik, im Militär und in der Presse hatte es Kriegstreiber gegeben, die ein Kräftemessen erwarteten oder eine Entladung von Konflikten im Großen Krieg erhofften. Ihnen gegenüber stand in den Bevölkerungen und Eliten Europas eine viel größere Zahl von Stimmen, die keinen Krieg wollten, die Kooperation nicht nur anstrebten, sondern in einer globalen Vergemeinschaftung als Alltag erlebten. Die Welt vor 1914 ist ein eigenes Thema – dass von ihr aus kein direkter Weg in den Krieg führte, haben bedeutende historische Arbeiten unwiderlegbar gezeigt. Nicht alles, was zuvor an internationalem Gemeinschaftswillen gezeigt worden war, hatte der Krieg abgebrochen. Daran konnte angeknüpft werden, so fragil diese Traditionen auch geworden waren.²⁷

Krieg und Demokratie

1914 erfolgte die Initialzündung der modernen Massendemokratie. 1917 kam mit dem Kriegseintritt der USA der Moment der Kristallisation der westlichen Demokratie (und kurz darauf der Formierung des Gegenprojekts einer bolschewistischen totalitären Demokratie). 1919 war das Jahr ihrer vertraglichen Absicherung und internationalen Institutionalisierung – mit dem Zielhorizont der sozialen Demokratie: So könnte der Prozess der Demokratisierung, der durch den Krieg beschleunigt wurde, in eine zeitliche Abfolge gebracht werden.

Der Krieg brachte Leid, Gewalt und Tod in ungeheurem Ausmaß. Und er führte zum Durchbruch der modernen Massendemokratie. Massendemokratie war ein Begriff, der in vielen Ländern nicht kritisch verwendet wurde, sondern zustimmend, und der als passende Bezeichnung für die politische Ordnung diente, die nach dem Ersten Weltkrieg entstand. Sie war von vielen Demokraten schon lange erstrebt und erkämpft worden; nun wurde sie Wirklichkeit. Ihr auffälligstes Merkmal bestand darin, dass alle erwachsenen Bürger, Männer und Frauen, das Wahlrecht erhielten. Vor dem Krieg waren Wahlen das Kennzeichen zivilisierter Staaten, aber sie fanden nur unter Männern statt, und in der Regel gab es praktische oder rechtliche Einschränkungen, die etwa nach Steuerklassen, Besitz, Bildung oder Familienstand unterschieden.

Den heimkehrenden Soldaten, die für ihre Nationen ihr Leben riskiert hatten, konnte keine repräsentative und zivilisierte Regierung mehr die uneingeschränkte Teilnahme am politischen Leben verwehren. Genausowenig den vielen Frauen, die sich in Munitionsfabriken abgemüht und im Arbeitsleben die Männer ersetzt hatten. Auch nicht den Millionen von patriotischen Sparern, die den Krieg finanziert hatten, indem sie Anleihen kauften, die am Ende zumeist wertlos wurden – eine allzu hohe Steuerlast wollten die wenigsten kriegführenden Staaten ihren Völkern zumuten, was jenen Prozess der Inflation in Gang setzte, der in der deutschen Hyperinflation 1923 kulminierte. Und vor allem waren es die Bürger selbst, die Soldaten und die Daheimgebliebenen, die ihre Stimme erhoben und als die neuen Souveräne ihre politische Gleichberechtigung und ihre Mitsprache im Staat verlangten. Der Krieg hatte die politischen Gewichte verschoben. Ohne die Arbeiter wäre dieser totale

Krieg mit seinen Massenmobilisierungen, seinen Materialschlachten, seiner industriellen Rüstungsproduktion und seiner Kriegswirtschaft weder zu führen noch zu gewinnen gewesen. In Frankreich und Großbritannien wurden die Arbeiterparteien an der Regierung beteiligt. In Deutschland kam es zur offiziellen Anerkennung der freien Gewerkschaften als Interessenvertretung der Arbeiter und Verhandlungspartner von Staat und Wirtschaft. In Amerika war von einem »progressiven Krieg« die Rede: Die Kriegswirtschaft, die anders als in Europa nicht inmitten von Hunger und Not betrieben wurde, stärkte die Stellung der Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern; in fast allen Industriezweigen fand die Einführung des Achtstundentags statt, der Staatsapparat wurde ausgebaut, die Bundesregierung erhielt neue Zuständigkeiten, nicht nur in Sicherheitsfragen, sondern auch auf sozialem Gebiet. In Europa standen die moderaten Parteien und Organisationen der Arbeiterklasse, die ihre nationale Loyalität bewiesen hatten, nach dem Ersten Weltkrieg nicht mehr am Rand des politischen Spektrums. Sie stießen ins Zentrum der Politik vor, sie bildeten selbst immer mehr das Zentrum der demokratischen Politik. Diese Entwicklungen waren nicht ohne Vorläufer. Seit Langem hatte sich der Einflussgewinn der Arbeiterbewegung abgezeichnet. Der Krieg hatte diese westlichen Tendenzen mit einer unerwarteten Geschwindigkeit vorangetrieben.

Das verdeutlicht ein kurzer Blick auf die Wahlrechtserweiterungen, die in vielen Demokratien in einem äußerst kurzen Zeitintervall erfolgten – auch in den Vereinigten Staaten, die Frauen 1920 die Beteiligung an nationalen Wahlen eröffneten. In vielen südlichen Bundesstaaten blieben Schwarze jedoch weiterhin von den Wahlen ausgeschlossen, durch juristische Tricks und praktische Behinderungen.

Diese rassistische Hürde fiel erst 1965 unter massivem Einsatz der amerikanischen Bundesregierung. In Europa fegte die Demokratisierung des Wahlrechts wie ein Wirbelwind über die Demokratien: Großbritannien reformierte 1918 mit dem »Representation of the People Act« sein Wahlsystem grundlegend. Wahlen wurden jetzt an einem Wahltag abgehalten, was das Verfahren fairer machte; nachträgliche Korrekturen innerhalb einer längeren Wahlperiode waren nun unmöglich. Zwar blieben einige der britischen Eigentümlichkeiten erhalten, etwa ein besonderes Wahlrecht für manche Universitäten. Das Gesetz schaffte aber alle Eigentumsvorbehalte für Männer ab und führte, ab einem Alter von 21 Jahren, für sie endgültig die allgemeine und gleiche Wahl ein, für Frauen erst ab 30 Jahren, sofern sie Hauseigentümer oder mit einem solchen verheiratet waren. 1928 wurden die Beschränkungen ihres Wahlrechts aufgehoben und Frauen zu gleichberechtigten Bürgern. In Frankreich mussten sie darauf bis 1944 warten, in Belgien, das sich 1919 mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer – und Kriegerwitwen – begnügte, bis 1948. Vorreiter des Frauenwahlrechts waren Neuseeland im späten 19. Jahrhundert und Norwegen 1913 gewesen. Wo Frauen von der Wahl ausgeschlossen blieben, war eine demokratische Bürgerschaft noch nicht wirklich konstituiert.

In Deutschland gab es bereits seit 1871 ein allgemeines Männerwahlrecht für den Reichstag, wie es auf der nationalen Ebene auch in Frankreich oder in den USA üblich war, wenn auch das geheime Verfahren, das im Deutschen Reich ebenfalls garantiert war, oft nicht eingehalten wurde. Das an das Steueraufkommen, also an Eigentum und Vermögen, geknüpfte Dreiklassenwahlrecht für das Abgeordnetenhaus des Preußischen Landtags wurde wie alle anderen

Wahlrechtsbeschränkungen in den deutschen Ländern 1919 mit der Weimarer Reichsverfassung abgeschafft. Überall herrschte nun in Deutschland das allgemeine, freie, gleiche und geheime Wahlrecht für Männer und Frauen, die älter als 20 Jahre waren. Damit hatte Deutschland früher als die anderen großen Demokratien die politische Gleichberechtigung der Bürgerinnen und Bürger herbeigeführt. Noch in den letzten Kriegstagen war das Kaiserreich parlamentarisiert worden: Die Regierung war nun auf die Zustimmung des Reichstags angewiesen, wurde von ihm gewählt und konnte von ihm abgesetzt werden. Wenige Tage später wurde die deutsche Republik ausgerufen, die sich im Sommer 1919 ihre vorbildliche Verfassung gab.

Der Trend zur parlamentarischen Demokratie war ein europäisches Phänomen. Dänemark führte ein allgemeines und gleiches Wahlrecht für Männer und Frauen mit seinem Grundgesetz von 1915 ein. Der seit Anfang des Jahrhunderts eingeleitete Parlamentarisierungsprozess war jedoch erst Mitte der zwanziger Jahre abgeschlossen, nachdem 1920 der König noch einmal die Machtprobe mit der Regierung gesucht hatte. In Schweden hielt de facto 1905 das parlamentarische Prinzip Einzug, obgleich sich auch der schwedische König erst Anfang der zwanziger Jahre zur öffentlichen Anerkennung der neuen Ordnung durchringen konnte. 1917 bis 1921 ereignete sich schrittweise der Durchbruch zur Massendemokratie. Eine Verfassungsänderung in den letzten Tagen des Jahres 1918 beseitigte die meisten Wahlbeschränkungen und garantierte Männern und Frauen das gleiche Wahlrecht. Nur für die Erste Kammer des schwedischen Reichstags, die fortlaufend an Bedeutung verlor, galten bis in die späten dreißiger Jahre, und was das Wahlbarkeitsalter von 35 Jahren betraf, sogar bis 1953 noch besondere Regeln;

die Demokratisierung schritt hier langsamer voran, Überreste von Eigentumsvorbehalten wurden in dem graduellen Prozess, in dem Schweden die parlamentarische Demokratie errichtete, für eine Weile hingenommen. 1917 und 1919 wurde in zwei Schritten auch in den Niederlanden die parlamentarische Demokratie etabliert, zunächst durch die Einführung der Verhältniswahl und des allgemeinen Wahlrechts für die männlichen Bürger, zwei Jahre später dann mit der Erweiterung des Wahlrechts auf die Frauen.

Die Aufzählung kann hier abbrechen. Das Bild ist eindeutig. Selten in der Geschichte mutete eine Entwicklung so zwangsläufig an. Diese Demokratisierung »Kerneuropas«, die die lange so unterschiedlichen Geschwindigkeiten der nationalen Prozesse in wenigen Jahren synchronisierte, folgte natürlich keiner historischen Gesetzmäßigkeit.²⁸ Sie war das Ergebnis politischer Kämpfe und Konflikte, das Werk von handelnden Menschen, die immer auch scheitern oder ihren Absichten nicht gerecht werden können. Und doch schien durch den Krieg sich hier, in kriegführenden wie in neutralen, in verbündeten wie in verfeindeten Staaten, auf eine geradezu unvermeidliche Weise eine Chance zu eröffnen, die überall mit der gleichen Entschlossenheit ergriffen wurde. Wie schwierig es zuvor auch gewesen war, die verschiedenen politischen Ordnungen in ihren verfassungsrechtlichen Details präzise zu bezeichnen: Nach dem Ersten Weltkrieg – und beschleunigt durch den Krieg – war ein wesentlicher Teil Europas auf einen Schlag demokratisch geworden.

Ein ungewöhnliches Dokument der unaufhaltsamen Demokratisierung sind Thomas Manns »Betrachtungen eines Unpolitischen«. Mitten im Krieg verfasste der größte deutsche Schriftsteller des 20. Jahrhunderts dieses Zeugnis der Selbsterkenntnis. Man kann seinen Essay als den Versuch

eines Kriegsliteraten lesen, die deutsche Kultur von der westlichen Zivilisation abzugrenzen – der Dichter tritt uns dann vor seiner Bekehrung entgegen: Nur wenig später wurde Thomas Mann bereits zum entschlossenen Verfechter und Verteidiger der deutschen Republik und der westlichen Demokratie. Die »Betrachtungen« spotten über Wilsons Verheißungen, über die angeblichen »Segnungen des ewigen demokratischen Völkerfriedens«; sie üben Kritik an der »Demokratie als Dogma« und denunzieren den »Börsenkrieg«, die wirtschaftlichen und imperialen Interessen hinter der »internationalistischen Demokratie« und dem »westlichen Demokratismus«. Das Buch lässt sich jedoch auch ganz anders verstehen. Der Autor, der schon kurz darauf in der Weimarer Öffentlichkeit wie kein anderer eine bürgerliche Idee der Demokratie verkörperte, rang hier auf jeder Seite – und beinahe auf jeder Seite kommt auch das Wort Demokratie vor – mit der Einsicht, dass an der Demokratie kein Weg mehr vorbeiführte. Was blieb, war der unaufhörliche, verzweifelte, geradezu bewegende Versuch, der »Volksherrschaft« im »Volksstaat« eine eigene deutsche Tradition zuzuschreiben, die Demokratie vom Vorwurf des Vulgären zu reinigen, sie kulturell und künstlerisch auszuschnürceln, dem Mehrheitsprinzip und der »demokratischen Menschenwürde«, die sich so leicht verkünden ließen, zu ihrer Erfüllung die »soziale Idee« und den »Rechts- und Freiheitsgedanken« notwendig an die Seite zu stellen. Thomas Mann hätte in der Modernität des Kaiserreichs gut und gerne weitergelebt. Dessen Zeit war jedoch abgelaufen. Die Massendemokratie stand vor der Tür, sie klopfte lauter und lauter, und der Schriftsteller versuchte, während er sich seinen Abscheu von der Seele schrieb, sich an diesen Gedanken zu gewöhnen.²⁹

Kaiserreich und Demokratie

War aber Deutschland nicht doch ein Sonderfall? Immerhin führte Deutschland, anders als der Westen, keinen Krieg für die Demokratie. Und es musste den Krieg verlieren, um zu einer parlamentarischen Demokratie zu werden. Bezieht man allerdings den Begriff »Volksstaat« mit ein, berücksichtigt man die Forderungen nach Parlamentarisierung und Demokratisierung in der politischen Diskussion vor dem Krieg und während des Krieges, bleibt von der Vorstellung einer deutschen »Untertanengesellschaft« nur wenig übrig.

»Volksstaat« war ein mehrdeutiger Begriff. Gerade das machte ihn so nützlich für die deutschen Demokraten. In den Kriegsjahren, in denen Sympathien für die britische oder amerikanische Demokratie kaum offen bekannt werden konnten und der Übergang zur parlamentarischen Demokratie aus der deutschen Tradition begründet werden musste, diente Volksstaat als beliebte Übersetzung von Demokratie. Demokratische und liberale Reformer brachten den Volksstaat gegen den Obrigkeitsstaat in Stellung. Unter ihnen ist Hugo Preuß, bald darauf einer der Verfassungsväter der Weimarer Republik, der bekannteste. Er sprach 1915 von der überfälligen »Umbildung vom Obrigkeitsstaat zum Volksstaat. [...] Die Voraussetzung dafür ist ein aktionsfähiger politischer Gemeinwille im Volk, seine Regierungsfähigkeit durch Selbstorganisation.«³⁰ Damit griff Preuß »auf eine sozialdemokratische Terminologie zurück. Für die SPD waren Staat und Volk identisch, so dass der Begriff Volksstaat zum einen die nationale Einheit und zum anderen die Selbstregierung des Volkes bezeichnete.« Preuß definierte »den Volksstaat so, dass er für möglichst viele Seiten attraktiv blieb. Als »eingedeutschtes Wort für Demokratie« (Detlef Lehnert) erfüllte der Volksstaatsbegriff eine seman-

tische Brückenfunktion zwischen Sozialdemokraten und dezidierten Linksliberalen, aber er war als ›nationaler Volksstaat‹ auch für andere Liberale interessant.« Dieser Volksstaat sollte demokratisch-pluralistisch organisiert sein: »Im Pluralismus rechtlich gleichgestellter Staatsbürger, Parteien und Verbände, die ihre Interessengegensätze in rechtlich geordneten Bahnen austrügen, erblickte Preuß die wahre Volkssouveränität.« Der verfassungsrechtlich entscheidende Punkt war die Parlamentarisierung – die Abhängigkeit der Regierung vom Vertrauen des Parlaments.³¹

Über die Mehrheit im Reichstag verfügte schon seit 1912 die künftige »Weimarer Koalition« aus SPD, Zentrum und Linksliberalen. Die Demokratisierung, die Preuß und andere deutsche Demokraten im Krieg anstrebten, stimmte mit dem überein, was die Kriegsgegner unter Demokratie verstanden: Gemeinwille und Gemeinwohl konnten nicht verordnet werden, sie mussten in der Öffentlichkeit und im Parlament verhandelt und vereinbart werden. Die Stärkung des Reichstags, des parlamentarischen Prinzips, stand im Mittelpunkt aller Forderungen. Der Staat war, in den Worten von Preuß, »nichts anderes als das organisierte Volk«, dem die Selbstregierung zustehe, wenn es auch durch politische Erziehung dazu ausgerüstet werden musste.³² Der Obrigkeitsstaat, schon zuvor mehr politische Fiktion als Realität, aber selbst als »wandelnde Leiche«³³ noch Objekt professoraler Anhänglichkeit, hatte endgültig abzudanken. Der Kaiser würde dann nur noch die Rolle eines »überparteilichen und unverletzlichen Symbols des Volksstaates« übernehmen, erklärte der nationalistische Linksliberale Friedrich Naumann 1917. Gleichzeitig führten die Sozialdemokraten im Krieg ihre öffentliche Demokratisierungsdiskussion fort. Eduard Bernstein, der Parteidenker, erläuterte

das politische Ziel: »Demokratie heißt [...] nicht schlechthin Herrschaft der Massen. Sie heißt vielmehr Selbstregierung des Volkes unter Bedingungen und in Formen, die jede Klassenherrschaft und jeden von einer Volksherrschaft über eine andere ausgeübten Willenszwang ausschließen.« Der Reichstagsabgeordnete Georg Gradnauer, der das Ende des Zweiten Weltkrieges als Häftling im Konzentrationslager Theresienstadt überlebte und kurz darauf starb, beobachtete und begrüßte 1918 die fortschreitende Entwicklung Deutschlands »vom halbabsolutistisch-junkerlich-kapitalistischen Staate zum Volksstaat der bürgerlichen Gleichberechtigung und der sozialen Gerechtigkeit«. ³⁴ Trotz der starken Stellung der Obersten Heeresleitung und des Kaisers zogen von Juli 1917 an die Parteien der Mitte und der Linken zunehmend die politische Macht an sich. Die enge parlamentarische Zusammenarbeit von Sozialdemokraten, Zentrum, linksliberaler Fortschrittspartei und mitunter auch der Nationalliberalen begann. Damit wurde noch vor der Aufrichtung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland das parteipolitische Fundament der kommenden Republik gelegt. ³⁵

Zugleich wurde die Demokratie in der Konfrontation zum Kennzeichen einer »westlichen« politischen Ordnung. Durch den Austritt Russlands aus der Entente, den Eintritt Amerikas und die Neuerfindung des Krieges als Krieg für die Demokratie bildete sich seit 1917 überhaupt zum ersten Mal eine Art Gemeinschaft westlicher Demokratien heraus – zuvor wäre niemand auf die Idee gekommen, Demokratien unter einen »westlichen« Typus zu fassen. Gleichzeitig mit diesem Kristallisierungsprozess der westlichen Demokratie erfand die deutsche Debatte bereits den Begriff der »westlichen Demokratie«, und zwar nicht nur als Ge-

gen-, sondern auch als Erwartungsbegriff: Viele lehnten sie im Krieg zwar ab, deutsche Demokraten wie Preuß aber ließen sich von ihr inspirieren. Die Auseinandersetzungen im Krieg gingen unmittelbar der Grundlegung der demokratischen Republik voran. Ohne diese Demokratiediskussionen in Deutschland hätte es die Weimarer Reichsverfassung nicht geben können. Die Traditionen von 1848, Anregungen aus dem Westen und die jüngsten Demokratiekontroversen und Demokratiekonzepte der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit flossen in diese Demokratiegründung ein.³⁶

Die gesellschaftliche Entwicklung hatte mit der Verfassungsdiskussion Schritt gehalten. Die Bürokratie arbeitete schon während des Krieges an Plänen für ein demokratisches Deutschland. Die noch im Krieg gewährte Anerkennung der Gewerkschaften war ein Meilenstein. Verfassungsentwürfe für eine parlamentarische Demokratie wurden erstellt. Der Reformeifer der Verwaltung ist ein historisches Leitmotiv. Manche ihrer Ideen wurden erst von der Republik aufgegriffen und umgesetzt.³⁷ Die deutsche Gesellschaft unterschied sich vor dem Krieg nicht fundamental von anderen Gesellschaften. Zumal man die große Zahl der sozialdemokratischen Arbeiter und die kleinere der liberalen Politiker nicht vergessen sollte, die ihren patriotischen Gefühlen zum Trotz auch während des Krieges das Streben nach der Demokratie nie aufgegeben hatten. Das Kaiserreich und die Demokratie bildeten keinen unversöhnlichen Gegensatz; die Demokratisierung war seit Langem vorangeschritten.³⁸ Die kulturelle Modernität des Kaiserreichs erregte weltweit Bewunderung. Auf vielen Ebenen waren gesellschaftliche und politische Teilhabe und Mitsprache möglich. Die Pluralisierung von Lebensentwürfen und Le-

benschancen hatte eine unüberschaubare kulturelle Vielfalt bewirkt. Massenmedien und Massenkommunikation waren von der »Obrigkeit« nicht mehr zu kontrollieren. Im Prinzip konnte jeder leben, wie er wollte, und sagen, was er wollte. Die »Zivilgesellschaft« hatte eine erhebliche Autonomie erreicht, Verbände und Vereine führten ein reges Eigenleben, und der »Korporatismus«, die vom Staat geförderten Absprachen gesellschaftlicher Interessengruppen, galt über Deutschland hinaus als Modell der Zukunft. Wirtschaftlich war das Kaiserreich weitgehend eine Erfolgsgeschichte, die ökonomische Dynamik stand lediglich, allerdings deutlich, hinter der Amerikas zurück. Aber Monarch und Militär nahmen eine ungewöhnlich starke Stellung in Staat und Gesellschaft ein, ungeachtet dessen, dass Wilhelm II. den an ihn geknüpften Erwartungen selten gerecht werden konnte. Dass unter den Forderungen des Tages die parlamentarische Demokratie nicht den Vorrang genoss und der Reichstag noch nicht zum Zentrum der Politik geworden war, stellte keinen Widerspruch zur Modernität und effizienten Verwaltung des Reichs dar. Vielmehr waren beide Seiten miteinander verbunden.

Es war eine eigenartige Modernität, in der neben dem radikal Neuen das scheinbar Rückständige stand; eine Modernität, in der zusammenhing und zusammenging, was uns nicht mehr zusammenzugehören scheint. Die demokratische Reform der konstitutionellen Monarchie, nicht die blitzartige Einführung der Massendemokratie, war der politische Wunsch der meisten Bürger. Das darf nicht verschwiegen werden. Allerdings hatte diese Monarchie für eine der modernsten Sozialgesetzgebungen der Welt gesorgt, die von den Monarchien und Demokratien im Norden und Westen studiert und weiterentwickelt wurde. Die

Anerkennung und Verbundenheit waren wechselseitig: 1907 verkündete der sozialdemokratische Parteiführer August Bebel im Reichstag, wenn er sich entscheiden müsste, »ob wir in Deutschland eine Monarchie wie die englische oder eine Republik wie die französische haben wollen, würde ich mich wahrscheinlich für England erklären«. Im Krieg schrieb der sozialistische Parteitheoretiker Heinrich Cunow, dass ihm »das Regierungssystem der schwedischen oder dänischen Monarchie weit lieber ist als das der großen nordamerikanischen, der französischen oder der portugiesischen Republik«. ³⁹ Um die Befunde der jüngeren Forschung zum Kaiserreich auf den Punkt zu bringen: Jenseits der politischen Institutionen gab es eine starke gesellschaftliche Demokratisierung. Und auch die politische Massenteilnahme war fest etabliert, das allgemeine Wahlrecht den Bürgern längst gegeben, anders als in vielen Staaten Europas. Der Verdacht ist zwar nicht völlig auszuräumen, dass gewisse Entwicklungen im Kaiserreich bereits auf den Nationalsozialismus vorausweisen könnten. Aber diese Ambivalenz erscheint nur darum so auffällig, weil sie *post factum* durch das Prisma der Jahre 1933 bis 1945 betrachtet wird. Eine direkte Kontinuitätslinie existierte nicht.

Pfade und Parlamente

Historiker tun gut daran, von der Konstruktion nationaler »Sonderwege« oder »Pfade« Abstand zu nehmen. Denn überall zeigen sich Sonderwege, und auch »Ungleichzeitigkeiten«, um die beliebte, von Ernst Bloch in der Zwischenkriegszeit geprägte Vokabel aufzugreifen, gibt es immer wieder: Die ganze Geschichte ist nichts als eine Verkettung von Ungleichzeitigkeiten. Es gibt immer, für jedes einzelne Phänomen, Eigenheiten und Unvergleichbares; es finden

sich, gemessen am Kommenden, Zonen der Avantgarde und des Rückstands. Bei genauem Hinsehen gehen diese jedoch ineinander über. Die Geschichte bietet Mixturen aus Alt und Neu, Individuellem und Typischem, ständig in Bewegung gehalten durch situative Herausforderungen, durch Unerwartetes, durch Eigendynamiken. Bessere Geschichtsschreibung ist es, nicht vom Späteren zurückzublicken, sondern die vergangene Zukunft zu erschließen, die Handlungsbedingungen und den Erwartungshorizont der Zeitgenossen zu berücksichtigen. Dem Rest der Welt gegenüber waren die Gemeinsamkeiten der großen und kleinen westlichen Industrienationen – von Skandinavien oder den Niederlanden über Deutschland oder Frankreich bis zu Großbritannien und einigen seiner Dominien oder den Vereinigten Staaten – größer als ihre Unterschiede, die gleichwohl existierten.⁴⁰

Der Verzicht darauf, nationale Sonderpfade zu konstruieren, bewahrt Historiker auch vor der Falle der »embryogenetischen Obsession«, vor der Marc Bloch warnte.⁴¹ Es ist eine übliche Gewohnheit in der Geschichtswissenschaft, von den Ursprüngen auf das Danach zu schließen oder das Spätere durch das Frühere zu erklären. Formeln wie »die Entstehung von ...« oder »the origins of ...« stehen in vielen historischen Buchtiteln. Und wenn sie sich der Grenzen dieses Erklärungsmodells – seiner begrenzten Aussagekraft und der Notwendigkeit, die Eigenständigkeit der nachfolgenden Entwicklung ernst zu nehmen – bewusst ist, kann die historische Methode sich solcher Verfahren erfolgreich bedienen. Wenn nicht, offenbart sich darin ein Ursprungsglaube, der an romantische Dichter erinnert oder an Philosophen auf der Suche nach den Quellen des Seins. Geschichte ist ein Feld unberechenbarer Dynamiken, die von

Bedingungen abhängen, aber diese Bedingungen zugleich verändern, überschreiten und auflösen. Geschichte ist nicht Physik. Die Kosmologie kann den Moment eine Weile nach dem »Urknall« rekonstruieren, von dem aus sich alles andere ergab. Martin Rees, der britische Hofastronom, formuliert es so: »Es ist eine erstaunliche Leistung der Kosmologie, dass sie eine Computersimulation durchführen kann, die im Wesentlichen bei den Strukturen endet, die wir heute vorfinden, wenn man bei den winzigen Fluktuationen beginnt, die auftraten, als das Universum weniger als eine halbe Million Jahre alt war.«⁴² In dieser Analogie wäre Geschichte eher die rätselhafte Phase zuvor, die Physiker bislang nicht ergründen können und in der noch keine Gesetzmäßigkeiten festlegten, was einmal folgen würde. Dass es vor der Demokratie Bismarck und seine Sozialgesetzgebung gegeben hatte, oder Kaiser Wilhelm, oder Rassisten und Antisemiten; dass danach Hitler, ein Gewaltherrscher, der Krieg und Vernichtung wollte, Massen für sich mobilisieren konnte: Das sagt uns zunächst einmal nichts über die Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg (und auch nichts über den demokratischen Wohlfahrtsstaat, der weder eine Verlängerung des Bismarckstaates noch eine Vorstufe des rassistischen Vorsorge- und Fürsorgesystems des Nationalsozialismus war), solange wir nicht wissen, wie die Demokraten und Demokratien unter ihren Bedingungen handelten, was sie schufen, was sie versuchten, worin sie scheiterten. Denen, die die europäischen Demokratien nach dem Ersten Weltkrieg errichteten, sollten historische Darstellungen ihre Würde nicht nehmen: Wenn Gerechtigkeit ein Ziel der Geschichtsschreibung ist, verlangt sie, Handelnde nach ihren eigenen Fehlern und Verdiensten, Absichten und Möglichkeiten zu beurteilen.

Dann fällt es schwer, den Zweifeln an der Lebensfähigkeit der Demokratie in Europa nach dem Ersten Weltkrieg zu folgen, die in vielen Büchern zu finden sind. Ein prominentes Beispiel dafür ist die inspirierende Darstellung der europäischen Zwischenkriegszeit, die Mark Mazower Ende der neunziger Jahre, nachdem sich Europa auf dem Balkan noch einmal von seiner gewalttätigen Seite gezeigt hatte, in seinem Werk »Der dunkle Kontinent« vorgelegt hat. Bei Mazower ist zu lesen, dass »das europäische Experiment mit der Demokratie in der Zeit zwischen den Weltkriegen eine Neuheit war«. Schon der Titel verrät aber die pessimistische Perspektive. Vom demokratischen Optimismus, der nach dem Ersten Weltkrieg überall zu erleben war, ist nichts zu spüren, und nichts vom Durchhaltevermögen der Demokratie: »1918 triumphierte sie, war aber nur zwanzig Jahre später fast dem Tod geweiht. Vielleicht musste sie in einer solchen Zeit politischer Krisen und wirtschaftlicher Erschütterung zusammenbrechen, zumal ihre Verteidiger zu utopisch dachten und zu viel Ehrgeiz hatten – und vor allem zu wenige waren. Mit ihrer Betonung verfassungsmäßiger Rechte und der Vernachlässigung sozialer Verantwortung schien die Demokratie oft eher fürs neunzehnte als fürs zwanzigste Jahrhundert gemacht zu sein.«⁴³ Das Versagen und nicht die Verdienste der europäischen Demokratien stehen im Vordergrund. Ganz abgesehen davon, dass zwanzig Jahre nach 1918 die Demokratie keinesfalls fast dem Tod geweiht war – hätten sich denn die Zeitgenossen in dieser düsteren Wiedergabe ihrer Gegenwart wiedererkannt?

Im nächsten und auch im sechsten Kapitel dieses Essays geht es darum, dass von einer »Vernachlässigung der sozialen Verantwortung« in den Demokratien der Zwischenkriegszeit keine Rede sein kann, sondern im Gegenteil nach

dem Ersten Weltkrieg die soziale Demokratie in der politischen Praxis geschaffen wurde. Viel ist bei Mazower und anderen vom Versagen des Liberalismus zu lesen; nichts von seiner erstaunlichen Neuerfindung. Die soziale Demokratie und der soziale Liberalismus mit ihrem neuen Wirtschaftssystem des demokratischen Kapitalismus, Produkte der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, erwiesen sich als die Erfolgsmodelle der Zukunft. Die negativen Befunde, die Mazower auf anderen Gebieten zusammenfasst, lassen sich jedoch nicht ignorieren. Vielleicht lassen sie sich aber anders einordnen. Es geht insbesondere um zwei Problemkreise, an denen viele Historiker die vermeintliche Schwäche der Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg festmachen: zum einen die überall verbreitete Kritik am Parlamentarismus; und zum anderen der Aufstieg einer neuen bestimmenden Sozialfigur – des Experten, nicht nur des naturwissenschaftlichen Experten, sondern vor allem des Sozialexperten, der glaubt, mit seinem Wissen das Leben der Menschen optimieren und die Gesellschaft ordnen zu können.

Der erste Einwand gegen die These von der Vitalität und Handlungsfähigkeit der Demokratie in der Zwischenkriegszeit verweist auf die zeitgenössische Parlamentarismuskritik. Und in der Tat ist die Ablehnung des Parlaments, des politischen Zentrums der Demokratie, mit der modernen Demokratie nicht zu vereinbaren. Doch in vielen Fällen unterschied sich die damalige Kritik am Parlamentarismus gar nicht so sehr von der Kritik am Parteienstaat, die wir aus unserer Gegenwart kennen, oder von den Angriffen auf die Korruption der Parteimaschinen, die um 1900 die demokratischen Reformen des amerikanischen Progressivismus motiviert hatten. Es gab nach dem Ersten Weltkrieg zwar auch Parlamentskritiker, die den Parlamentarismus generell ab-

lehnten und die auch die Demokratie entweder abschaffen oder zur plebiszitären Führerdemokratie umbauen wollten. Bei genauem Hinsehen entpuppen sich viele der kritischen Stimmen jedoch als Kritiker innerhalb der Demokratie. Um richtig urteilen zu können, muss man wissen, wer genau Kritik äußerte und warum er dies tat. Was heute ähnlich klingt, kann damals gänzlich unterschiedliche Bedeutungen und Funktionen gehabt haben. Für die Weimarer Politiker oder Staatsrechtler stand das Parlament unverrückbar im Zentrum des Staates. Und die parlamentarische Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg funktionierte lange Zeit beinahe reibungslos. Nicht die Demokratie oder das Parlament selbst, sondern das, was als Auswüchse der Parteienherrschaft wahrgenommen wurde, zog die Kritik vieler Demokraten auf sich: in Deutschland, in Dänemark, in den Niederlanden, in Frankreich – oder auch in den Vereinigten Staaten, wo die Selbstblockade des Kongresses ein alter Topos der politischen Auseinandersetzung und der öffentlichen Wahrnehmung ist. So klingt die verzweifelte Stimme von Marc Bloch, eines überzeugten Verfechters des Parlamentarismus: »Ich brauche nur um mich zu blicken, um mich davon zu überzeugen, dass der Parlamentarismus nur zu oft der Intrige den Vorzug gegeben hat gegenüber der Intelligenz oder Pflichterfüllung. Die Männer, die uns heute regieren, sind zum größten Teil aus diesem Sumpf hervorgegangen. [...] Die Versammlungen von monströsen Ausmaßen, die uns zu regieren vorgaben, waren eine absurde Hinterlassenschaft der Geschichte. [...] Die großen Parteien klebten an Dogmen, von denen sie wussten, dass sie veraltet waren, und an Programmen, auf deren Verwirklichung sie bereits verzichtet hatten, und in ihren Reihen fanden sich in trügerischer Einheit Leute zusammen, die

zu den großen Problemen der Zeit die widersprüchlichsten Meinungen vertraten.«⁴⁴ Hinter der Parlamentarismuskritik, die mitunter destruktive Züge annehmen konnte, steckte nicht selten der Wunsch nach konkreten Reformen und nach einer allgemeinen Stärkung, Absicherung und Vitalisierung der Demokratie.

Wenn Krisen zu lösen waren, führte an den Parlamenten kein Weg vorbei. Welche große Rolle der amerikanische Kongress in den dreißiger Jahren spielte, erfahren wir im sechsten Kapitel. Der Reichstag der Weimarer Republik bewies in den zwanziger Jahren seine Handlungsfähigkeit. Es war nicht abzusehen, dass er seine zentrale Stellung im politischen Gefüge einmal verlieren würde. Der schleichende Übergang zum autoritären Präsidialregime in den frühen dreißiger Jahren war an den vielen Notverordnungen zu erkennen, die der Reichspräsident auf Empfehlung von Kanzler und Kabinett erließ; Deutschland wurde *de facto* ohne Parlament regiert, wenn es auch heikler ist zu bestimmen, ab wann oder von wem etwas anderes angestrebt war als die Stabilisierung der Demokratie – oder die Stabilisierung des Staates in seiner existierenden, also demokratischen Gestalt – in einer extremen Krise durch verfassungsmäßige Notstandsmaßnahmen. Dass in der Regierung Heinrich Brünings ab 1930 noch überzeugte Demokraten saßen, steht außer Frage; dass Reichskanzler Brüning mit der Demokratie wenig anzufangen wusste und sein Nachfolger Franz von Papen ein Antidemokrat war, ist ebenfalls nicht zu leugnen. Wie anders sah die Situation zehn Jahre zuvor aus, und wie sehr zeigt sich darin die Stabilität und Akzeptanz der Demokratie in Deutschland. Die Krise war auch da gewaltig. Die unkontrollierbare wirtschaftliche Unsicherheit entlud sich 1922/23 in einer Hyperinflation.

Die deutschen Mittelschichten, das Bildungsbürgertum, die Sparer wurden dadurch in kurzer Zeit um ihr Vermögen gebracht. Das sind Herausforderungen, die Sozialordnungen zusammenbrechen lassen. Und es gibt in der Tat Deutungen, die vom Zusammenbruch der bürgerlichen Zivilisation sprechen, vom Zerfall der bürgerlichen Tugend, vom Verlust der bürgerlichen Werte.⁴⁵ In einigen Ländern überlebte die Demokratie eine solche Lage nicht. Und wie reagierte die deutsche Demokratie? Der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert erließ Notverordnungen im Einklang mit Parlament und Regierung. Die meisten der Notstands- und Stabilisierungsmaßnahmen der Regierung wurden vom Reichstag selbst autorisiert, in Form von Ermächtigungsgesetzen – parlamentarischen Instrumenten, die später von den Nationalsozialisten in ihr Gegenteil verkehrt wurden, in den frühen zwanziger Jahren der Demokratie jedoch gute Dienste erwiesen und dadurch eine lange Phase des Regierens ohne jegliche Notstandsmaßnahmen ermöglichten.⁴⁶ Gustav Stresemann, der Reichskanzler, der mit seinen durch ein Ermächtigungsgesetz gedeckten Notmaßnahmen den Zusammenbruch abwandte und Demokratie wie Wirtschaft 1923 zur Stabilität verhalf, war »ein geborener Parlamentarier, er lebte in der Debatte auf«.⁴⁷ Die deutsche Demokratie hatte Anfang der zwanziger Jahre mit einer schwindenden, aber stattlichen Anzahl von Feinden der Demokratie zu kämpfen und die Herzen derer zu gewinnen, denen Demokratie und Republik noch wenig bedeuteten. Dass sie diese lebensbedrohliche Situation meisterte, spricht bei aller Fragilität und Instabilität für die Stärke dieser Demokratie. Und so sahen es auch die Zeitgenossen. Die Zahl derer, die eine andere Ordnung wollten, wurde immer kleiner. Der Erwartungshorizont der meisten Deut-

schen war demokratisch geworden: Die Zukunft, das war die Demokratie.

Genau diese Auffassung begegnet uns auch während eines »Ausspracheabends« an der Hochschule für Politik in Berlin am 5. Juli 1929, unmittelbar vor der großen Krise, der Weltwirtschaftskrise. Öffentliche Debatte und Beamtenbildung gehörten zur Aufgabe dieser von den Gründervätern der Republik eingerichteten Hochschule. Diese außeruniversitäre Institution war gewissermaßen die intellektuelle Spitze des republikweiten Netzes von Volkshochschulen, die sich überall im Dienste der Demokratie engagierten. Viele, die mit der Berliner Hochschule verbunden waren, mussten 1933 ins Exil. Die junge demokratische Geisteselite studierte und lehrte hier. Man war selbstbewusst; auch kluge Köpfe anderer Denkungsart waren als Diskussionspartner willkommen. Im Sommersemester 1927 etwa fand eine Vortragsreihe über »Probleme der Demokratie« statt, in der Carl Schmitt eine erste Fassung seines »Begriffs des Politischen« vorstellte. Die Kritik des demokratischen Publikums war scharf und treffend.⁴⁸ Schmitt war jemand, der mit intellektueller Provokation stets auf sich aufmerksam machen wollte; ein Deutschland ohne Demokratie, ein Ende der Weimarer Republik hielt auch der brillante und berühmte, zwischen Geltungssucht und Selbstzweifeln hin- und her rasende Jurist nicht für denkbar. Darum lärmte er ja so laut und ungeniert. Gleichzeitig bewunderte er Mussolini, wie er später Hitler verehren sollte; aber eine Zerstörung der deutschen Demokratie erschien selbst ihm damals unvorstellbar.

Zu den erwähnten »Ausspracheabenden« der Hochschule im Sommer 1929 über »Probleme der Koalitions-Politik« war auch wieder Schmitt eingeladen. Außer ihm

trugen unter anderen seine demokratische Nemesis vor, der jüngere und überaus streitbare Staatsrechtler Hermann Heller, und am besagten Julitag Alexander Rüstow, einst Sozialist, bald darauf einer der bedeutendsten Erneuerer des Wirtschaftsliberalismus, in der frühen Republik Beamter des Reichswirtschaftsministeriums, nun einflussreicher Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Vereins deutscher Maschinenbau-Anstalten. Wie der politische Opportunist Schmitt oder der soziale Demokrat Heller vertrat Rüstow die Auffassung, im politischen Gefüge der Republik bestehe Reformbedarf. Rüstow klagte über »ein stillschweigendes System der Verantwortungsflucht« in der deutschen Politik. Parteien und Regierungen wälzten die Verantwortung für ihr Handeln auf Gerichte, Sachverständigengremien oder Koalitionsausschüsse ab, um die unvermeidlichen Kompromisse den Wählern gegenüber nicht vertreten zu müssen. Alles Klagen, die uns sehr vertraut sind; nichts, was genuin demokratischer Kritik am Verhalten von Parteien und Parlamenten fremd wäre. Eine »andere, sehr beliebte Form«, der politischen Verantwortung auszuweichen, war die, so Rüstow, »die von selber entsteht, wenn man nur lange genug die Entscheidungen hinausschiebt, nämlich dass man sich in die Zwangslage kommen lässt, [...] wo dann die Verantwortung dadurch abgenommen wird, dass man das Einzige tut, was einem noch übrigbleibt« – die Rhetorik der Alternativlosigkeit als Entlastungsstrategie der Klein- und Wankelmütigen, die eher den Zusammenbruch riskieren, als rechtzeitig etwas zu wagen. Rüstows Vorschlag, um diese politische Blockade zu lockern, lief allerdings nicht darauf hinaus, den Reichspräsidenten mit größerer Macht auszustatten, wie es der Verfassungsrechtler Schmitt verlangte. Das sei, wandte Rüstow ein, »der Grundstruktur

der Reichsverfassung vollkommen zuwider«. Er plädierte vielmehr dafür, die Stellung des Reichskanzlers zu stärken und den Regierungschef »zum politischen Führer zu machen«, dessen Richtlinienkompetenz ernst genommen werde, der »auf Bewährungsfrist« auch mit parlamentarischen Minderheiten regieren könne und direkt an die Bürger appellieren dürfe, um seine Maßnahmen durch Abstimmung legitimieren zu lassen. Unter Protest Hellers, der davor warnte, die »zwei Gestalten [zu] kreuzen«, nannte Rüstow diese Konstruktion »Diktatur im Rahmen der Demokratie« und »zur Aufrechterhaltung der Demokratie«. Das war nicht einmal der klassische römisch-republikanische Diktaturbegriff einer Notstands- und Rettungsdiktatur; bei Rüstow hatte der britische Premierminister Modell gestanden.⁴⁹

Andere, neuartige Formen der Diktatur durfte und konnte es in Deutschland nicht geben: Das ist die für die Geschichte der deutschen Demokratie interessante Schlussfolgerung Rüstows. Die deutsche Gesellschaft war viel zu komplex. Durch eine Diktatur wie die in Italien würde »das ganze Haus gesprengt, in dem wir wohnen«, »unabsehbares Unheil« wäre die Folge. Mit der größten Selbstverständlichkeit war von den »demokratischen Staaten« einschließlich Deutschlands die Rede. Demokratie war bereits affektiv besetzt; sie war mehr als Politik und Verfassung, sie war ein Lebensgefühl geworden. Ein Jenseits der Demokratie lag außerhalb des Vorstellungsvermögens. Im »ganz populären Sinne« stellte man sich »unter Diktatur das« vor, »was sie heute in Italien und Spanien usw. ist«, in etwas rückständigen Gesellschaften also, »und unter Demokratie das, was sie bei uns, in Frankreich und sonstwo ist«. Zwischen den beiden politischen Welten herrschte eine »gefühlsmäßige

Antinomie«. Und Deutschland gehörte fest in die Welt der Demokratien.

Die deutsche Demokratie, deren politische Mängel Rüstow analysierte, hatte sich »innerhalb der letzten fünf Jahre konsolidiert«, und sie war »in weiterer Konsolidierung begriffen«. Es bestand keine unmittelbare Gefahr. Aber die »Veralltäglichungen« stabiler Verhältnisse durften nicht zu trügerischer Selbstsicherheit führen. Nicht um Krisengerede ging es Rüstow. Er malte keine Krise an die Wand, er gebrauchte nicht einmal das Wort. Er betrieb demokratische Selbstkritik – »was wir hier tun, ist Dienst am Staate«, an der Demokratie, ließ er sein Publikum an der Hochschule für Politik wissen: Die »Widerstandsfähigkeit gegen etwaige Erschütterungen« war zu stärken. Und wie recht er in dieser Hinsicht hatte, im Juli 1929. An diesem Punkt kam das entscheidende Problem der demokratischen Führung zum Vorschein. Politische Führung trug in der Demokratie wesentlich zur Integration der Gesellschaft bei. Wie andere deutsche Demokraten vertrat Rüstow einen vielschichtigen Staatsbegriff: Der demokratische Staat war nicht die Gesellschaft, aber er war auch nicht völlig von ihr getrennt. Weder schwebte er frei über der Gesellschaft, noch bildete er ihr unerschütterliches Fundament. Der demokratische Staat war die »Gesamtgestalt des politischen Lebens des Volkes«, die politische Form der Gesellschaft. Im Parlament trafen Staat und Gesellschaft zusammen; der Volkswille, dem im Parlament Ausdruck verliehen wurde, war der Wille der individuellen Bürger, nicht eines einheitlichen Kollektivs; die Parteien waren die Methode, die vielfältigen politischen Willensäußerungen der Bürger zu bündeln, zu artikulieren und zur politischen Handlungsgrundlage zu machen. Die Verwaltung setzte den politischen Willen der Bürger um und

trug Sorge dafür, dass er in der alltäglichen Praxis der Demokratie Berücksichtigung fand. An allen Stellen dieses demokratischen Gewebes von Staat, Gesellschaft, Parteien und Verwaltung konnte politische Führung einwirken, die Initiative ergreifen, die Richtung vorschlagen, das Mögliche erproben. Der Zusammenhalt in der Demokratie war ständig neu zu stiften: Der Staat, als politische Form der Gesellschaft, musste sich durch die demokratische Teilhabe der Bürger permanent integrieren. Und darum hielt Rüstow »eine Auflösung der Zusammenhaltskräfte« in der demokratischen Gesellschaft für gefährlich.⁵⁰ Das war eine Aufforderung zur Selbstkorrektur; demokratische Selbstkritik, keine Kritik an der Demokratie.

Pathologien und Politik

Zur zweiten Schattenseite der Demokratien nach dem Ersten Weltkrieg: Es geht dabei um ein pathologisches Potenzial, das jeder Demokratie innewohnt – ob es damals aber zum Ausbruch kam, ist eine ganz andere Frage. Dieser zweite Problemkomplex hat mit dem erwähnten Aufstieg der Sozialexperten zu tun. Für die Geschichte der Demokratie ist dieses Problem so relevant, weil die Bedeutung demokratischer Entscheidungsprozesse und der Selbstbestimmung der Bürger umso mehr abnimmt, je größer die Rolle der Sozialexperten in der Gesellschaft wird. Wenn die Experten entscheiden, wie die Menschen leben sollen, wenn sie vielleicht sogar die Menschen für dieses angeblich bessere Leben konditionieren, dann kann von Demokratie kaum noch die Rede sein und noch weniger vom sozialen Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der demokratischen Institutionen. Und in der Tat geht die Herausstellung der Sozialexperten oft Hand in Hand mit der Unterstellung,

dass in Demokratien und Diktaturen Experten auf sehr ähnliche Weise das Leben der Menschen regelten: Auf die Politik, auf die Demokratie kam es demnach nicht an – die Experten standen scheinbar über der Politik und erschufen ihre eigene soziale Wirklichkeit.

Aber Expertenvisionen der Menschheitsbeglückung wurden durch *common sense*, Verfassungsrecht, politischen Interessenausgleich, zivilgesellschaftlich ausgelebte Demokratie und liberale Werte in Schach gehalten. Und es gab finanzielle Schranken, die nicht zu überwinden waren. Zwar wollten der entstehende Wohlfahrtsstaat und seine Sozialexperten vieles wissen, bevor Sozialleistungen verteilt wurden. Dabei kam es aus der Sicht der Betroffenen vielfach zur Verletzung der Privatsphäre. Hier gab es ein politisches Tätigkeitsfeld, in dem die Demokratien nach dem Ersten Weltkrieg Gefahren ihres Handelns erkennen und der Zuständigkeit ihrer Sozialexperten Grenzen setzen mussten.

Aber die Geschichtswissenschaft verwischt die Unterschiede zwischen Demokratien und Diktaturen, wenn sie erklärt, dass Sozialexperten mehr oder minder übereinstimmende Ziele verfolgten. In der historischen Realität existierte keine große Gemeinsamkeit, die in vielen Abstufungen angeblich von sozialdemokratischen oder sozial-liberalen Sozialpolitikern bis zu den stalinistischen Schöpfern eines neuen Menschen oder den nationalsozialistischen Rasetechnikern reichte. Zwar ähnelte sich die Rhetorik mancher Experten, und es gab auch in den Demokratien einige, die Menschen und Gesellschaften umgestalten wollten, was immer es kosten würde, und die dazu noch bei der Presse Gehör fanden und großes Geschick darin bewiesen, ihre Sozialtechniken als das Modell der Zukunft anzupreisen. Doch die meisten Experten gingen niemals so weit. Das gilt auch für das Ehe-

paar Alva und Gunnar Myrdal in Schweden. Sie bildeten eine Partnerschaft, die in den Augen vieler den Typus des »Sozialingenieurs« verkörperte. Die beiden waren prominent und stilbildend, was den öffentlichen Auftritt von Experten betrifft.⁵¹ Doch bei genauem Hinsehen wurden selbst ihre Pläne allzu oft ausgebremst, wenn nicht ignoriert – von einer Gesellschaft und einer Politik, die für rasante Veränderungen nicht aufgeschlossen waren; von einer Bevölkerung, die ganz eigene, vielfältige Vorstellungen vom guten Leben hatte.

Dass in Schweden die Sozialexperten nun einmal »Sozialingenieure« genannt werden, hat zu der Begriffsverwirrung geführt, die manchmal von dem Konzept »social engineering« ausgeht. Wofür die Demokratien der Zwischenkriegszeit – von Schweden bis Neuseeland, von Deutschland bis zu den Vereinigten Staaten – ihre Sozialexperten einsetzten, war jedoch etwas völlig anderes als das, was in der Sowjetunion, im faschistischen Italien oder später im Nationalsozialismus geschah. Die totalitären Regimes wollten einen neuen Menschen erschaffen, um jeden Preis und unter Einsatz von Gewalt. In Deutschland kam während der Gewalt Herrschaft Hitlers eine Generation von Sozialexperten zum Zuge, die ihren Größenwahn als »Sachlichkeit« ausgab. Als Studenten hatten viele von ihnen den immer einflussreicher werdenden »völkischen« Verbindungen und Verbänden angehört. Ihr Nationalismus und ihr Antisemitismus wurden immer radikaler, je mehr sie das Gefühl hatten, in der deutschen Demokratie seien ihre Aufstiegschancen blockiert. Viele kamen aus »gutem Hause«, aber ihre Sitten waren verroht. Sie hielten sich für eine Elite, waren intellektuell aber nur zweitklassig; die besten deutschen Sozialwissenschaftler wurden von den Nationalsozialisten ins Exil getrieben oder ermordet.⁵²

In Demokratien war die Aufgabe der Sozialexperten, die seit dem 19. Jahrhundert betriebene Politik der Sozialreform fortzusetzen. Alles geschah im Rahmen der Demokratie, und alles stand unter Finanzierungsvorbehalt. Das Parlament, die Öffentlichkeit, die Presse kontrollierten. Die Regierungen vergaben Aufträge und konnten oder mussten sie wieder entziehen. Die Kollegen kritisierten und konkurrierten. Individuelle und organisierte Interessen setzten jedem Projekt Grenzen, das in ihre Bereiche übergriff. Und nicht wenige Politiker, auf nationaler wie auf lokaler Ebene, entdeckten in der Sozialpolitik eine ideale Möglichkeit, um sich bei Wahlen Zustimmung zu sichern. In dieser Hinsicht lernten die Amerikaner, deren Parteimaschinen nicht mehr zur offenen Korruption greifen konnten, von den Europäern. In Wahlen ging es nach europäischem Vorbild jetzt nur noch um Sozialpolitik, erklärte 1938 Harry Hopkins, der enge Vertraute von Präsident Roosevelt: »Politiker treten zur Wahl mit dem Versprechen an, für mehr soziale Leistungen zu sorgen.« Dieser Dynamik konnte sich niemand mehr entziehen. Das Ziel war, »Wahlen zu gewinnen«.⁵³ Großprojekte (Straßenbau, Wohnsiedlungen, Staudämme, Elektrifizierung etc.) waren immer auch ein Geschäft auf Gegenseitigkeit – von den Bürgern gewünscht und für ihre Zwecke genutzt, von Gewerkschaften und Industrie ausgehandelt, von der Politik mit einer effektiven Mischung aus edlen Motiven und Berechnung in Gang gesetzt. Zur stalinistischen Gigantomanie oder den faschistischen Gewaltunternehmen bestand nicht einmal eine »entfernte Verwandtschaft«.⁵⁴

Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg ist nicht zu begreifen, ohne die Geschichte der Demokratie ernst zu nehmen. In den Demokratien ging es niemals um einen neuen Men-

schen. Es ging um die Reform der Gesellschaft, um bessere Lebensbedingungen für die Menschen, um einen neuen Kapitalismus, um die sozialen Grundlagen individueller Entfaltung. Es bleibt eine interessante Frage, warum Experten zu radikalen Visionen neigten. Aber es wäre ein Trugschluss, die Eigenheiten und Selbstinszenierungen von Experten auf demokratische, vielfältige, pluralistische Gesellschaften insgesamt zu übertragen und zur Signatur eines Zeitalters zu erheben.

»Zwei Europa«

Viele Missverständnisse lassen sich vermeiden, indem man von dem Bemühen Abstand nimmt, die Geschichte der Demokratie in der Zwischenkriegszeit als eine gesamteuropäische Geschichte darzustellen. Es zeugt von guten politischen Absichten, allen Europäern eine gemeinsame Geschichte geben zu wollen. Doch Europa hat nach dem Zweiten Weltkrieg lange gebraucht, um zu einer Union zusammenzuwachsen. Wie brüchig diese immer noch ist, wird uns tagtäglich vor Augen geführt.⁵⁵ Es gab stets voneinander abweichende Rhythmen der Modernisierung und unterschiedliche Entwicklungsgeschwindigkeiten.⁵⁶ Eine Geschichte der Demokratie in der Zwischenkriegszeit kommt nicht aus ohne die Unterscheidung zwischen etablierten Demokratien auf der einen Seite und Staaten auf der anderen, in denen eine Zeitlang, zögerlich und ohne Zukunft, mit der Demokratie experimentiert wurde. Schon den Zeitgenossen fielen diese grundlegenden Differenzen auf. Eine solche Unterscheidung schützt vor dem Fehlurteil, die Demokratie sei 1938 beinahe dem Tode geweiht gewesen. Nicht herabwürdigender Paternalismus, sondern Anerkennung der Vielfalt spricht aus dieser Sichtweise eines

aufgeklärten Euro- oder Atlantozentrismus: Sie nimmt keine künstliche Trennung Europas vor, sondern eine sachlich unabdingbare Differenzierung. Legt man diese Kriterien an, erweist sich die Geschichte der Demokratie in den dreißiger Jahren nicht als spektakuläres Scheitern, sondern als kreative Bewältigung existenzieller Krisen.

Vor beinahe vierzig Jahren hat der Zeithistoriker Gerhard Schulz an einen Vorschlag von 1929 erinnert: an die Konzeption von »zwei Europa«, die sich geografisch trennen und politisch auseinanderhalten ließen. Würde man das eine Europa sich als einen Kreis vorstellen, fiele der Mittelpunkt etwa in die Niederlande – oder auf Brüssel. Innerhalb dieses Kreises befanden sich »nahezu sämtliche Kohlengruben Europas, alle großen Industrien der Metallurgie, der Textilfabrikation und der Chemie, drei Viertel der europäischen Eisenbahnen, die weitaus größten Finanzmärkte sowie alle großen Universitäten und wissenschaftlichen Einrichtungen. Die gesamte Bevölkerung konnte lesen und schreiben; die städtische übertraf bei Weitem die Zahl der ländlichen; und alle Staaten, die ganz in dieser Zone lagen, wurden demokratisch regiert.« Das ist das Europa der Lebensversuche moderner Demokratien nach dem Ersten Weltkrieg.

Eine Skizze des anderen Europa sieht so aus: »Außerhalb dieser Linie gab es neben den großen internationalen Verbindungslinien nur wenige Eisenbahnen, wenige Straßen, zu wenig Schulen; die große Mehrheit der Bevölkerung lebte auf dem Lande. Die Bauern lebten von ihren Erzeugnissen; denn die Umsätze auf den Märkten waren gering. Zu ihrer Arbeit benutzten die Menschen vor allem anderen ihre Hände, folgten sie wenigen einfachen, überlieferten Regeln und setzten sie Ochsen und Pferde ein. Dies

war das Europa, das von Menschen- und Pferdekraft lebte. Die Parlamente blieben ohne Einfluss; hier herrschte die Diktatur.«⁵⁷ Das ist das Europa, um das es in diesem Essay nicht geht. Weil es nicht das Europa der Demokratien war.

Im Europa der Demokratien hatten die modernen Demokratien nach dem Ersten Weltkrieg die Zeit und die Möglichkeit, sich zu entwickeln und dabei Fehler zu machen. Schon Tocqueville betonte: Die fortwährende Abfolge von Fehlern und dem Beheben von Fehlern ist ein Kennzeichen von Demokratien. Instinktiv gestehen wir ihnen das auch heute zu: Die Fehler häufen sich, aber das erschüttert kaum das Vertrauen in die Fähigkeit der Demokratie, Probleme manchmal zu lösen, meistens aber sie auszusitzen, zu ignorieren, zu verlagern oder einfach mit ihnen zu leben. Selbst unter den einzigartig günstigen Umständen nach dem Zweiten Weltkrieg und bis zur Gegenwart erschien es unvermeidlich, dass Demokratien gravierende Fehler begehen. Perfektion erwarten wir nicht. Wie steht es aber mit den Demokratien, die nach dem Ersten Weltkrieg sich in einer so ungleich unruhigeren Umgebung zu bewähren hatten?

Wenn sich Demokratien im Angesicht von permanenten existenziellen Krisen behaupten, wenn sie die Katastrophe der Staats- und Privatfinanzen, die Verheerung von Gesellschaften und Ökonomien durch Krieg und Gewalt jahrelang überstehen und dabei immer mehr an Stabilität und sozialer Integrationskraft gewinnen, dann handelt es sich nicht um ephemere Erscheinungen. Im Europa der Demokratien stand die Demokratie nicht in Zweifel, bis sie am Anfang der dreißiger Jahre durch die größte Krise überhaupt, die Weltwirtschaftskrise der Großen Depression, erschüttert wurde. In einer solchen Lage ist der Spielraum für Fehler,

auf den Demokratien angewiesen sind, auf einmal äußerst eingeschränkt.

Die vermeintliche vorherige Instabilität der Demokratien war nicht die entscheidende Bedingung dafür, ob sie dieser monströsen Krise Herr wurden; sie hatten so viele Krisen bereits gemeistert. Instabilität ist ein relatives Konzept; ob die deutsche Demokratie instabil war, hängt von den Urteilkriterien ab. Es sprechen viele Argumente für die Einschätzung, dass im zeitgenössischen Kontext die deutsche Demokratie nicht instabiler war als andere der etablierten Demokratien. Im Vergleich zu Osteuropa erscheint die Weimarer Republik ohnehin als Bollwerk der Demokratie.⁵⁸ In Osteuropa, auf dem Balkan und in dem Raum, den man nun Ostmitteleuropa nennt, gab es keine etablierte Demokratie – außer der industrialisierten Tschechoslowakei, die allerdings in Mitteleuropa und im Europa der Demokratien lag.⁵⁹ Und wie sah es im Süden aus? Portugal verfügte über eine beachtliche liberale Tradition, aber unsichere Ansätze einer demokratischen Entwicklung in diesem von Armut geprägten Land wurden schnell durch einen Staatsstreich erstickt; der vereinten Macht von Militär, Kirche und Grundbesitzern waren die demokratischen Kräfte noch nicht gewachsen. Spanien begab sich nach einem diktatorischen Start in die Zwischenkriegszeit erst mit seiner heroischen Zweiten Republik 1931 bis 1936 auf den Weg zur modernen Demokratie, kam aber ungeachtet des starken demokratischen Potenzials in einigen seiner Regionen nicht weit voran. Ob die Republik mehr war als ein Zwischenspiel, ist Gegenstand hitziger Debatten. Ein allgemeiner demokratischer Erwartungshorizont hatte sich in Spanien nicht ausgebildet, und die Gegenkräfte warteten nur auf den richtigen Augenblick, um das demokratische System zu sprengen.⁶⁰

Eine Herausforderung stellt Italien dar. Die unüberschaubare Diskussion über den Aufstieg des Faschismus und seine Herrschaft seit 1922/1923 kann hier nicht aufgegriffen werden.⁶¹

Am Anfang schien die totalitäre Bewegung Benito Mussolinis, die nach und nach einen von Interessenkompromissen gleichwohl nicht unabhängigen Führerstaat errichtete, noch im Namen der Demokratie anzutreten. Der faschistische Philosoph Giovanni Gentile nannte Mussolinis Italien vor der Weltöffentlichkeit »den demokratischen Staat *par excellence*«. Verächtern der liberalen Demokratie wie Carl Schmitt bot der italienische Faschismus ein radikales und nicht-liberales Modell der Massendemokratie: eine Führerdemokratie, in der eine Identität zwischen dem Willen des Führers und dem Willen des Volkes bestand, die immer wieder durch Plebiszite und Massenakklamationen bestätigt wurde. Dem Faschismus wohnte nichts Antidemokratisches inne, behauptete Schmitt 1929, er stand »in Wahrheit nur zu der liberalen Auflösung der echten Demokratie in einem derartig absoluten Gegensatz«. Schmitts Sympathien als »cäsaristisch gesinnter Demokrat« galten der Dreifaltigkeit »echter Nationalismus, allgemeine Wehrpflicht und Demokratie«.⁶² Schmitt trieb eine altbekannte pathologische Tendenz der Demokratie auf die Spitze. Was er propagierte, konnte mit Recht als eine extreme Variante des Rousseauismus betrachtet werden: In der Figur des Führers fand der Wille aller seinen unmittelbaren Ausdruck. Diese Sehnsucht nach absoluter Einheit konnte sich bis hin zu den Gewaltexzessen von Säuberungsprojekten steigern. Aber anders als in den totalitären Herrschaftsgebilden wurde ihr seit der Französischen Revolution in keiner Demokratie mehr freier Lauf gelassen.⁶³

Den nördlich und westlich von ihr gelegenen Demokratien stand die deutsche Demokratie in nichts nach – allenfalls in der Zahl der überzeugten Demokraten; doch man überschätzt leicht die Verbreitung und Festigkeit demokratischer Überzeugungen in den anderen Demokratien. Den Zeitgenossen wäre der Gedanke, dass ein fundamentaler Unterschied zwischen Deutschland und den anderen Demokratien bestand, sonderbar vorgekommen. Sie alle, Amerika mit seinen geografischen und ökonomischen Segnungen nicht ausgenommen, gerieten Anfang der dreißiger Jahre in größte Not infolge der wirtschaftlichen Katastrophe. Zeigt sich darin nun die – bei näherer Betrachtung lediglich graduell voneinander abweichende – Instabilität oder Stabilität von Demokratien? Muss man also aus ihrem Untergang *ex post* schließen, dass die eine Demokratie instabiler war als die andere? Oder ist nicht vielmehr augenscheinlich, dass die plötzliche, sich in Unglück um Unglück entladende, beinahe tödliche Krise des Kapitalismus es war, die zu einer lebensbedrohlichen Situation für alle Demokratien führte? Und dass in dieser Lage gravierende Fehler von einzelnen Handelnden, die ansonsten zu überstehen gewesen wären, eine Katastrophe für die Demokratie und für alle Bürger nach sich zogen?

Es mag theoretisch unbefriedigend sein, die Auflösung der deutschen Demokratie, der einzigen etablierten Demokratie, die in den dreißiger Jahren von innen zerstört wurde, letztlich – nicht in jeder, aber in entscheidender Hinsicht – auf die Zufälle und Ränke dessen zurückzuführen, was einmal »high politics« genannt wurde. Der konservative englische Historiker Maurice Cowling hat die britische Politik zwischen den Kriegen allein damit erklärt. Das greift sicher zu kurz. Aber Historiker wie historisch Interessierte

müssen anerkennen, dass es Augenblicke gibt, in denen nicht langfristige Entwicklungstendenzen oder gesellschaftliche Strukturen den Ausschlag geben. Dass in diesen Momenten alles hätte anders kommen können, ist keine Redewendung, sondern die einzige historische Erkenntnis, die daraus zu ziehen ist. Historiker sind am liebsten Fachleute für die lange Dauer, für die überindividuellen Triebkräfte, für die Tiefenanalyse der Geschichte. Darum fällt es ihnen mitunter schwer, die Rolle dessen anzunehmen, dem nur noch bleibt, die Ereignisse an der Oberfläche mitzuteilen.

Natürlich finden auch solche Ereignisse nicht im geschichtslosen Raum statt. Gegner der Demokratie und ein gegen das politische Zentrum gerichtetes Reservoir von kollektiven Affekten gab es in allen Demokratien, und das umso mehr, als die Krise andauerte. Dass gegen das politische System gerichtete Protestparteien in Deutschland zwischen 1930 und 1932 so unvergleichlich großen Zulauf finden konnten, hatte auch historische Komponenten. Doch jede Erklärung wird immer wieder auf die situativen Bedingungen zurückgeworfen, ohne die eine solche Mobilisierung nicht möglich gewesen wäre. Und auch wenn dieser Essay später noch einmal darauf zurückkommen muss, sind jetzt schon die wichtigsten Faktoren zu nennen, um abschließend den Blick auf die Geschichte der Demokratie und die Lebensversuche der Demokratien nach dem Ersten Weltkrieg vom Eindruck unhistorischer Zwangsläufigkeiten freizumachen.

Die ökonomische Katastrophe 1929 bis 1933 mit all ihren Auswirkungen war die Voraussetzung des Erfolgs extremer Parteien in Deutschland; das Unvermögen und der Unwille der Regierung, im Zeitalter der Demokratie auch die Mittel

der Demokratie zum Einsatz zu bringen, also selbst die Massen zu mobilisieren und die Bürger zu beteiligen, war der entscheidende Fehler. Die Extremisten konnten sich als Parteien des klassen- und schichtenübergreifenden Protests präsentieren und das Verlangen nach Demokratie für ihre Zwecke nutzen. Für die Zerstörung der Demokratie warben weder die Kommunisten noch die Nationalsozialisten. Die Parteipropaganda verbarg zeitweilig die radikale und gewalttätige Seite der NSDAP, die zuvor nur einen extrem rechten Rand vertreten hatte. In der Krise präsentierte sie sich nun als schichten- und lagerübergreifende Integrationspartei, als ein »politisches Warenhaus«, das für beinahe jeden etwas im Angebot führte. Zugleich konnten die Millionen Protestwähler, die für die NSDAP stimmten, aufgrund ihrer Erfahrungen mit der Regierung von Reichskanzler Brüning seit 1930 erwarten, dass ihr Verlangen nach Partizipation ungehört und ihr Protest folgenlos bleiben würden. Erst eine Kette fataler Entscheidungen des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg und einiger anderer Männer wie Papen, reaktionären Antidemokraten, die überhaupt nur durch das demokratische Versagen und Versäumnis der Brüning-Regierung ins Zentrum der Macht gerückt waren, machte jedoch aus dem vorübergehenden Protesterfolg der NSDAP – der bereits im Schwinden begriffen war, die Partei verlor in den Reichstagswahlen im November 1932 deutlich an Stimmen – den Untergang der deutschen Demokratie. Papen, im Juni 1932 zum Reichskanzler ernannt, schwächte die Demokratie, wo er nur konnte; er setzte die sozialdemokratische preußische Regierung ab und hob das Verbot der SA auf. Eine völlig neue Dimension politischer Gewalt war die Folge. Nach Papens Scheitern und einem kurzen Zwischenspiel, in dem Hindenburgs Wahl auf Kurt

von Schleicher als Regierungschef gefallen war, ernannte der Reichspräsident am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler.

Das Ende der Demokratie war »das Ergebnis menschlichen Irrtums«. Es »stand nicht von vornherein fest; es war keine historische Notwendigkeit«. Im Gegenteil: »Einige Monate vor dem ›schwarzen Januar‹ [1933] hatte die Nazi-Partei begonnen auseinanderzufallen, aber die deutschen Eliten, die Hitler an die Macht brachten, waren korrupt, erschöpft und unfähig, die Lage in Deutschland Ende 1932 richtig einzuschätzen.« Wobei die grausame Ironie der Geschichte darin besteht, dass die Totengräber der Demokratie – autoritäre und elitäre, intrigante und inkompetente Herrenreiter, die sich der Nazis bedienen zu können glaubten – vor allem aus einem Grund das Bündnis mit Hitler suchten: Sie hielten die Massenunterstützung durch die Nationalsozialisten für notwendig, um ihrem faktischen Staatsstreich – dem Umbau der parlamentarischen Demokratie zur autoritären Präsidialrepublik – demokratische Legitimität zu verschaffen. Und das geschah in einem Augenblick, in dem sich eine Besserung der wirtschaftlichen Lage bereits abzeichnete. Diese Skizze entschuldigt nicht die vielen verantwortungslosen Wähler der Nazis, sondern versucht zu verstehen, was in einer extremen Krise vor sich ging und was es für die Geschichte der Demokratie bedeutet: In dieser Situation führten Fehler innerhalb der Demokratie zur Abschaffung der Demokratie. Die relative Stabilität der deutschen Demokratie schlug infolge der wirtschaftlichen Krise um in eine Instabilität, für die keine angemessene politische Lösung gefunden wurde. Das hatte binnen weniger Jahre die politische Katastrophe zur Folge.⁶⁴ Fehlentscheidungen, nicht Zwangsläufigkeiten, waren der Grund dafür –

was umgekehrt bedeutet, dass die Möglichkeit bestanden hätte, anders und besser zu handeln.

Selbstzufriedenheit und Gedankenlosigkeit stellten für die Demokratie eine Gefahr dar, dessen waren sich die Demokraten im europäisch-atlantischen Demokratiebogen nach dem Ersten Weltkrieg bewusst. Ihre demokratische Selbstreflexion, die wir heute oft als Ausdruck der Skepsis oder Verzweiflung missverstehen, war eindringlich und eindrucksvoll. Die Auseinandersetzung über die Demokratie wurde offen und scharf geführt. Die wichtigste Schutzvorkehrung, die den Denkern und den Praktikern der Demokratie einfiel und an deren Verwirklichung sie arbeiteten, um ihre Demokratien zu bewahren und krisenfest zu machen, war der demokratische Wohlfahrtsstaat. Das Ziel war dabei stets auch die Vitalisierung der Demokratie,⁶⁵ die Ermöglichung und Erweiterung der politischen Teilhabe aller Bürger. Erst so wurde die Massendemokratie nach dem Ersten Weltkrieg zur modernen liberalen und sozialen Demokratie – in Deutschland, in Skandinavien, in Großbritannien oder in den Vereinigten Staaten. Darum geht es im folgenden Kapitel.

IV Die Errichtung der liberalen und sozialen Demokratie

Die Demokratie lebt von der öffentlichen Rede. Politische Führung in der Demokratie beruht zum großen Teil darauf, Redekunst und Überzeugungskraft zur Geltung zu bringen. Absichten stoßen in der Realität schnell an Grenzen, wenn es einer Regierung nicht gelingt, das Parlament, die Verwaltung und die Bürger dafür zu gewinnen.⁶⁶

Einen großen Augenblick der öffentlichen Rede erlebte Deutschland am 23. Juli 1919. Im Parlament legte der Regierungschef seine Regierungserklärung ab. Die Sozialdemokraten, die linksliberale Deutsche Demokratische Partei und die katholisch-soziale Zentrumspartei bildeten die Regierungskoalition – die drei Parteien also, die (im Fall der DDP ihr Vorläufer) schon im Ersten Weltkrieg die Demokratisierung und Parlamentarisierung der deutschen Politik vorangetrieben hatten. Die Ratifizierung des Versailler Vertrags lag kaum zurück, und die Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung stand unmittelbar bevor. Der Reichskanzler, der die junge Republik in dieser entscheidenden Phase und darüber hinaus regierte, der Nachfolger Philipp Scheidemanns, ist den meisten unbekannt – was nicht daran liegt, dass er einen so unscheinbaren Namen trug, und auch nicht daran, dass ihn erst die Verfassung zum Reichskanzler machte: In dieser Zeit des Übergangs lautete seine Amtsbezeichnung »Präsident des Reichsministeriums«; Deutschland hatte für eine kleine Weile einen Premierminister. Dass so wenige ihn kennen, liegt an dem schlechten Ruf, den er lange unter Historikern genoss, die zumeist zwar mit den

Sozialdemokraten sympathisierten, unter diesen aber wiederum ihre Lieblinge hatten. Und zu denen gehörte Gustav Bauer nicht. Er ist eine der vielen unterschätzten Gestalten in der Geschichte der deutschen Demokratie.⁶⁷

Wie Bauers Regierungserklärung vor der Nationalversammlung – so hieß das Parlament noch, bis es der Republik die Verfassung gegeben hatte und wieder Reichstag genannt wurde – den Zuhörern in den Ohren geklungen hat, wissen wir nicht. Das Protokoll verzeichnet eine lebhaftes Stimmung, Widerspruch und Beifall, einmal den Zuruf: »Das nennt man eine Programmrede!«, sogar unerlaubtes »Händeklatschen« im hohen Haus; der schlechteste Redner wird er nicht gewesen sein. Aber die Rede liegt uns nur in schriftlicher Form vor, wie der stenografische Bericht sie überliefert. Bauer rechtfertigte die Annahme des Versailler Vertrags. Er griff geschickt, ganz ohne revanchistische Töne, den allgemeinen Wunsch nach dessen Revision auf und lenkte ihn ins Konstruktive um. Und er vertrat einen Begriff und ein Programm der Demokratie, die das Projekt der liberalen und sozialen Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg deutlich erkennen lassen. Wir können als Mitlesende erleben, wie dieses Neue errichtet wurde, wie die Verbindung der politischen Demokratie, die auf persönlichen Freiheits- und Mitspracherechten beruht, mit der sozialen Demokratie, die kollektive Teilhabe durch wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen ermöglicht, hergestellt wurde. Deutschland war ein herausragender Fall, weil es in mancher Hinsicht die Avantgarde der Entwicklung bildete, es war jedoch kein Sonderfall. Hören wir kurz in den Anfang hinein, um uns an den Klang jener Zeit zu gewöhnen, und greifen wir danach die interessantesten Stellen aus Bauers Erklärung auf, um sie mit den Abläufen und Denkmustern

in Dänemark, Deutschland, Großbritannien, Schweden und den Vereinigten Staaten zu verknüpfen. Eine Gebrauchsanweisung sei diesem Kapitel vorangestellt: Die Darstellung kommt immer wieder – in unterschiedlichen, in den Zwischenüberschriften ausgewiesenen thematischen Zusammenhängen – auf Bauer zurück, aber nicht um diese Rede minutiös auszuleuchten, sondern in der Absicht, Schlaglichter auf die Lebensversuche der liberalen und sozialen Demokratien nach dem Ersten Weltkrieg in diesen fünf Ländern zu werfen.

Die Vier-Gestaltigkeit der Demokratie

Der Präsident der Nationalversammlung, der künftige Reichskanzler Constantin Fehrenbach, eröffnete die Sitzung an diesem Julitag, einem Mittwoch, um 10 Uhr 25 Minuten. Bauer begann: »Meine Damen und Herren! Sie haben vor vierzehn Tagen unter dem Zwang der Weltlage den Friedensvertrag ratifiziert. Damit ist eine Epoche abgeschlossen, die den gewaltigen Aufstieg Deutschlands und seinen tragischen Zusammenbruch umfasste. Auch diejenigen, die im alten Reich in der schärfsten Opposition standen, haben in diesem Augenblick von manchem Abschied nehmen müssen, was ihnen teuer und wert gewesen ist. Aber das Leben geht weiter, wir dürfen keinen Tag mit rückschauenden Betrachtungen verlieren. Selbst der Abschiedsschmerz muss für jeden Einzelnen ein Ansporn sein, mit beiden Händen bei der Aufgabe zuzufassen, unter der sich uns heute die Zukunft darstellt: bei der Erfüllung, bei der Abtragung und schließlich bei der Revision des Vertrages von Versailles. Der bitterernste Augenblick muss uns Veranlassung geben, die Bilanz unserer Lage zu ziehen, mehr aber noch, die zukünftige Marschroute zu bestimmen, die für die

deutsche Republik sich ergibt. Ich lasse daher die Vergangenheit, lasse die Abrechnung über die Schuld dafür, dass alles so gekommen ist, und lasse den unveränderlichen Protest gegen die Vergewaltigung beiseite. Denn nun gilt es, nach vorn zu sehen und Blick und Schritt vorwärts zu richten. Arbeit an der Erfüllung des Vertrages und Wiederaufbau unseres zusammengebrochenen Volkes, unserer zertrümmerten Wirtschaft, unseres schwer gefährdeten sittlichen Bewusstseins – all das geht Hand in Hand und muss mit den gleichen Mitteln und auf dem gleichen Boden geleistet werden. Für das deutsche Volk gäbe es keine Entschuldigung und keine Ausflüchte, wenn es dieser Arbeit nicht gerecht würde. Im neuen Deutschland bestimmt es selbst seine Geschicke und ist sein Wille das oberste Gebot.«⁶⁸ Und damit war Bauer bei der Demokratie. Das Volk, die Bürger waren jetzt der Staat, sie bestimmten selbst über ihr Gemeinwesen – aber ohne den Staat im klassischen Sinne des guten Regierens und der effizienten Verwaltung gab es auch keine funktionierende Demokratie. In seiner Rede fächerte Bauer den Demokratiebegriff in insgesamt vier Dimensionen auf: Demokratie als Selbstherrschaft des Volkes; als Kultur, Sittlichkeit und Lebensweise; als Staatsgefüge und Staatsverwaltung; und die soziale, wirtschaftspolitisch aktive Demokratie.

Einmal mehr zeigt sich darin, wie sehr es in die Irre führt, Demokratie oder Staat mit immer nur einer Bedeutung zu füllen. Demokratie in Amerika, in Frankreich und auch in Deutschland kannte die unterschiedlichsten Verwendungen, wie wir im zweiten Kapitel gesehen haben, von der Verfassungsordnung bis zum gesellschaftlichen Leben, zusammengehalten von dem Ideenpaar der Freiheit und Gleichheit. Aus dieser begrifflichen Vielfalt schöpfte Bauer hier, und

seine Quellen – die Revolution von 1848, die Französische Revolution, die jüngsten Erfahrungen und Debatten der Kriegs- und Republikgründungszeit – legte er offen dar.

Gleiches gilt für den Begriff des Staates: Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde es üblich, als die demokratische Umerziehung der Deutschen geboten schien, auf die Vergangenheit ein dualistisches Staatsverständnis zurückzuprojizieren: Das Neue war nun angeblich der demokratische Staat als politische Gemeinschaft der Bürger, die durch politische Bildung für ihre Rolle als diskutierende Staatsbürger ausgerüstet wurden. Auf der anderen Seite stand der Staat als Obrigkeit, eine unpolitische Instanz über den Köpfen der Bürger, im besten Fall von vernünftigen Staatsbeamten als Rechtsstaat gelenkt, im schlechtesten Fall von Adel, Militär und Industrie für die eigenen Zwecke eingespannt – in jedem Fall ohne substantielle politische Mitsprache des Volkes. Das war das vermeintlich traditionelle Staatskonzept, das man gern dem Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegel und seinem so gewaltigen und für so viele Lesarten offenen Werk zugeordnet hat. Der Schwabe Hegel wurde Preußens Staatsphilosoph, und ein Demokrat war er keinesfalls, die Demokratie hielt er, wohl eher als Polemiker denn als Prophet, schon um 1820 für überholt; ob ihm aber, was seine Ablehnung der auf den einzelnen Bürger gegründeten Selbstregierung betrifft, vielleicht Unrecht getan wurde, ist eine schwierige Frage. Jedenfalls stand für die Demokraten unter Hegels Lesern im 19. Jahrhundert sogleich fest, dass sein »Reich der Sittlichkeit« sich nur in der Demokratie verwirklichen konnte.⁶⁹

Auf die vielfältigen demokratischen Traditionen im deutschen Sprachraum stützten sich nicht nur Liberale wie Hugo Preuß oder Alexander Rüstow, deren demokratische Staatsauffassung wir bereits kennengelernt haben, sondern

auch der Sozialdemokrat Gustav Bauer. Der Staat, das war vieles: die Bürger selbst, vor allem anderen, aber ebenso die Fülle der politischen Debatte, die höchsten Staatsorgane, ein effizienter Beamtenapparat. Das gilt es im Sinn zu behalten, wenn im Folgenden auf den »demokratischen Staat« in diesem administrativen Sinne eingegangen wird: Die verwaltungsbezogene Redeweise schloss nicht die Grundbedeutung aus – der demokratische Staat, das sind die Bürger, das ist der Ausdruck ihres politischen Willens. Die Gegensatzbildung »Obrigkeitsstaat gegen Bürgerstaat« wird den Demokratien nach dem Ersten Weltkrieg nicht gerecht. Bauers Rede ist einer von vielen Belegen dafür.

Auf die Selbstregierung des Volkes und die Volkssouveränität war er bereits zu sprechen gekommen. Das Volk »bestimmt [...] selbst seine Geschicke« und »sein Wille [ist] das oberste Gebot«, hatte er erklärt. Wie dieser Grundsatz in allen europäisch-atlantischen Demokratien nach dem Ersten Weltkrieg am eindrucklichsten verstanden wurde, wie er in massendemokratische Fundamente gegossen wurde, hat bereits oben das dritte Kapitel anhand des allgemeinen Wahlrechts und der Etablierung der parlamentarischen Demokratie gezeigt.

Der Geist der Demokratie

In einer Hinsicht war in der jungen deutschen Republik mehr an demokratischer Entwicklungsarbeit zu leisten: auf dem Feld, das Bauer das »sittliche Bewusstsein« oder auch den »Geist« der Demokratie nannte – wir sprechen heute zumeist von der politischen Kultur. Dieses Feld erforschen die historischen und politischen Wissenschaften eingehend.⁷⁰ Für unsere Zwecke lässt sich die politische Kultur einer Demokratie vereinfacht als die Art und Weise verstehen, »wie

man miteinander über Demokratie, Politik, Politiker, Regierungen, Regieren, Gesetze, Steuern und so weiter redet und wie man darüber denkt«. Bildung und Medien, Erfahrungen und Denkweisen formen und erhalten die politische Kultur. »Eine gute politische Kultur beruht auf der gesellschaftlichen Grundlage von Zusammenhang und Wir-Gefühl«, erläutert ein prominenter Soziologe unserer Gegenwart. »Daraus entsteht eine Dynamik wechselseitiger Deliberation« – des offenen Gesprächs und der konstruktiven Kritik zwischen Regierenden und Regierten –, »die Vertrauen schafft und wiederum die Grundlagen der politischen Kultur stärkt.«⁷¹

Worauf die Förderung des »Geistes« der Demokratie, also einer demokratischen politischen Kultur, letztlich zielte, drückte Reichskanzler Bauer in der Sprache der demokratischen Revolutionen aus: »Brüderlichkeit«. Ohne Brüderlichkeit, Solidarität, Sinn für einen relativen Zusammenhang, Überwindung extremer sozialer Fragmentierung und Ungleichheit gibt es keine Demokratie – das stand für die Demokraten nach dem Ersten Weltkrieg fest. Also galt es, daran zu arbeiten. Eine politische Kultur der Demokratie lässt sich kultivieren. Aber sie ist den Zufällen der historischen Entwicklung ausgesetzt. Einer der prominentesten Demokratieforscher der letzten Jahrzehnte fasst seine beinahe an einen Zirkelschluss erinnernden Ergebnisse so zusammen: Eine Demokratie bleibt dann am stabilsten, wenn demokratische »Überzeugungen und Neigungen in der Kultur eines Landes verwurzelt sind und größtenteils von Generation zu Generation weitergegeben werden. In anderen Worten: Ein solches Land besitzt eine demokratische politische Kultur. [...] Glücklicherweise jenes Land, dessen Geschichte zu so glücklichen Folgen geführt hat!«⁷²

Demokratie als Kultur und Lebensweise musste in Deutschland mit besonderem Nachdruck verankert werden, weil Kriegsverlauf und Niederlage eine schwierige Ausgangslage geschaffen hatten: Die Kriegsniederlage führte zur Demokratie, was die Demokratie belastete. Die Demokratisierung der politischen Kultur konnte sich nicht in ihrer eigenen Geschwindigkeit fortsetzen, sie wurde unter Druck – durch die Friedensbedingungen von außen und die Revolution 1918/1919 im Innern – beschleunigt. Die Gegner der Demokratie konnten in Deutschland nicht langsam marginalisiert oder integriert werden; sie waren noch da und bildeten eine stärkere Fraktion – gerade im Parlament – als in anderen Demokratien. Im Laufe weniger Jahre konnten sie jedoch beinahe für die Demokratie gewonnen werden. Aber der krisengeschüttelten Republik blieb nicht genug Zeit für diese Entwicklung. Vieles spricht dafür, dass dieser Integrationsprozess ohne die Weltwirtschaftskrise erfolgreich verlaufen wäre und dass er sich bei einem klügeren Krisenmanagement selbst in der Krise hätte fortführen lassen.

Insofern verwundert es nicht, dass die Rhetorik einer Kultur der Demokratie in Deutschland seit 1919 gepflegt wurde, in Großbritannien, Schweden oder den Vereinigten Staaten jedoch erst während der großen Krise ein Jahrzehnt später so viel reicher blühte. Aber es lassen sich in all diesen Ländern bereits in den zwanziger Jahren Zeugnisse öffentlicher Demokratiepflege finden. Der Philosoph, Psychologe und Pädagoge John Dewey, eine der bekanntesten Geistesgrößen Amerikas, ist ein herausragendes Beispiel. Ohne Unterlass setzte er sich für eine demokratische Kultur der Offenheit und des pragmatischen Experimentierens ein, in der Politik genauso wie im Bildungswesen. Unmittelbar vor

dem Eintritt Amerikas in den Krieg veröffentlichte er seinen Klassiker »Democracy and Education«. Seine für eine anpassungsfähige Demokratie werbende Publizistik hielt die gesamte Zeit über an, seine Anhängerschaft und sein Einfluss waren nach dem Ersten Weltkrieg enorm. In den dreißiger Jahren richtete er seine Energie darauf, den Geist der liberalen und sozialen Demokratie gegen ihre Herausforderung durch die Diktaturen zu verteidigen.⁷³ Ohnehin gehörte die Beschwörung der Werte und Lebensweise der Demokratie zur Rhetorik der amerikanischen Politik. Mit den beiden Präsidenten, die am Anfang und am Ende der Epoche standen, Wilson und Roosevelt, erreichte dieses Demokratiepathos einen neuen Höhepunkt.

In Schweden verteidigte Hjalmar Branting, kurz darauf der erste sozialdemokratische Ministerpräsident des Landes, 1919 die Demokratie gegen radikale Forderungen, drei Monate nach Reichskanzler Bauer und mit ähnlichen Worten: Das Hohelied der Demokratie und die pragmatische Demokratisierung der Gesellschaft wurden gegen die unrealistischen und gewaltträchtigen Utopien der Linksradi-kalen, der »Unabhängigen« und »Kommunisten«, der Revolutionäre und Rätedemokraten in Stellung gebracht. Per Albin Hansson, seit 1925 Parteivorsitzender der Sozialdemokraten und von 1932 bis 1946 Ministerpräsident Schwedens, begab sich nach Beginn der großen Wirtschaftskrise auf eine regelrechte Demokratiemission, auf der er den unterschiedlichsten Zuhörerschaften die Notwendigkeit vor Augen führte, den »Geist der Demokratie« zu festigen, um die Demokratie zu bewahren. Institutionen allein konnten keine Demokratie garantieren; demokratische Bildung und demokratische Bindung – in Gefühl und Gemeinschaft – waren unerlässlich. Herbert Tingsten, später der kulturelle

Mittelpunkt des schwedischen Linksliberalismus, sah es nicht anders.⁷⁴

Thorvald Stauning, die Zentralfigur der dänischen Politik nach dem Ersten Weltkrieg, war ein weiterer jener Sozialdemokraten, die sich weniger als Parteipolitiker, sondern vor allem als Demokraten verstanden und verausgabten. Der erste sozialdemokratische Staatsminister, wie der dänische Regierungschef heißt, führte viele Jahre lang eine sozial-liberale Koalition. Stauning und seine Parteidenker wie Hans Hedtoft Hansen oder Hartvig Frisch ersetzten bei den Sozialdemokraten im Namen der Gleichheit die Idee des Sozialismus durch Demokratie; eine demokratische Kultur musste etabliert werden, um die parlamentarische Demokratie zu sichern.⁷⁵ Wie schon zuvor, gab es in den skandinavischen Debatten viele Überschneidungen und Berührungen mit deutschen Positionen und Personen; das Denken Hermann Hellers, der uns als demokratischer Widerpart zu Carl Schmitt bereits aufgefallen ist, war kaum von dem der jungen schwedischen oder dänischen Demokraten zu unterscheiden.

Großbritannien kann mit Ähnlichem aufwarten, sogar unter konservativen Regierungen. Stanley Baldwin, die neben dem Liberalen David Lloyd George überragende politische Figur des Zeitalters nach dem Ersten Weltkrieg, bis beide zum Schluss von Winston Churchill in den Schatten gestellt wurden, betätigte sich als unermüdlicher Vortragsreisender in Sachen Demokratie. Der dreimalige konservative Premierminister erkannte und ergriff die politische Chance, in der Massendemokratie den Einfluss der Konservativen auszubauen. Das Problem war die Unsicherheit, die von den neuen, unbekannteren Wählerschichten ausging: Würden sie sich zu den Liberalen oder gar zur sozialisti-

schen Labour Party hingezogen fühlen, wie viele befürchteten – war doch die Wählerschaft durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts insgesamt nun viel weniger vermögend als zuvor.

Baldwins Lösung setzte auf behutsamen demokratischen Optimismus. Er hielt es für möglich, die neuen Wählerschichten durch Erziehung und Bildung, durch öffentliche Debatte und demokratische Führung in das politische System einzubeziehen – und auf seine Seite zu ziehen. Baldwin gab der Demokratie einen konservativen Anstrich: Das »Ideal der Demokratie« leuchtete, aber es musste in die Realität umgesetzt werden, und dazu waren Abstriche nötig. Nicht alle Erwartungen konnten erfüllt werden. »Die große Aufgabe unserer Generation besteht darin, die Demokratie zu retten, sie zu bewahren und für sie zu begeistern«, erklärte er 1923 den konservativen Wahlhelfern, die unermüdlich, von Haustür zu Haustür, an der Verwirklichung einer Mittelschichtendemokratie und an der Etablierung der Konservativen als demokratischer Volkspartei arbeiteten. Das Ungeschick der Labour Party, die zeitweilig die Regierung leitete, spielte dieser konservativen Strategie in die Hände. Aber auch britische Traditionen: Viele der Initiativen und Vereine, oft von lokalen Honoratioren geführt, die die Teilnahme am öffentlichen Leben förderten und politische Bildung betrieben, hatten eine eher konservative Neigung. Erst der Zweite Weltkrieg beendete die konservative Hegemonie in der britischen politischen Kultur – eine bewusst gepflegte konservative Kultur der Demokratie, wenn auch in den dreißiger Jahren faschistische Bewegungen Zulauf erhielten und die Konservative Partei die ganze Zeit mit einem kleinen antidemokratischen rechten Flügel auskommen musste.⁷⁶

Mit der deutschen »äußersten Rechten« und ihrem Dolchstoß-Mythos – die unsinnige Behauptung, die deutschen Truppen seien unbesiegt geblieben und der Krieg sei aufgrund der Revolution im Innern verloren worden, womit sie der Demokratie die Legitimität entziehen wollten – musste es Bauer aufnehmen. Sein Programm einer Kultur der Demokratie hatte zwei Seiten: Abwehr der rechten Antidemokraten und Ablehnung der revolutionären Linken einerseits; Bestärkung und Beförderung des Geistes der Demokratie andererseits. Mit einer gelungenen Mischung aus Ironie und Dezesion, aus Spott und Entschlossenheit verteidigte er die parlamentarische Demokratie: Am Versailler Vertrag war niemand schuld als das Kaisertum selbst, nach dem sich die Rechte zurücksehnte, dessen »Machtverblendung den Krieg und damit von vornherein den Frieden verloren hatte«. Wenn auch die »Herren« der Rechten von ihrer »alten Gewaltpolitik nicht lassen« wollten, die Entwicklung hin zur Demokratie war unumkehrbar, davon gab sich Bauers Rhetorik überzeugt: »Dass sie der heutigen parlamentarischen Regierung den Kampf ansagen bis aufs Messer, all das ist uns nichts Neues. Wir sind zum Kampf gerüstet, auch zum Kampf gegen Geschichtsfälschung. Die Geschichte selbst hat in den Novembertagen gerichtet.«

Die Republik musste ihre demokratische Kultur auch historisch legitimieren; eine demokratische Geschichtspolitik war es, was Bauer im Sinn hatte. Historische Aufklärung über den Krieg, wie sie etwa an der Hochschule für Politik betrieben wurde, kräftigte die Demokratie. »Entschieden bekämpfen und niederkämpfen müssen wir den Schrei nach Rache, der seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages aus jener kleinen Gruppe dringt«, verkündete Bauer andererseits: »Wir [...] verabscheuen die Revanche!« Der Geist

der Demokratie fand seinen Ausdruck auch im enthusiastischen Bekenntnis zur internationalen Zusammenarbeit. Die Aufnahme in den Völkerbund – einschließlich des damit verbundenen Verzichts der Staaten »auf einen Teil ihrer Souveränität« – galt der Regierung Bauer als »das höchste Ziel« der Außenpolitik. Der Reichskanzler wollte den »Ruf von jenseits der Grenzen aufnehmen« und zitierte die Demokratie-Begeisterung des französischen Dichters Henri Barbusse; antifranzösische Ressentiments waren Bauer fremd. Aber die Völkerbundidee diente ihm auch als Bild für den Geist der Demokratie im Innern: Wie jeder Staat in der internationalen Gemeinschaft musste auch »jeder Deutsche auf einen Teil seines Selbstbestimmungsrechts zugunsten der Allgemeinheit« verzichten. »Wir brauchen die völkerbündliche Gesinnung auch unter uns Volksgenossen, in unseren Partei- und Lohnkämpfen, in unserer ganzen Stellung zueinander. Und wir brauchen sie vor allem im Hinblick auf die Zukunft.« Völkerbund und Volksgemeinschaft – das waren der nationale und der internationale Inbegriff der Demokratie.

Die Demokratie lebte gleichzeitig in drei Zeitdimensionen. Ihre Vergangenheit war in Deutschland die große demokratische Tradition der Revolution von 1848. Aus einer Rede Ludwig Uhlands in der Paulskirche zitierte Bauer, in diese Linie stellte sich die Regierung. In der Gegenwart wurde engagiert die demokratische Kultur ausgebaut, die Demokratie als Lebensweise im Alltag und den Gewohnheiten verankert: »Wir müssen die Kräfte im Volke schaffen und ausbilden, welche die Demokratie, soweit sie noch auf dem Papier steht, ins Leben übertragen. Dieses Schaffen und Ausbilden muss da anfangen, wo der wahre Mensch selber anfängt, in der Schule, in der Erziehung. Wir müssen

die Waffen der Bildung und der Kenntnis an das ganze Volk verteilen« – der letzte Satz richtete sich gegen die Propaganda der revolutionären Linken, der Spartakisten, Kommunisten und Anarchisten, die an ganz andere Waffen dachten. Die aus dem Boden schießenden Volkshochschulen, die Hochschule für Politik oder Ansätze der Museums- und Sozialarbeit zeigten, wie sich dieses ambitionierte Programm demokratischer Bildung in der Praxis verwirklichen ließ; beteiligt daran waren etwa Gertrud Hermes und Alice Salomon, Hermann Heller und Adolf Reichwein; oder, mit seiner Demokratisierung der Hochschulen und Reform der Volksschullehrerausbildung, der preußische Kultusminister Carl Heinrich Becker. Das höchste Ziel dieser Bildung, der in der Schule beginnenden Einübung einer demokratischen Kultur, sollte Bauer zufolge sein, die Bürger für die Selbstregierung auszurüsten, ihnen »die Erwerbung dieser Sachkenntnis und Erfahrung« zu ermöglichen, die zum Regieren notwendig sind, »damit die Demokratie in der deutschen Republik keine Äußerlichkeit, sondern der Geist des Volkes werde«.

Und die Demokratie hatte eine großartige Zukunft. Die Errichtung der liberalen und sozialen Demokratie in Deutschland war unumkehrbar. So sah es die sozialdemokratisch-liberal-zentristische Regierung – getragen von der parlamentarischen Mehrheit jener drei Parteien, die schon im Ersten Weltkrieg ins Zentrum der deutschen Politik getreten waren: »Wir sind einig im Glauben an die Unbesiegbarkeit der Demokratie, die nicht nur die Gleichheit zwischen den Volksgenossen, sondern auch die Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit zwischen den Völkern, den Völkerbund erschaffen muss.« Und so endete Bauer seine Regierungserklärung. Schon zuvor hatte er zu dem Pathos

gegriffen, dessen wohldosierter Einsatz so charakteristisch ist für die große demokratische Rede: »Die Demokratie selbst erhebt sich und leuchtet heute über der neuen Republik, deren Verfassung die unvergänglichen Worte einleiten: ›Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu befestigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.‹ Ich verzichte darauf, die demokratischen Errungenschaften der letzten acht Monate aufzuzählen. Kein anderes Volk kann sich solch reiner Demokratie rühmen.« Aber welche Art von Demokratie war es denn, die Deutschland zu einem Vorbild unter den demokratischen Völkern machte?⁷⁷ Wie sah im internationalen Kontext die Demokratie aus, an deren Unbesiegbarkeit die Demokraten glaubten? In der Rede zeigte sich ebenso wie in der politischen Praxis, dass diese Demokratie eine soziale Demokratie sein musste, deren Instrument zur Ausführung des demokratischen Willens der Bürger die Staatsverwaltung war.

Der demokratische Staat

Wenn Demokraten darüber nachdachten, wie sich die Massendemokratie verwirklichen ließ, gehörten neben Parteien und Parlament auch Staat und Verwaltung stets dazu. Staat und Verwaltung wurden benötigt, um in einer immer komplexeren modernen Welt, die von übermächtigen ökonomischen Kräften sowie von der Ausdifferenzierung und vom Auseinanderdriften der Gesellschaft beherrscht war, funktionierende Demokratien aufzurichten. Demokratien bauen hieß immer auch Staaten bauen. Dass Demokratie und Staat zusammengehören und dass Staat nicht nur Verwal-

tung, sondern auch politisches Handeln der Bürger bedeutet, haben wir bereits gesehen. Bereits die demokratischen Diskussionen während des Krieges hatten betont, dass der Weg zur Demokratie – zum »Volksstaat« sowohl »der bürgerlichen Gleichberechtigung«, also der individuellen Freiheit, als auch »der sozialen Gerechtigkeit« – über die »demokratische Durchdringung des Staates« führte. Freiheit und soziale Gerechtigkeit glaubten deutsche Sozialdemokraten am besten durch die Verbindung von »parlamentarischem System« und »demokratisch-sozialistischem Verwaltungsstaat« gewährleisten zu können.⁷⁸

Ähnliche Denkmuster und Argumentationsgänge, Strategien und Methoden sind bei den Demokraten aller Länder und in allen Demokratien zu entdecken. Dass es Sozialdemokraten und ihre linksliberalen Bündnispartner waren, die nun das demokratische Zentrum und immer öfter auch die Regierung bildeten, erklärt die Gleichförmigkeit der Entwicklung in Deutschland, Dänemark oder Schweden. Aber auch in Großbritannien waren die Jahrzehnte nach dem Ersten Weltkrieg nicht nur vom Kampf um die neuen Wähler, sondern auch vom Kampf um die Verfügung über den Staatsapparat gekennzeichnet. Der Krieg hatte zur Ausweitung der Staatstätigkeit beigetragen, letztlich aber nur einen Trend beschleunigt, der sich seit dem späten 19. Jahrhundert abgezeichnet hatte.⁷⁹

In Amerika spielt die traditionelle Staatsskepsis immer eine Rolle. So eigenartig war der amerikanische Sonderfall gar nicht: Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die neuen, kriegsbedingten Zuständigkeiten des Staates wieder zurückgebaut. Aber die von progressiven Präsidenten vorangetriebene Entwicklung zu einer größeren und effizienteren Staatsverwaltung, die den Problemen des Industriezeitalters

gewachsen war, hielt an. Die Politik der zwanziger Jahre gab sich, ihren vielen Skandalen zum Trotz, sparsam und mit sich selbst beschäftigt. Gleichzeitig wurden professionelle Managerfiguren mit staatsmännischem Überblick in der politischen Arena gefeiert: Außenminister Charles Evans Hughes oder Handelsminister Herbert Hoover, der künftige Präsident. Bevor Roosevelts »New Deal« dem Staat neue Möglichkeiten erschloss, zeigte sich das zunehmende Koordinationsbedürfnis von Wirtschaft und Gesellschaft in unabhängigen Kommissionen und Visionen vom »assoziativen Staat«: Die Erwartungen, die bald in der großen Krise enttäuscht wurden, richteten sich an die Selbstorganisation der Gesellschaft. Ohne staatliche Unterstützung kam diese allerdings schon in den zwanziger Jahren nicht aus.⁸⁰

Was alles zu einem solchen Staatsapparat gehörte, der für die Errichtung und Erhaltung der Demokratie unerlässlich war, machte Gustav Bauers Rede anschaulich. Der »Ausbau des neuen Staatshauses« hatte eine konstitutionelle Ebene: Die Abgeordneten würden den neuen Staat »durch die Annahme der neuen Verfassung krönen [...]. Damit ist die demokratische Republik unter Dach und Fach.« Mit der verfassungsmäßigen Ordnung war es jedoch nicht getan. Der demokratische Staat musste auch seine eigene Regierungskunst entwickeln – ein »verantwortungsvolles« Regieren, das demokratisch in den Zielen und pragmatisch in der Methode war: »Ganz sicher ist noch das eine oder andere zu tun und zu bessern. [...] Jedes Handwerk setzt eine Lehrzeit voraus und das Regieren erst recht.« Um ihren Aufgaben gerecht werden zu können, griff die Regierung auf ihren effizienten und erfahrenen Verwaltungsapparat zurück: »Das erneuerte Beamtentum muss in die Demokratisierung unseres gesamten öffentlichen Lebens einbezogen werden.«

Aber der Verfassungs- und Verwaltungsstaat war nur dann mehr als ein institutionelles Gefüge, wenn er sich Handlungsgrundlagen verschaffte, die in der Gesellschaft auch Wirkung zeigten. Die erste aller Grundlagen, ohne die kein moderner Staat existierte und die im Mittelpunkt aller Auseinandersetzungen um den Staat standen, waren die Steuern.⁸¹ Ohne Geld kein Staat; das galt seit je und gilt immer noch, wenn auch heute überschätzt wird, was Geld, Gewalt und Gesetze, die vielen Theoretikern als die alleinigen Handlungsinstrumente des Staates gelten, in der Demokratie zu bewirken vermögen – praktisch nämlich nicht viel. Geld kann kontraproduktiv sein, wenn es falsch eingesetzt oder sein Einsatz als ungerecht empfunden wird. Vertraute Routinen und Konventionen, normative und affektive Übereinstimmung, Vorbild und Überzeugungskraft sind häufig die effektivsten Methoden des Regierens in der Demokratie. Aber ohne Geld geht nun einmal nichts.

Für eine angemessene fiskalische Grundlage des Staatshandelns sorgten die modernen Demokratien in den Jahrzehnten seit etwa 1900. Einkommenssteuern, anfangs noch auf einem geringen Niveau von unter zehn Prozent, wurden überall eingeführt, ob in Deutschland oder den Vereinigten Staaten, in Frankreich oder Großbritannien. Der junge Churchill, Mitglied des liberalen Kabinetts von H. H. Asquith, war daran beteiligt. Ausdrücklich sollten die Steuern nicht nur der Finanzierung öffentlicher Aufgaben dienen, sondern auch der Bekämpfung der Armut. Das Prinzip der sanften Umverteilung wurde etabliert. Es handelte sich um progressive Steuern: Wer mehr verdiente, zahlte auch mehr. Wer in größerem Maße von staatlichen Institutionen profitierte, hatte dem Staat als Treuhänder der Allgemeinheit auch mehr zurückzugeben. Das war ein Ausdruck sozialer

Gerechtigkeit. Am Anfang handelte es sich um bescheidene Summen. Bald stiegen die Spitzensteuersätze, selbst in Amerika, oft auf über 50 Prozent. Der Krieg hatte dazu geführt.⁸²

In Deutschland machte erst die Demokratie ernst mit einer nationalen Einkommenssteuer. Im Kaiserreich waren die föderalen Widerstände noch zu groß. Bauer kündigte in seiner Regierungserklärung bereits die große Steuerreform an, die dann ab 1920 ausgeführt wurde und mit dem Namen des Finanzministers Matthias Erzberger verbunden ist. Nicht Haushaltsdeckung, sondern Umverteilung war das erklärte Ziel auch in Deutschland. Das ganze System der Besteuerung, geformt aus »Reichsnotopfer«, Umsatzsteuer, Reichsabgabenordnung, »gekrönt« durch die Reichseinkommenssteuer, war das Steuersystem einer sozialen, wohlfahrtsstaatlichen Demokratie: Es sollte »bewusst und planvoll auf das Ziel eines Vermögensausgleichs« hinwirken. Bauer betonte, dass es sich um eine »neue, von sozialer Gerechtigkeit getragene Steuergesetzgebung« handelte. Soziale Gerechtigkeit war ein internationaler Schlüsselbegriff nach dem Ersten Weltkrieg. Für die britischen Liberalen stand er im Zentrum aller politischen Debatten. Keynes, der Neuerfinder des Kapitalismus, wollte 1926 nur noch ein kombiniertes Ziel allen Regierens anerkennen: »ökonomische Effizienz, soziale Gerechtigkeit und individuelle Freiheit«.⁸³

Dem demokratischen Staat standen jedoch weitere Machtmittel zur Verfügung. Er konnte tiefer in die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft eindringen. Auf dem Gebiet der Sozialisierungen, der Verstaatlichung einzelner Wirtschaftsbereiche, war der demokratische Staat der Republik von Weimar seinem Anspruch nach Avantgarde. Die anderen Demokratien folgten, die skandinavischen am schnellsten, Großbritannien oder die Vereinigten Staaten in

vielem erst in den dreißiger oder vierziger Jahren. Der Staat konnte im Auftrag des Volkes die wirtschaftlichen Machtverhältnisse neu ordnen. In der Realität ist er damit nicht weit gekommen. Aber die Ansätze waren deutlich zu erkennen. Bauer sprach von den »drei Machtmitteln«, die sich der demokratische Staat angeeignet hatte – die Hoheit über die Steuern, über das Verkehrswesen (die Reichsbahn wurde geschaffen) und über einen Teil der Wirtschaft: »Die Sozialisierung von Elektrizität, der Erzgewinnung und der Braunkohle, der bald der übrige Bergbau folgen soll, macht das Reich zum wichtigsten Faktor des Wirtschaftslebens. [...] Mit diesen drei Machtmitteln ist im demokratischen Staat die Mehrheit des Volkes jederzeit in der Lage, dem deutschen Wirtschaftsleben die Form und den Inhalt zu geben, den sie für richtig und für möglich hält.« Die Verstaatlichung einiger Industriezweige war auch das letzte Wort in Sachen Revolution – die Republik bildete nicht, wie manche auf der Linken erwarteten, eine Vorstufe zum Sozialismus. Die Demokratie stellte bereits das Ziel dar, und dieses Ziel war erreicht: »Damit ist in der Tat die Zeit der gewaltsamen Umwälzung für jeden demokratisch Denkenden abgeschlossen. Wen das Volk in die Regierung einsetzt, der kann sein Wirtschaftsideal verwirklichen, soweit sich Ideale verwirklichen lassen.« Darum ging es, in dem Rahmen, den die repräsentative Demokratie setzte – um die Selbstregierung: »Nach den politischen werden wir auch die wirtschaftlichen Schicksalsbestimmungen in die Hand des Volkes selbst legen.« Der Staat verfügte nun über die Instrumente; die demokratische Debatte würde immer wieder aufs Neue über die Zukunft und Zielrichtung befinden. Von jeder Stelle aus führte in der »Programmrede« das Bewegungsprinzip des demokratischen Staates zur Demokratie zurück.

Dieser demokratische Staat, der aus Gründen der Demokratie so weit in Wirtschaft und Gesellschaft eingreifen durfte, verwaltete eine soziale Demokratie. Regieren war nicht mehr denkbar und nicht mehr praktizierbar ohne Wirtschaftspolitik und ohne Sozialpolitik – beides, so alt sie uns vorkommen mögen, relativ junge Erfindungen, die aus jener Zeit datieren. Der Staat hatte die Voraussetzungen geschaffen, unter denen eine gleichberechtigte Ausübung der politischen Mitsprache möglich war. Er hatte extreme Machtungleichheiten beseitigt, die der politischen Teilhabe im Weg standen. Und er versuchte, die gegenstrebigsten sozialen Kräfte zusammenzuführen, indem er sie mit einer Mischung aus Lenkung und Verlockung an sich band. Denn es ist nicht zu leugnen, dass die Massendemokratie, die nach dem Ersten Weltkrieg in Erscheinung trat, aus der Warte der Regierenden ein grundsätzlich instabiles Gebilde war: Die Bewegungen des Volkes waren unberechenbar; sie durchschaubar zu machen und zu lenken, war die Aufgabe politischer Führung in der Demokratie. Ein Zurück hinter die Demokratie war ausgeschlossen; die Demokratisierung schritt unaufhaltsam voran. Das große emanzipatorische Programm der sozialen Demokratie, die Schaffung von Wohlfahrtsstaat und Wirtschaftspolitik, war immer auch der Versuch, einem so komplexen System überhaupt die Regierungsfähigkeit zu erhalten. Eisen und Ton vermischen sich nicht; die soziale Demokratie war der einzige Kitt, der diese Herrschaftsform zusammenhalten konnte. Freiheit und Gleichheit, Selbstregierung und Selbstbestimmung sind, was die Demokratie ausmacht und was sie verspricht. Aber in den administrativen Maschinenräumen der Demokratie hielt sich daneben die Einsicht in die Unmöglichkeit, diesem Herrschaftsgefüge dauerhafte Stabilität zu verleihen.

Beides, *arcana imperii* ebenso wie Programm und Praxis der Demokratie, wirkte in dieselbe Richtung: Eine Demokratie, die keine soziale Demokratie war, rückte in allen Demokratien immer weiter außerhalb jedes politischen Vorstellungsvermögens.

Die liberale und soziale Demokratie

Wenn Staat und Regieren in der Demokratie nicht mehr zu trennen waren von der Errichtung der sozialen Demokratie, mag es überraschend sein, welchen Primat sich das Regierungshandeln wählte. Der Ausbau des Sozialstaates steht im Vordergrund der meisten Darstellungen jener Zeit.⁸⁴ Aber Vorrang für die demokratischen Regierenden nach dem Ersten Weltkrieg hatte nicht die Sozialpolitik, sondern die Wirtschaftspolitik. Die soziale Demokratie begann mit der Wirtschaftspolitik. Und sie hörte mit der Wirtschaftspolitik auf: Das war die Hoffnung der Zeitgenossen. Sozialpolitik gehörte dazu, sie war essenziell. Den Erwartungshorizont der Zukunft definierte jedoch die Wirtschaftspolitik. Auf sie kam es an, damit allen ein gewisser Wohlstand zugänglich würde. Und in der Gegenwart besorgte sie die finanziellen Grundlagen des Wohlfahrtsstaates. Mit Keynes gesprochen, strebte Wirtschaftspolitik ökonomische Effizienz an, um soziale Gerechtigkeit und individuelle Freiheit garantieren zu können.

Das Ziel der Demokratien nach dem Ersten Weltkrieg war nicht, um jeden Preis einen Wohlfahrtsstaat – nur die Deutschen nannten ihn Sozialstaat, aber alle Nationen sprachen von sozialer Demokratie⁸⁵ – um seiner selbst willen aufzubauen, sondern der Wohlfahrtsstaat wurde um der Demokratie willen errichtet: Der demokratische Wohlfahrtsstaat war eine Schöpfung ganz eigener Art, wie auch immer

seine Vorgeschichte verlaufen war. Die Ermöglichung von Partizipation war sein leitendes Prinzip, das ihn in der Rhetorik ebenso wie in der Realität – in der Realität allerdings nach dem Ersten Weltkrieg noch nicht so sehr wie in späteren Jahrzehnten – von anderen wohlfahrtsstaatlichen Ansätzen unterschied. Und denen, die an dieser transnationalen Zivilisation des demokratischen Wohlfahrtsstaates arbeiteten, standen die Gefahren deutlich vor Augen, die daraus resultierten, wenn sich alles nur um soziale Leistungen drehen würde: Überbietungswettbewerb in der Politik, Interessensabsprachen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, unerfüllbare Erwartungen in der Bevölkerung. Die knappen Finanzen sorgten dafür, dass diese Spirale der steigenden Zahlungen sich noch nicht allzu weit drehen konnte. Was aber oft unterschätzt wird, ist die nüchterne Basis der Sozialpolitik. Und das war die Wirtschaftspolitik. Man muss den demokratischen Wohlfahrtsstaat nach dem Ersten Weltkrieg von der Wirtschaftspolitik aus denken, nicht von der Sozialpolitik.

Schon Keynes' Versailles-Buch, auf das bereits hingewiesen wurde, predigte das Evangelium der Wirtschaftspolitik: Zivilisation und Weltfrieden wurden an ökonomischen Wohlstand geknüpft. Den konnte die Wirtschaft aus sich selbst nicht mehr garantieren, nach der Katastrophe des Krieges und den ständigen ökonomischen Krisen. Die Wirtschaft brauchte Starthilfe und Kontrolle durch den Staat. Wirtschaftspolitik hatte das Schicksal der modernen Demokratien in der Hand. Genau das meinte Walther Rathenau, als er 1921 vor Industriellen den berühmten Satz aussprach: »Die Wirtschaft ist das Schicksal.« Rathenau, zu diesem Zeitpunkt Wiederaufbauminister und 1922 bis zu seiner Ermordung durch rechtsradikale Terroristen Außenminister

der deutschen Republik, war selbst Industrieller und hatte großen Anteil an der Organisation der deutschen Kriegswirtschaft gehabt. Er wusste, dass ohne Koordination und Regulierung keine stabile wirtschaftliche Entwicklung möglich war. Und stabil musste die Wirtschaftsentwicklung nun sein, damit der soziale Zusammenhang nicht zerriss und die politische Ordnung nicht zerfiel. Worum es also ging, war ein neuer Kapitalismus. Ein sozialer Kapitalismus, wie einige der Zeitgenossen sagten, oder ein demokratischer Kapitalismus, wie man später dieses politisch-ökonomische Gebilde nannte. Das war der Kern aller zeitgenössischen Bemühungen um die soziale und liberale Demokratie.

Dass Demokratie und Kapitalismus harmonieren, war und ist keine Selbstverständlichkeit. Genauso wie die Demokratie ist auch der Kapitalismus historischen Wandlungen unterworfen. Es war eine bestimmte Form des Kapitalismus, nach dem Ersten Weltkrieg von Politikern, Unternehmern und Gewerkschaften geschaffen und nach 1945 weiter entwickelt, die sich dann so gut mit der modernen Massendemokratie vertrug. Menschen, handelnde Personen haben diese Ordnung hervorgebracht, nicht die Eigendynamiken des Profitinteresses oder des technologischen Fortschritts. Aber hier fängt es ja schon an: Kein technologischer Fortschritt ohne Forschung, keine Forschung ohne Forscher, und keine Forscher ohne Bildung und Universitäten. Technologischer Fortschritt ist ein historischer Prozess, der von menschlichen Interessen und Intentionen, von Umwelt und Zusammenarbeit geprägt ist, und irgendwo war und ist immer auch der Staat beteiligt.

Der demokratische Kapitalismus war kein Zufall, sondern ein historisches Projekt. Jeder der Beteiligten leistete seinen speziellen Beitrag. Um der Einfachheit halber bei drei

handelnden Kollektiven zu bleiben: Die Politik übernahm die Verantwortung für effizientes und berechenbares Regieren, sie garantierte durch Kontrolle und Umverteilung so viel wirtschaftliche Freiheit wie möglich und so viel soziale Gerechtigkeit wie nötig. Die Arbeitnehmer verzichteten auf die Forderung nach Revolution und Enteignung und auf fundamentale Störungen des Arbeitsablaufs, und sie verpflichteten sich zur engagierten Mitwirkung an der von allen gewollten Produktivität – ein damals gebräuchliches Wort für das, was wir heute Wirtschaftswachstum nennen. Das Geheimnis der sozialen Stabilität hieß Produktivität: Darüber herrschte Konsens. Die Arbeitgeber akzeptierten die Mitbestimmung ihrer Mitarbeiter, vor allem in Belangen, die ihre eigenen Arbeitsbedingungen betraf, und sie gaben den Anspruch auf Profitmaximierung auf, weil diese die ökonomischen und sozialen Verhältnisse destabilisierte. Anders als es die Vertreter einer geschichtslosen Markt-Theologie verkünden, gelang es der Politik also, den Kapitalismus auf das öffentliche Wohl zu verpflichten – in Gestalt einer Selbstverpflichtung der Kapitalisten. Das war das historische Produkt eines bestimmten Zeitalters und einer bestimmten Konstellation von Handelnden. Dieses Arrangement leitete die erfolgreichste Phase, den am längsten anhaltenden Boom in der Geschichte des Kapitalismus überhaupt ein, der sich ab den vierziger Jahren materialisierte. Das Geschäft lohnte sich für alle Seiten.

Der bekannteste Ideengeber dieses Projekts war Keynes. In den zwanziger Jahren war er bereits eine Berühmtheit, seine Stellungnahmen und Streitschriften zu wirtschaftlichen und politischen Fragen wurden in vielen Ländern gedruckt und gelesen. Noch war er nicht der bewunderte ökonomische Theoretiker. Er begab sich mitten in die all-

täglichen Auseinandersetzungen um den gerade entstehenden demokratischen Kapitalismus. Was er entwarf, war im Kern eine Ethik des Kapitalismus. Er »verwarf viele Aspekte des Kapitalismus, doch er hielt diesen letztlich für das beste verfügbare Wirtschaftssystem«. Regulierung und Staatstätigkeit waren für ihn notwendige Voraussetzungen eines funktionierenden »individualistischen« Kapitalismus. Das System war fragil, und nur behutsame, »weise« Steuerung konnte es vor schwerem Schaden bewahren, der in zivilisatorische Katastrophen münden würde. Konjunkturschwankungen waren unvermeidlich, aber die Fluktuationen mussten durch kluge Politik so weit wie möglich eingedämmt werden. Öffentliche Investitionen konnten diesen Zweck erfüllen, nicht nur wegen ihrer ökonomischen Effekte, sondern mehr noch, weil sie zu einem gesellschaftlichen »Klima des Optimismus« führten. In Keynes' Moralphilosophie des Kapitalismus stand der Verzicht auf den größtmöglichen Profit an erster Stelle.⁸⁶ Er ging noch darüber hinaus: Der Neuerfinder des Kapitalismus offenbarte seine Verwurzelung im Künstlermilieu von Bloomsbury und im sozialreformerischen britischen Liberalismus, wenn er mit Nachdruck daran erinnerte, dass das Wirtschaftswachstum, das er mit seinen Rezepten sichern wollte, kein Selbstzweck war. Immer reicher werden zu wollen, war für Keynes so ziemlich das Verachtenswerteste, was er sich vorstellen konnte. »Geldliebe« nannte er »halb-kriminell und halb-krankhaft«. »Langfristig wird die Menschheit ihr wirtschaftliches Problem lösen«, erklärte er in einem Vortrag 1928. Mangel würde verschwinden, der Lebensstandard auf ein Niveau steigen, das es möglich machte, sich wieder den Grundfragen zu widmen: Wie führt man ein sinnvolles Leben? Kunst, Politik, Religion, Freundschaft – der Wohl-

stand würde dafür sorgen, dass dafür endlich genug Zeit und Energie zur Verfügung stand.⁸⁷

Wenn Keynes ein Ende der *laissez-faire*-Ideologie sowohl feststellte als auch forderte, in einem Vortrag, den er 1926 unter anderem in Berlin hielt und der sogleich auch auf Deutsch veröffentlicht wurde, konnte er sich der Zustimmung seines Publikums sicher sein.⁸⁸ Denn Keynes, und das ist in Vergessenheit geraten, war nur einer unter vielen, die solche Ideen vorbrachten. Die deutsche Republik zeigte sich so »empfänglich« für Keynes' politisch-ökonomisches Denken, weil auch in Deutschland bereits der neue demokratische Kapitalismus erfunden und der neue soziale Liberalismus praktiziert wurde. Die Stärkung und Stimulierung der »Konsumkraft« stand ganz oben auf der Weimarer Agenda, wenn auch der Wirtschaftspolitik oft die Mittel und Möglichkeiten fehlten, diese Absichten konsequent zu verfolgen.⁸⁹ Die Weimarer Republik war, was die Aufgaben betrifft, die der Staat und kollektive Vereinbarungen übernahmen, Keynes' britischer Heimat zeitlich ein wenig voraus, doch im Verlauf der zwanziger und dreißiger Jahre begaben sich alle Demokratien, jede auf ihre Weise und alle unter wechselseitiger Beobachtung, auf die Suche nach einer neuen kapitalistischen Ordnung. Und überall ging es um dieses eine Problem: Wie ließen sich die Erwartungen an das Gemeinwohl in der Massendemokratie erfüllen, ohne den ökonomischen und politischen Liberalismus preiszugeben? Auch in den Vereinigten Staaten, noch ehe der »New Deal« dem Staat eine größere Rolle erschloss, wurde um einen neuen, koordinierten Kapitalismus gerungen, der unter den Schlagworten »social capitalism« oder »new economy« auftrat.

In Großbritannien hatten diese Diskussionen schon zuvor ihren festen Platz im Denken des »New Liberalism«,

der parteipolitisch nicht nur bei den Liberalen beheimatet war, sondern sich zur Labour Party hin öffnete. Aber auch Konservative wie Baldwin und der junge Harold Macmillan griffen die sozial-liberalen Ideen auf. In Deutschland und Skandinavien nahmen neben Linksliberalen auch sozialreformerische Konservative und vor allem reformorientierte Sozialdemokraten seit Langem die Position des sozialen Liberalismus ein. Ihre eng miteinander verschlungenen Debatten über den »organisierten Kapitalismus«, über »Sozialisierungen«, Wirtschaftsfreiheit und Demokratie bereiteten auf der intellektuellen Ebene die Entwicklung des demokratischen Kapitalismus nach dem Ersten Weltkrieg vor. Sie zeigten, dass innerhalb des bestehenden Kapitalismus bereits ein anderer, ein sozialer Kapitalismus entstanden war; dass also soziale Reformen und demokratisches Regieren den Weg in eine gerechtere Welt bahnten, nicht die soziale Revolution, die nur zur Gewalt führte. Die Gegenwart befand sich in zwei historischen Zeitzonen gleichzeitig, sowohl im Kapitalismus als auch jenseits des Kapitalismus, oder wenigstens auf halber Strecke dorthin. Darin waren sich Reformsozialisten und soziale Liberale einig: Es kam nicht darauf an, ob sich in der Zukunft eine ganz andere Gesellschaft herausbilden würde. Wohlstand für alle, staatliche Koordination der Wirtschaft und die Versorgung mit öffentlichen Gütern, von der Bildung bis zum modernen Wohnen – das war bereits die bessere Gesellschaft, ob es nun die richtige war oder nicht.⁹⁰

Der liberale Ökonom Moritz Julius Bonn erörterte, skeptisch, aber nicht unversöhnlich, ein solches »Schicksal des deutschen Kapitalismus« und war gleichzeitig Mitherausgeber eines Sammelwerks, das als Manifest sozial-liberaler Wirtschaftswissenschaft gelesen wurde.⁹¹ Julius Hirsch,

den wir im Zusammenhang des Versailler Vertrags kennengelernt haben, managte als liberal gesinnter und den Sozialdemokraten nahestehender Wirtschaftsstaatssekretär nicht nur den praktischen Übergang in den demokratischen Kapitalismus; er entwarf eine demokratische Wohlstandsvision nach dem Vorbild des »amerikanischen Wirtschaftswunders«. Die europäischen Demokratien würden aufholen. Das war der optimistische Horizont der zwanziger Jahre. Der demokratische Kapitalismus war vielleicht nicht die endgültige Lösung, aber er war eine Lösung. Die Verbindung zwischen seiner ökonomischen Vision und der Demokratie, der politischen Selbstbestimmung, stellte Hirsch selbst in vielen Veröffentlichungen und Vorträgen her.⁹²

Wohlstand war eben kein Selbstzweck, wie bereits bei Keynes zu sehen war. Die Ermöglichung von Partizipation am gemeinschaftlichen Leben war ein entscheidendes Motiv. Das galt für alle im Entstehen begriffenen demokratischen Wohlfahrtsstaaten in ähnlicher Weise. Alle verschoben den Akzent von der Pazifizierung zur Partizipation; überall stand die Integration der Gesellschaft im Zentrum dieses Projekts. Soziologische Theoretiker haben verschiedene Modelle von Wohlfahrtsstaatlichkeit entworfen, doch nach dem Ersten Weltkrieg fielen Unterschiede noch nicht ins Gewicht. Demokratie im reformierten Kapitalismus und nicht mehr Demokratie statt Kapitalismus war auch das Leitmotiv in Skandinavien. 1926, in dem Jahr, in dem auch Bonn, Hirsch und Keynes mit Beiträgen zur intellektuellen Verfertigung und Verteidigung des demokratischen Kapitalismus hervortraten, wurde »Sozialismus in der Wirklichkeit« veröffentlicht, das bahnbrechende Werk des im selben Jahr jung verstorbenen Nils Karleby, des brilliantesten einer Reihe von Intellektuellen, die in Schweden die sozialdemo-

kratische Hegemonie der kommenden Jahrzehnte ideenpolitisch vorbereiteten. Karleby stellte die Gemeinsamkeiten von Sozialismus und Liberalismus heraus, und er beschrieb die Bedeutung der Arbeiterklasse für das gemeinschaftliche politische Leben der Nation. In Dänemark erklärte Hartvig Frisch wenig später, wie sich die liberale Demokratie der Vergangenheit und die soziale Demokratie der Zukunft in der Gegenwart bereits versöhnten.⁹³

Das wirtschaftspolitische Wachstumsprogramm und die sozialpolitische Grundversorgung sicherten die Stabilität der Demokratie. Diese zwei fundamentalen Strategien der liberalen und sozialen Demokratien nach dem Ersten Weltkrieg ermöglichten die politische Teilhabe der Bürger. Aus dieser Verbindung von Verheißung und Verwirklichung schöpften die Demokratien ihre Legitimation. Und diese Strategien reduzierten das Problem, das viele Demokraten als eine große Herausforderung der Demokratie betrachteten: soziale Ungleichheit. Soziale Ungleichheit konnte so groß werden, dass sie den sozialen Zusammenhalt zerstörte. Hermann Heller hatte 1927 an der Hochschule für Politik, in einer raffinierten Replik auf Carl Schmitt, die dessen Vokabular auf den Kopf stellte, erklärt: »Es gibt einen gewissen Grad von sozialer Homogenität, ohne welchen eine demokratische Einheitsbildung überhaupt nicht mehr möglich ist.« Der Homogenitätsbegriff ist heute missverständlich geworden, vorschnell wird Schmitt Gehör geschenkt und seinetwegen an ethnische Homogenität gedacht. Das war nicht gemeint. Heller leitete vielmehr aus der historischen Erfahrung die Notwendigkeit ab, sich um eine demokratische Gemeinsamkeit in der Vielfalt des sozialen Lebens zu kümmern, um das, was in der Sprache unserer Zeit auch »Kommunalität« genannt wird: »Soziale Homogenität kann aber niemals

Aufhebung der notwendigen antagonistischen Gesellschaftsstruktur bedeuten.« Keine Uniformität also, politische und gesellschaftliche Pluralisierung war ein Kennzeichen der Demokratie. Aber die Gegensätze, Interessenkämpfe und Konflikte in einer Gesellschaft mussten, wenn die Demokratie von Dauer sein wollte, »gebunden erscheinen durch ein Wirbewusstsein und -gefühl, durch einen sich aktualisierenden Gemeinschaftswillen. Solche relative Angeglichenheit des gesellschaftlichen Bewusstseins kann ungeheure Spannungsgegensätze in sich verarbeiten, ungeheure religiöse, politische, ökonomische und sonstige Antagonismen verdauen.« Dieses »Wirbewusstsein« konnte »erzeugt«, aber auch »zerstört« werden. Eine »Homogenität der Alltagskonventionen« half der Demokratie – das war eine Anlehnung an Tocqueville. Die größte Gefahr in der massendemokratischen Gegenwart stellte der extreme Gegensatz von »sozialem Ungleichheitsbewusstsein« und »politischem Machtbewusstsein« dar. Die »ökonomische Disparität« hatte das Potenzial, die Demokratie zu »sprengen«. ⁹⁴ Die soziale Demokratie war in diesem Sinne der Versuch einer Annäherung von sozialem Ungleichheitsbewusstsein und politischem Machtbewusstsein: Sie diente dem Ziel, die soziale Ungleichheit durch Wirtschaftswachstum und Sozialpolitik so weit zu verringern, dass sie nicht mehr die politische Freiheit beeinträchtigte. Wo das richtige Maß dafür lag, war von Fall zu Fall zu bestimmen, mit Spielraum für nationale Variationen. Aber es war das alte Problem der Demokratie, das schon die französischen Revolutionäre, die amerikanischen Gründerväter oder Lorenz von Stein kannten und für das bis jetzt immer wieder eine der jeweiligen Zeit angemessene Lösung gefunden werden musste, wenn Demokratie nicht nur ein Wort bleiben sollte.

All diese Elemente, die den Kern der Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg bildeten, finden sich auch in Gustav Bauers Regierungserklärung vom 23. Juli 1919. Ein letztes Mal kommen wir darauf zurück: Bauer steht für den Moment, in dem sich Programm und Praxis der liberalen und sozialen Demokratie trafen und der Grundstein für den demokratischen Wohlfahrtsstaat gelegt wurde. Den Schlüsselatz sprach er gleich zweimal: »Aber wenn es wirklich noch da und dort fehlt, so ist es nicht ein Fehlen von Rechten des Volkes, sondern vielmehr ein Fehlen von Fähigkeiten, diese Rechte in vollem Umfang auszuüben.« In der Ermöglichung der politischen Selbstbestimmung bestand die Letztbegründung der sozialen Demokratie – die zugleich, als politische Demokratie und als Ordnung ökonomischer Freiheit, eine liberale Demokratie war. Die politische Gleichberechtigung musste eine soziale Entsprechung in der Wirklichkeit finden, um überhaupt politische Gleichberechtigung zu sein. Ohne die soziale Demokratie blieb die politische Demokratie ein leeres Versprechen. Demokratie war der Zweck des demokratischen Wohlfahrtsstaates.

Die für die politische Gleichberechtigung in der Demokratie notwendigen »Fähigkeiten« und Voraussetzungen begannen im Bereich der politischen Kultur, bei der Bildung. Aber sie fanden ihre materielle Fortsetzung im Bereich der Sozialpolitik. Vorgeschichte und Neuanfang trafen hier zusammen. Die drei Säulen des weltweit bewunderten Gebäudes der Sozialversicherungen – gegen die Risiken des Alters (Rentenversicherung), der Krankheit und von Unfällen –, das Bismarck geschaffen hatte, wurden ausgebaut und schließlich um eine vierte, die Arbeitslosenversicherung, erweitert. Und vor allem wurden sie in das neue demokratische »Staatshaus« eingebaut, in dem die Prinzipien der

individuellen Sicherheit, der gesellschaftlichen Integration und der politischen Partizipation nicht mehr gegeneinander austariert werden mussten, sondern sich wechselseitig bedingende und verstärkende Handlungsmaximen geworden waren: Die sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Innovationen ließen »die sozialen und demokratischen Grundsätze der neuen Republik klar in Erscheinung treten«, erklärte Bauer.⁹⁵

»Der wirtschaftlich Schwache bedarf heute mehr als je der staatlichen Unterstützung.« Die Not war groß nach dem Krieg. In Europa waren Unterernährung und Hunger noch nicht besiegt. Die Sozialpolitik, die »nach Kräften auszubauen« war, stand mit der Wirtschaftspolitik in Zusammenhang: »An seinen [des Schwachen] Bedürfnissen nehmen wir das Maß für unsere wirtschaftspolitischen Schritte.« Über die notwendigen Schritte bestand Einigkeit. Zunächst waren die vorhandenen Versicherungssysteme zu verbessern, durch die »Erhöhung der Invaliden-, Alters- und Kinderrenten« etwa oder durch die »Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, die Hinterbliebenen und die Kriegsgefangenen«. Viele Erwartungen mussten vorerst vertröstet werden, der erhoffte Wohlstand lag noch in weiter Ferne. »Bei der jämmerlichen Finanzlage des Reichs« geriet jeder sozialpolitische Wunsch schnell mit der Realität in Konflikt. Aber daran war nicht die Demokratie schuld und auch keine Explosion der sozialen Erwartungen, sondern »der Wahnsinn des hinter uns liegenden Krieges. [...] Was alles hätte in der sozialen Politik verwirklicht werden können, wenn nur einige Milliarden nicht für die Vernichtung, sondern für den inneren Aufbau des Volkes verwendet worden wären.« Vor den allseits beliebten Lohnerhöhungen warnte Bauer; sie »waren das schlechteste Mittel, um die Verhält-

nisse zu bessern«. Wenn es einen Inflationskonsens gab – ständig höhere Löhne, um die Arbeiter zufriedenzustellen, bei ständig steigenden Preisen –, wie ein Teil der Forschung annimmt, dann stellte sich die Regierung dem entgegen: Der Regierungschef warnte vor einer Lohn-Preis-Inflationsspirale, die geradewegs in den »Bankerott« führen würde. Als ein viel sinnvollerer Mittel zur Anhebung des Lebensstandards erschien ihm die »fortschreitende Verbesserung der Wohnungsverhältnisse«: modernes Leben statt dunkler und verschimmelter Hinterhofwohnungen oder verdreckter Baracken neben der Kohlengrube. Hier sollte der Staat trotz der »furchtbaren Finanzlage« tätig werden. Das waren Investitionen in die Zukunft: Gesundheit, Arbeitsplätze, Solidarität und Optimismus, das alles konnte der Wohnungsbau fördern.

Die am Anfang der Republik skizzierte Sozialpolitik gewann im Lauf der Jahre immer mehr an Zustimmung. Zwar traten einige Unternehmer gelegentlich noch als die »Herrn im Hause« auf, und die Stahlbarone des Ruhrgebiets suchten 1928 spektakulär die Machtprobe mit den Gewerkschaften. Aber die meisten Arbeitgeber hatten sich längst mit den neuen Verhältnissen abgefunden und sahen sie als unwiderfürlich an; mancher zahlte sogar Löhne über den nun üblichen Tarifvereinbarungen. Ein überzeugter Demokrat und Linksliberaler, der ehemalige Wirtschaftsminister und spätere Widerstandskämpfer Eduard Hamm, führte die Geschäfte des Deutschen Industrie- und Handelstages bis 1933.⁹⁶ Steigende Kosten – etwa die Beiträge für die Sozialversicherungen – zogen Kritik auf sich. Es ist jedoch eine Legende, dass es vor der Weltwirtschaftskrise eine ernst zunehmende grundsätzliche Ablehnung des demokratischen Wohlfahrtsstaates gegeben hätte. Die wichtigste sozialpoli-

tische Neuerung, die vierte Säule im Gebäude der deutschen Sozialversicherungen, führte eine bürgerlich-konservative Regierung ein: Das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung wurde 1927 mit überwältigender Mehrheit vom Reichstag verabschiedet. Damit wurde die knapper und kürzer bemessene »Erwerbslosenfürsorge« der Kommunen abgelöst. Nur die Extremisten stimmten dagegen, die Kommunisten und die sieben Abgeordneten der NSDAP, beides ja vorgeblich arbeiterfreundliche Parteien.

Der Wohlfahrtsstaat der deutschen Demokratie war so wenig fehlerlos wie jeder andere demokratische Wohlfahrtsstaat. Auf die ökonomische Katastrophe war er so schlecht vorbereitet wie die meisten anderen auch. Aber von links bis rechts trugen ihn alle einigermaßen gemäßigten Parteien. Er war genauso ein Wohlfahrtsstaat der Sozialdemokraten und Linksliberalen wie der Katholiken und Konservativen. Und dieses Muster kennen wir, in seiner nationalen Vielfalt, auch aus Großbritannien, wo eine liberale Regierung, getragen von einem immer größeren Konsens, noch vor dem Ersten Weltkrieg eine Krankenversicherung eingeführt hatte sowie eine Arbeitslosenversicherung, die 1920 von einer konservativen Regierung erheblich ausgeweitet wurde; und wo eine Koalition aus Konservativen, Liberalen und Sozialisten im Zweiten Weltkrieg die Einführung eines umfassenden wohlfahrtsstaatlichen Systems vorbereitete, das sich in der Hauptsache liberale Experten wie William Beveridge ausgedacht hatten. In den Vereinigten Staaten ging der Aufbau der Sozialversicherungen zwar erst in den dreißiger Jahren voran: Roosevelt erschuf den amerikanischen Wohlfahrtsstaat. Aber die Vorläufer auf lokaler und bundesstaatlicher Ebene sollte man nicht übersehen. Und in den zwanziger Jahren waren es die Vision und die Wirklichkeit des

scheinbar unbegrenzten wirtschaftlichen Wachstums, die den Gedanken an ein Sozialversicherungsnetz als unnötigen Umweg zum Wohlstand erschienen ließen. Schweden hatte viel aus der deutschen Entwicklung gelernt und übernommen. Seit 1891 hatten dort breite Mehrheiten die Grundlagen des Wohlfahrtsstaates gelegt, von Unfall- und Krankenversicherungen bis hin zu einem aus privaten und staatlichen Elementen gemischten Rentensystem. Auseinandersetzungen um die Einführung einer Arbeitslosenversicherung dominierten die zwanziger Jahre. Der Übergang war fließend, entscheidende Schritte erfolgten in den Dreißigern. Die Errichtung des dänischen Wohlfahrtsstaates auf älteren, bescheideneren Fundamenten – die vier seit 1929 verabschiedeten Gesetze zur Kranken-, Alters- und Invaliditätsversicherung, zur Unfallversicherung, zur Arbeitslosenversicherung und zur Sozialhilfe stellten eine Zäsur dar – war das gemeinsame Werk der Sozialdemokraten sowie der bürgerlichen und bäuerlichen Parteien.

Man darf bei alledem nicht vergessen: Die von den Sozialversicherungen im Bedarfsfall gezahlten Summen waren überall ziemlich gering. Aber ein Ende bitterster Armut schien in Sicht. Es lässt sich also sagen: »Der springende Punkt ist, dass alle modernen Staaten« – präziser: alle modernen Demokratien nach dem Ersten Weltkrieg – »das Wohlfahrtsprinzip übernommen haben und dass das Ausmaß seiner Umsetzung weitgehend eine Frage der Umstände ist.«⁹⁷

Die Errichtung des demokratischen Wohlfahrtsstaates bedeutete natürlich auch, wie Bauer die linken Gegner wiederholt in Schranken wies, die Ablehnung jeder »sozialen Revolution«. Nicht Utopien, sondern Umsicht und Rücksicht auf historische Bedingungen bestimmten die Ge-

schwindigkeit der Sozialreformen: »Jeder kühne, aber den Verhältnissen und Bedürfnissen angepasste Fortschritt trägt sein ureigenes Tempo in sich, das sich gewaltsam nicht ändern lässt.« Kluges Regierungshandeln dämpfte auch die Erwartungen an das, was Gewerkschaftskräfte später als »Wirtschaftsdemokratie« einforderten: Die »Machtverhältnisse im Wirtschaftsleben« hatten sich geändert. Die Arbeitnehmer hatten jetzt, in Betriebsräten und anderen Organen, endlich das Recht auf Mitsprache und Mitbestimmung: »Nur müssen alle Wünsche ihre Grenze finden in der Leistungsfähigkeit des Betriebs!« Bauer gehörte nicht zu denen, die die liberale und soziale Demokratie mit einer Wirtschaftsdemokratie verwechselten. Das taten auch die besten sozialdemokratischen Wirtschaftsexperten wie Gerhard Colm nicht. Bauer befürchtete, dass Streiks und unrealistische Forderungen die »wirtschaftliche Existenz der Republik in Frage« stellen könnten. Ökonomischer Realismus war sein Programm: Ohne eine produktive Wirtschaftspolitik konnte es keine Sozialpolitik geben.

Zu diesem Zeitpunkt vertrat Bauer bereits, auf die Praxis bezogen und ohne theoretischen Überschuss, jenen neuen Kapitalismusbegriff, den Keynes und die anderen sozialdemokratischen und liberalen Denker im Verlauf der zwanziger und dreißiger Jahre ausformulierten. Die »Idee des Kapitalismus« werde durch die Mitbestimmung von Arbeitnehmern und Allgemeinheit verneint: Was Bauer meinte, war, dass der *laissez-faire*-Kapitalismus nun zu Grabe getragen wurde. Keine soziale Unverantwortlichkeit der Unternehmer mehr, »über das Privatinteresse« war in der Wirtschaftsordnung das »Allgemeininteresse« gesetzt. Aber innerhalb dieses Rahmens blieb die Wirtschaft auf die schöpferische Energie und Risikobereitschaft von Unternehmern

und Investoren angewiesen – sie »beseitigte nicht den Unternehmer«, und sie beruhte auf der Achtung des Privateigentums. Die Wirtschaftspolitik regelte die Grenzziehungen: Sozialisierungen sollten vor allem dort erfolgen, wo der Markt ohnehin nicht funktionierte und das Allgemeininteresse unmittelbar betroffen war, in Wirtschaftszweigen, die längst »privatmonopolistischen Charakter angenommen haben und dadurch zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit (Sozialisierung) reif geworden sind« – Stromerzeugung und Bergbau wurden im Abschnitt über den demokratischen Staat bereits erwähnt. Internationaler Handel war wichtig, die »Abschnürung vom Weltmarkt« schädlich. Innerhalb der Grenzen von Sozialisierung und »Sicherstellung des Bedarfs der Minderbemittelten« galt: »Freiheit der Wirtschaft, Heranziehung jeder Initiative und jeden Kredits«. Scharf wurde jeder Gedanke an die »vielberedete ›Planwirtschaft« zurückgewiesen: »Die Regierung will die Zwangsjacke der Kriegsgesellschaften nicht gegen eine neue, für den Frieden zugeschnittene, vertauschen. [...] Wir werden daher entschlossen an den Abbau der Reste der Kriegswirtschaft gehen.« Der soziale Kapitalismus, der nach dem Ersten Weltkrieg geschaffen wurde, sollte und konnte gedanklich und faktisch vieles kombinieren, was den Anhängern der reinen Lehre auf beiden Seiten unvereinbar erschien. Darauf fußte sein langfristiger Erfolg.

Das Ziel war die Ermöglichung der Demokratie durch Sozial- und Wirtschaftspolitik. Die ökonomische Umgestaltung diente einem politischen Zweck: Sie schuf die politische Gemeinsamkeit, ohne die die Demokratie nicht lebensfähig war; »weil«, erläuterte der Reichskanzler, »politische Freiheit und wirtschaftliche Unterdrückung nicht miteinander vereinbar sind, weil Gleichheit und Freiheit

nicht länger Redensarten bleiben dürfen und weil wir glauben, dass aus ihrer Verwirklichung schließlich das Dritte erwachsen muss, was uns in dem latenten Bürgerkrieg unserer Tage am bittersten fehlt: die Brüderlichkeit.« Er endete optimistisch: »Wir sind einig im Glauben an die Unbesiegbarkeit der Demokratie.«

Eine hoffnungsvoll stimmende Entwicklung zeichnete sich ab. Die Lebensversuche moderner Demokratien nach dem Ersten Weltkrieg hatten enormes Durchhaltevermögen bewiesen und großen Erfolg gezeitigt. Die Demokratie war Alltagserfahrung und Erwartungshorizont geworden. Die liberalen und sozialen Demokratien hatten begonnen, ein erstaunlich stabiles System demokratischer Wohlfahrtsstaatlichkeit zu schaffen. Doch von der Stabilität zur Instabilität ist es in modernen Gesellschaften kein weiter Weg. Angesichts der Tatsache, dass Zivilisationen schnell ihre Gewalthemmung verlieren können, ist es keine geringe Leistung, dass die liberalen und sozialen Demokratien nach dem Ersten Weltkrieg, nach vier Jahren ungeheurer Massengewalt, die Stiftung eines friedlichen und selbstbestimmten Zusammenlebens in Staaten und zwischen Staaten erreicht haben. Weil all das unter so viel extremeren, ungünstigeren wirtschaftlichen und weltpolitischen Bedingungen geschah als in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, ist diese zivilisatorische Leistung in Wahrheit größer als die spätere.

Es bedurfte einer gewaltigen Erschütterung, um dieses Gefüge ins Wanken zu bringen. Die Weltwirtschaftskrise ließ die Entwicklung, die den Zeitgenossen seit dem Ersten Weltkrieg unaufhaltsam erschienen war, stillstehen. Das war nicht der Untergang. Aber die Routinen und Konventionen der Demokratien, die auch unter großem Druck so lange so gut funktioniert hatten, gerieten ins Stottern. Jetzt

kam es auf kluges Regieren an, jetzt konnte jeder falsche Schritt in den Abgrund führen, jetzt waren antidemokratische Kräfte und Traditionen imstande, zur Bedrohung zu werden. Die liberale und soziale Demokratie war nicht am Ende. Sie ging sogar gestärkt aus der großen Krise hervor. Nur nicht in Deutschland.

V Die große Krise und die deutsche Katastrophe

Wenn zu lesen ist, die um 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise – die Große Depression, die große Krise – habe diese oder jene und nur diese oder jene Ursache gehabt, dann ist der Sache nicht zu trauen. Und wenn behauptet wird, die Wirtschaft der Weimarer Republik sei krank und überfordert gewesen, dann muss man sehr genau hinsehen: Nach welchem Maßstab? Was heißt »krank«? Wie ging es den anderen Ökonomien? Besteht nicht immer wieder Bedarf an »Strukturreformen«? Werden hier nicht die Klagen der Unternehmer, die diesen in einer bestimmten Situation Vorteile verschaffen sollten, mit der vieldeutigen Realität verwechselt? Und gibt es denn ein Verlaufsgesetz, wonach sinkende Gewinne zur Ablehnung der Demokratie in Wirtschaftskrisen führen müssen?

Bis heute streitet die Wissenschaft erbittert über diese Fragen. Es ist unmöglich, eine einzige Ursache für die große Krise zu benennen. Unter den Zeitgenossen hatte Keynes eine Vermutung, die durch den Gang der Ereignisse eine gewisse Bestätigung erfahren hat: Eine Verkettung unterschiedlicher Krisenfaktoren – hier war Keynes alles andere als einseitig, und wenn er auf neue Erkenntnisse stieß, revidierte er sein Urteil – hatte zu einem so großen Einbruch der Nachfrage geführt, dass die Wirtschaft nicht mehr von selbst auf die Beine kommen konnte. Die Lehre und Erfahrung von der zyklischen Bereinigung der Wirtschaft war an ihre Grenzen gestoßen, die Selbstheilungskräfte, denen der Staat schon seit Langem ein wenig nachgeholfen hatte,

versagten. Keine Nachfrage, keine Kredite, keine Investitionen – schlimmer konnte es ökonomisch kaum kommen. Aber Keynes, und längst nicht nur er, erkannte, dass das entscheidende Problem ein gesellschaftliches und politisches war, ungeachtet dessen, dass es nach einem wirtschaftlichen aussah: Massenarbeitslosigkeit. Massenarbeitslosigkeit verschärfte die ökonomische Krise immer weiter. Und sie erschütterte die politische und soziale Ordnung. Sie war eine Bedrohung für die Demokratie. Sie stellte die politischen Arrangements, die gesellschaftlichen »Deals« des demokratischen Kapitalismus in Frage. Aus der Wirtschaftskrise wurde eine politische Krise.

Die große Krise war eine Krise der politischen Psychologie, eine Destabilisierung der kollektiven Affekte. Keynes sprach 1936 von »Erwartungen« und »animal spirits«, animalischen Instinkten. Es ging ihm an dieser Stelle zwar um Unternehmer und ihre Investitionsentscheidungen, aber die Deutung lässt sich in seinem Sinne erweitern. Keynes war, was die affektive Seite betraf, beeindruckt und beeinflusst von Franklin Roosevelt, der bei seiner Amtseinführung als Präsident am 4. März 1933 erklärt hatte: »Das Einzige, was wir fürchten müssen, ist die Furcht selbst – den namenlosen, vernunftlosen, ungerechtfertigten Schrecken, der notwendige Anstrengungen lähmt.« Der demokratische Kapitalismus funktionierte, in Keynes' Worten, wenn das »störungsanfällige Gleichgewicht des spontanen Optimismus« nicht gestört war. Der »Instabilität« des Kapitalismus galt seine Sorge. Das Auf und Ab der Wirtschaft, »Rezessionen und Depressionen« genauso wie »ökonomische Prosperität« hingen in ungeheurem Ausmaß »von der politischen und sozialen Atmosphäre ab«. Die oberste Priorität für die Regierenden, auf die es nun ankam, musste Vollbe-

schäftigung sein, praktisch also der Abbau der Massenarbeitslosigkeit. Auch, aber nicht vorrangig aus ökonomischen Gründen. Keynes ging es um die »Stabilisierung der Erwartungen«. Wie zwei ausgezeichnete Keynes-Forscher erklären: »Natürlich konnten eine Politik der öffentlichen Investitionen und Arbeitsbeschaffung sowie die Stabilisierung privater Investitionen Hand in Hand gehen, denn die ›animalischen Instinkte‹ – der spontane Drang zum Handeln, selbst wenn es sich durch rationale Kalkulationen nicht rechtfertigen ließ –, die Investitionen motivierten und aufrechterhielten, könnten sich so auf einem höheren und stabileren Niveau auswirken, wodurch die Investitionstätigkeit stabilisiert würde.«⁹⁸ Der Optimismus musste wiederbelebt werden. Das war die vorrangige Aufgabe. Wenn das gelang, konnte auch die Krise ohne politische Gefahr bewältigt werden.

In Deutschland gelang es nicht. Was nicht daran lag, dass solche Ideen erst von Keynes in den dreißiger Jahren in die Welt gesetzt worden wären: Sie waren von Anfang an da, sie hatten den Ausbau des demokratischen Wohlfahrtsstaates und die Wirtschaftspolitik der deutschen Demokratie geleitet. Namen wie Julius Hirsch, Ernst Wagemann und Gerhard Colm stehen für die klugen Diskussionen, die in den Behörden und praxisorientierten Forschungsinstituten der Republik schon Jahre vor der großen Krise geführt wurden und die dazu beigetragen hatten, dass so viele andere Krisen zuvor gemeistert worden waren. Das ist lange übersehen worden, heute aber nicht mehr in Zweifel zu ziehen. Aber auch die besten ökonomischen Ideen waren nichts wert, wenn sie nicht von der politischen Führung in die Tat umgesetzt wurden. Dass es nicht nur auf das Management der Ökonomien, sondern auch auf das Management der

Affekte ankam, war die banale und doch brillante, in jener Zeit originelle Einsicht von Keynes.

Kurz gefasst, könnte man sagen: In Deutschland war der falsche Mann zur falschen Zeit am falschen Ort: Heinrich Brüning. Wenn man diese Aussage aber so stehen lässt, ist sie ungerecht. Dass Ende März 1930 die Große Koalition im Streit über Finanzierungsfragen zerbrach und der sozialdemokratische Reichskanzler Hermann Müller und seine Regierung zurücktraten, war nicht allein die Schuld von Brüning, des Fraktionsvorsitzenden der katholischen Zentrumspartei. Und dass Reichspräsident Hindenburg ihn drei Tage später selbst zum Reichskanzler ernannte, verdankte sich keiner diabolischen Intrige Brünings. Aber im Umfeld Hindenburgs hatte man nur darauf gewartet, eine autoritäre Alternative zur parlamentarischen Demokratie zu erproben. Brüning war ein verlässlicher und solider, in Finanzfragen erfahrener und geachteter Politiker. Es ist viel Aufhebens davon gemacht worden, dass er später bekannte, im Herzen immer noch Monarchist und zur Verhinderung Hitlers für die Wiedereinführung des Kaisertums gewesen zu sein. In der Praxis war davon weder vor seiner Amtsübernahme noch danach etwas zu spüren. Ob es sich um eine Selbststilisierung des Gescheiterten handelte? Auch überzeugten Demokraten ging am Ende der Republik der Gedanke an eine demokratische Monarchie durch den Kopf.⁹⁹ Und Brüning erarbeitete sich als Kanzler viel Respekt bei seinen Kollegen und Mitarbeitern. Man muss ihm viel bösen Willen unterstellen, um abzustreiten zu können, dass er es ehrlich und ernst meinte.

Entscheidend war eine ganz andere Glaubensgewissheit Brünings, die sich ihm eindeutig nachweisen lässt: sein Beharren auf Haushaltssanierung und Sparpolitik, also das,

was man in der Sprache unserer Zeit »Austerität« nennt. Damit einher ging eine zweite Grundhaltung, die ihm zur Schwäche wurde: Er wusste mit dem demokratischen Staat nichts anzufangen. Sein Ideal war eine altpreußische Minimalregierung. Dass es so etwas in der modernen Gesellschaft nicht mehr geben konnte, entzog sich seiner Aufmerksamkeit; es handelte sich also auch um ein intellektuelles Unvermögen. Die dritte Disposition, die seine Kanzlerschaft gefährlich werden ließ, bestand in einem mangelhaften Beherrschen der Regierungskünste demokratischer Politik. Wenn er sich als Taktiker versuchte, ging sein Kalkül meistens in die Irre. Wie man Mehrheiten in der Bevölkerung gewinnt, wie man mit Überzeugungskraft und demokratischer Führung den Bürgern Optimismus einhaucht, hat Brüning nie verstanden.

Als Finanzminister hätte er in der großen Krise eine hervorragende Besetzung abgegeben. Als Kanzler war er überfordert. Es hätte eines demokratischen Führers bedurft, wie ihn Alexander Rüstow 1929 entworfen hatte – im dritten Kapitel war davon die Rede. Aber man suchte nun einmal einen Fachmann für den Schuldenabbau, und so nahm die Misere ihren Lauf. Es lässt sich lange darüber streiten – und das haben Historiker seitdem getan –, ob Brüning überhaupt eine Wahl hatte, ob er überhaupt etwas anderes als die Sparpolitik und damit die Verschärfung der Krise und die Steigerung der Arbeitslosigkeit hätte betreiben können. Dabei wird auf die internationalen Verpflichtungen Deutschlands verwiesen. Die Reparationsvereinbarungen ließen keine neuen Ausgaben zu, und die Kredite aus Amerika flossen in der Krise nicht mehr. Der Goldstandard – die teilweise Golddeckung der Währung, verbunden mit festen Wechselkursen – erlaubte keine Abwertung der Reichsmark, was

Exporte erleichtert und die Industrie gestärkt hätte. Alles richtig. Aber es trifft nicht den Punkt. Immerhin ging es um die Demokratie und nicht allein um die Wirtschaft.

Ohnehin machte Brüning einige Fehler, die einen Handlungsspielraum anzeigen, der größer war als oft gedacht, und einen Handlungshorizont, der sich als sehr eingengt erwies. Einerseits gab sich der Sparpolitiker als Überzeugungstäter, der Massenarbeitslosigkeit riskierte und sogar die Stellung der Beamenschaft angriff, ihre Besoldung kürzte und scheinbar unkündbare Staatsdiener entließ, was bei vielen Beamten die Skepsis gegenüber der Demokratie wachsen ließ. Andererseits umhegte er die ostelbischen Großagrarien und Gutsherren, die dem Reichspräsidenten nahestanden, mit Subventionen und Protektionismus, was dazu führte, dass die Bevölkerung Hunger litt: Die Löhne sanken, die Brotpreise nicht, weil Agrarprodukte künstlich verteuert wurden. Brüning setzte außenpolitisch alles auf die Karte der Reparationserfüllung, um den einstigen Kriegsgegnern zu beweisen, dass Deutschland unmöglich weiterhin seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen konnte – womit er schließlich Erfolg hatte, bei den Amerikanern, bei den Briten und selbst bei den Franzosen, die mit dem gewaltigen Goldschatz ihrer Zentralbank die deutsche Wirtschaft stützen wollten. Gleichzeitig machte er diesen Erfolg zunichte, indem er sich auf das Hasardspiel einer Zollunion mit Österreich einließ, was ohnehin zum Scheitern verurteilt war und Frankreich erzürnen musste. Vor allem verstand Brüning nicht, was demokratisches Regieren bedeutete. In Brünings Regierung bildete sich ein Deflationskonsens aus: Währungsstabilität statt politische Stabilität, Haushalt statt Demokratie – die falschen Prioritäten wurden gesetzt, mehr aus Gewohnheit denn als in ihren Konsequenzen über-

dachte Entscheidung. Wertvolle Zeit ging verloren, spätestens seit Oktober 1931 wären Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen größeren Stils möglich gewesen.¹⁰⁰

Denn darum ging es in diesem Augenblick. Keine demokratische Regierung kann dreißig Prozent, auf dem Höhepunkt der Krise sogar über vierzig Prozent der arbeitenden Bevölkerung arbeitslos auf der Straße stehen lassen. Die noch junge, auf Hunderttausende, nicht auf viele Millionen Arbeitssuchende vorbereitete Arbeitslosenversicherung war damit völlig überfordert. Jede Regierung, die so handelte, wäre verantwortungslos. Nicht auf ökonomische Erfolge wäre es angekommen, sondern auf die Stiftung jenes Optimismus, von dem Keynes sprach. Es macht die Demokratie aus, dass nicht über die Bürger hinweg regiert wird, sondern mit ihnen. Die Wahrnehmung von Widersprüchen und Ungerechtigkeiten entscheidet darüber, ob Bürger ihre Regierungen für legitim halten. Konjunkturzyklen auszusetzen, darauf zu warten, dass die »Talsole« der durch die Sparpolitik verschärften Krise durchschritten wird, auf dieser Grundlage zu wähen, wie Brüning es am 11. Mai 1932 tat, nur noch »hundert Meter vor dem Ziel« zu stehen: Damit war es in einer modernen Demokratie, in einer liberalen und sozialen Demokratie nicht getan. Vom Blickwinkel der Geschichte der Demokratie aus war es nicht diese oder jene Maßnahme der Brüning-Regierung, die den Untergang der Demokratie einleitete, nicht das Sparen selbst, sondern ein fundamentales intellektuelles Versagen, die Unfähigkeit, Politik in einer der Demokratie angemessenen Komplexität zu denken. Die zivilisatorische Leistung des demokratischen Wohlfahrtsstaates begriff Brüning nicht. Ihm fehlte die demokratische Vision, ohne die sich noch keine gewaltige Krise besiegen ließ.

Am Ende überwarf Brüning sich mit Hindenburg, was zu Neuwahlen führte, die im Juli 1932 den Nationalsozialisten große Gewinne eintrugen. Die Extremisten konnten nun den Reichstag blockieren. Der Reichspräsident mit seinem Notverordnungsrecht wurde zwangsläufig noch mächtiger. Die Brüning-Regierung verspielte durch ihr miserables politisches Krisenmanagement – über das ökonomische Krisenmanagement lässt sich streiten, aber das führt zu nichts, weil es nun einmal ums Ganze ging, um das Überleben der Demokratie – die Chance des demokratischen Handelns. Darum konnte seit dem Sommer 1932 die Entwicklung in Gang kommen, die am Ende des dritten Kapitels geschildert wurde: Der neue Kanzler Papen schwächte die Bastionen der Demokratie und entfesselte die politische Gewalt. Sein Nachfolger Schleicher verkalkulierte sich mit seinem Versuch, die NSDAP zu spalten. Und dann kam Hitler. Aber noch Anfang 1933 erklärte der Politikwissenschaftler Carl Joachim Friedrich: »Deutschland wird auf jeden Fall ein demokratischer Verfassungsstaat bleiben, der starke Sozialisierungsbestrebungen aufweist und dessen Rückgrat weiterhin seine professionelle Beamtenschaft bildet.«¹⁰¹ Dass Hitler im Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde, war alles andere als zwangsläufig; es war ein Zufall, das Ergebnis einer Verkettung von politischen Fehlkalkulationen, Unfähigkeiten und Intrigen. Was danach kam, war kein Zufall, sondern die zwangsläufig in den Zweiten Weltkrieg mündende Politik eines Mannes, der gleich zu Anfang mögliche Gegner ausgeschaltet oder eingebunden hatte und für den sich alles um Krieg und Rassismus, um Erschaffung und Vernichtung drehte.

Nicht erst, als ihm die Massen seines »Dritten Reichs« zujubelten, erwies Hitler sich als schrecklicher Bastard der

Demokratie. Massenpartizipation, Öffentlichkeit, Legitimation durch Jubel und Akklamation waren für den Nationalsozialismus keine bloße Tarnung. Hitler saß der Demokratie wie ein »Parasit« im Nacken.¹⁰² Er verstand besser als Brüning, wie in der Demokratie Politik gemacht wurde: Mit der Demokratie besiegte er die Demokratie. Es gab nicht nur ein Demokratiedefizit – zugleich präsentierte sich der Todfeind der Demokratie selbst als der bessere Demokrat. Hitler versprach den Menschen Teilhabe und Anerkennung. Es waren nicht nur die handfesten Vorteile, die Suppenküchen und der gemeinschaftliche Zeitvertreib, die ihm in der großen Krise die Massen zutrieben, sondern auch die verdrehte Erfüllung der demokratischen Verheißung politischer Teilhabe, an deren Verwirklichung durch die etablierte Politik in diesem Augenblick kein Glauben mehr bestand.

Das zeigt sich an nichts deutlicher als am Begriff der »Volksgemeinschaft«, der für uns heute so sehr mit dem Nationalsozialismus verschmolzen ist, dass selbst Historiker ihn immer wieder missverstanden haben. Man begreift den Nationalsozialismus nicht, wenn man ihn nicht auch als demokratischen Aufbruch versteht – die Simulation eines demokratischen Aufbruchs, keine Frage; für wie blind und töricht man die Menschen aus heutiger Sicht auch halten mag, sie sahen es so in der großen Krise. Darum wurde die Volksgemeinschaft für die Nationalsozialisten plötzlich so prominent. Damit vermittelten sie eine parasitär-demokratische Botschaft, eine Vision von Zukunft und Optimismus, von persönlichen Chancen und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Volksgemeinschaft war lange sowohl ein sozialdemokratisches als auch ein bürgerlich-liberales Konzept der demokratischen Integration gewesen. Alle Schichten und Gruppen sollten ihren Platz in der Demokratie finden. Et-

was Offenes und Optimistisches haftete dem Versprechen der Volksgemeinschaft an. In der späten Republik, als Hitler und die Nationalsozialisten bereits die »Okkupation und Pervertierung des demokratischen Volksgemeinschaftsgedankens« betrieben, war es noch möglich, den Begriff zu verstehen, ohne an Ausgrenzung und Gewalt zu denken.¹⁰³

Ein Kronzeuge dafür ist Siegmund Warburg, der linksliberale süddeutsche Spross der Hamburger Bankiersdynastie. Volksgemeinschaft stand bei ihm für die Revolte einer jüngeren Generation gegen den vergreisten Politikstil um Hindenburg und Brüning, die die Probleme der Bürger ignorierten. Politik auf Massenbasis, Wirtschaftsplanung und radikale Reform des Kapitalismus, Austritt aus dem System des Goldstandards, Präsidialdemokratie, darin sah er den richtigen Weg für die deutsche Republik. Volksgemeinschaft – ob in Deutschland oder in Roosevelts Amerika, denn Warburg nannte beide Demokratien »Volksgemeinschaften« – drückte den Wunsch aus nach kollektiver Mitsprache in den großen Fragen, nach demokratischer Dynamik nach den bleiernen, partizipationsfeindlichen, in Krisenmanagement erstarrten Brüning-Jahren. Noch Ende 1932, Anfang 1933 konnte Warburg sich vorstellen, in die Politik zu gehen. Bald darauf ging er ins Exil.¹⁰⁴

VI Wie überleben Demokratien?

Ein Jahr markiert zugleich den Höhepunkt und den Tiefpunkt in der Geschichte der Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg – 1933. Es war ein Entscheidungsjahr in einer Entscheidungsperiode. In den dreißiger Jahren stellte sich die Frage aller Fragen mit höchster Dringlichkeit: Würde es weitergehen mit der Demokratie in der katastrophalen Krise des Kapitalismus? Und wer die Demokratie bewahren wollte, der fragte sich: Wie würde es weitergehen? Wie konnten Demokratien in einer solchen Lage überleben? Was würde aus dem Projekt der liberalen und sozialen Demokratie werden, das nach dem Ersten Weltkrieg mit Erfolg auf den Weg gebracht worden war?

Im März 1933 wurden zwei einander völlig entgegengesetzte Antworten auf diese Fragen gegeben. Die beiden übermächtigen politischen Gestalten des Jahrzehnts, Hitler und Roosevelt, die schließlich ganze Welten gegeneinander in Bewegung setzten, traten als Führer ihrer Nationen in Erscheinung. Der eine wollte Tod und Vernichtung und die Herrschaft einer Herrenrasse, der andere ein besseres Leben für alle. Diese Wahl stand zu diesem Zeitpunkt nicht allen Zeitgenossen bereits so deutlich vor Augen. Aber in historischen Extremsituationen kann das Terrain des Politischen schnell so übersichtlich werden. Für die Demokratie oder gegen sie, für das Leben oder für den Tod, Menschlichkeit oder Unmenschlichkeit, Gut oder Böse – am Ende des Jahrzehnts hatten sich Gegensätze von einer Schärfe herauskristallisiert, die dem Alltagsgrau der Geschichte fremd ist. Während sich Versagen und Verfehlung, Erfolg und Errun-

genschaft ansonsten nur in feinen Abstufungen differenzieren lassen und die bessere Entscheidung meist nur das kleinere Übel darstellt, zog in diesen Jahren eine einzigartige Eindeutigkeit in die Weltpolitik ein. Dass die Demokratien im Zweiten Weltkrieg nicht auf die Hilfe Stalins verzichteten, ändert nichts daran; es zeugt nur von ihrem Realitäts-sinn.

Adolf Hitler ließ sich am 24. März 1933 durch das demokratische Instrument eines Ermächtigungsgesetzes als Gewaltherrscher inthronisieren. Schon zuvor war er daran gegangen, Opposition und Abweichung auszuschalten. Das Gesetz wurde nur noch von einem Teil der Gesetzgeber verabschiedet – die groteske Simulation eines demokratischen Gesetzgebungsverfahrens. Die nationalistischen, konservativen und militaristischen Kräfte, die das Bündnis mit ihm gesucht, und die bürgerlichen Kreise, die ihre Zustimmung dazu gegeben hatten, angeblich um einen Bürgerkrieg zu verhindern, hatten damit den Bürgerkrieg überhaupt erst ermöglicht, den die Nationalsozialisten nun gegen ihre Gegner entfesselten. In den Wahlen vom 5. März hatten Hitler und seine Koalitionspartner zum ersten Mal, unter unfairen Bedingungen, durch Behinderung der anderen Parteien, eine Mehrheit im Reichstag erhalten. Das war das Ende der liberalen und sozialen Demokratie in Deutschland. Es gab bis zum Kriegsbeginn noch immer rege Kontakte in alle Welt und Reste bürgerlichen Eigensinns; der Schüleraustausch mit England oder Frankreich hielt an, und während Hitler nach dem Münchener Abkommen die Schirmträger Chamberlain und Daladier verspottete, kamen in Berlin Abiturklassen mit Regenschirmen zum Unterricht.¹⁰⁵ Aber Deutschland hatte die zivilisierte Welt verlassen. *Finis Germaniae*, zwölf Jahre lang.

Am 4. März 1933, dem Tag vor Hitlers Wahlsieg, trat Franklin D. Roosevelt sein Amt als Präsident der Vereinigten Staaten an. Damit stand fest, dass die Zukunft der liberalen und sozialen Demokratie gesichert war. Jeder Argumentationsgang zur Geschichte der Demokratie gelangt irgendwann zu dieser Erkenntnis. Auch wer einer Betrachtungsweise abgeneigt ist, die Individuen – und in jenen Zeiten bedeutete das beinahe noch ausschließlich: Männer – in den Mittelpunkt rückt, muss anerkennen, dass damit Fakten geschaffen waren. Die stärkste Macht der Erde, gegen deren Wirtschaftskraft die aller anderen Nationen schon damals zwergenhaft und selbst die deutsche Kriegswirtschaft lächerlich anmutete, machte sich an diesem Tag die Sache der liberalen und sozialen Demokratie zu eigen. Allerdings ahnte noch niemand, wie schwer, langwierig und blutig der Weg werden würde, um diese Sache weltweit zu vertreten und zu verteidigen.

Roosevelt war nicht der Einzige. Die anderen Demokratien im europäisch-atlantisch-pazifischen Demokratiebogen entschlossen sich ebenfalls dazu, sowohl autoritäre Alternativen als auch althergebrachte Wirtschaftsrezepte auszu-schlagen und stattdessen die liberale und soziale Demokratie zu stärken. Der demokratische Wohlfahrtsstaat war ihre Antwort auf die Katastrophe des Kapitalismus. Mit großem Erfindungsreichtum wurden den nationalen Traditionen und Situationen angepasste demokratische Lösungen erprobt, um die große Krise zu überwinden. Im Rahmen der typischen Gemeinsamkeiten der liberalen und sozialen Demokratie wurden höchst individuelle Zuschnitte gefunden. Sehen wir uns drei Wege an – den amerikanischen, den britischen und den skandinavischen.

Über die soziale Demokratie in Amerika

Im Mai 1932 war im amerikanischen Senat der Satz zu hören: »Wenn dieses Land jemals einen Mussolini nötig hatte, dann jetzt.« Der republikanische Senator, der ihn aussprach, war zuvor als extremer Einwanderungsgegner bekannt geworden. Jetzt stand seine Stimme für die vieler anderer. Meinungseliten und Politiker teilten diese Auffassung: die amerikanische Demokratie am Abgrund; der Kongress überfordert und zu nichts anderem in der Lage, als Lobbyisten zu gefallen; Rufe nach einer Stärkung der Exekutive und einem entschlossenen Führer; Verhältnisse wie in der deutschen Republik. Der prominenteste protestantische Denker Amerikas, Reinhold Niebuhr, fürchtete 1933 um das Schicksal der amerikanischen Demokratie: »ein sterbender Kapitalismus steht unter dem Zwang, die Demokratie abzuschaffen oder einzuschränken«. Walter Lippmann, der bekannteste amerikanische Journalist und Autor jener Zeit, setzte seine Hoffnungen auf einen starken neuen Präsidenten. Roosevelt sollte wegen des wirtschaftlichen Notstands mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet werden; Lippmann verordnete der amerikanischen Republik »strong medicine«. Und selbst der Präsident deutete an, dass die Demokratie scheitern könnte.¹⁰⁶

Aber sie scheiterte nicht. Gerade weil ihr Überleben nicht für selbstverständlich gehalten wurde. Roosevelt gab den Amerikanern Hoffnung, vom ersten Tag im Amt an. Er beherrschte das Theater der Demokratie, die Bändigung des Pessimismus und die Entfesselung demokratischer Leidenschaften wie kaum ein anderer. Der große Reformers war auch ein Meister der Redekunst. Und es war in Wahrheit nicht die Angst vor einem »namenlosen«, unbestimmten Schrecken, der er den Krieg erklärte, sondern die ganz

konkrete Furcht vor Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Armut und Hunger. In dieser großen Krise des Kapitalismus sind zum letzten Mal in der westlichen Geschichte Menschen in wirtschaftlicher Not verhungert. Und der Präsident handelte im Einklang mit seinen Versprechen. Er verkündete den demokratischen Aufbruch nicht nur, er verwirklichte ihn durch ein Regierungsprogramm, das die Vereinigten Staaten grundlegend umgestaltete. Es war die dritte große Revolution des amerikanischen Staatswesens und seiner politischen Kultur seit der Unabhängigkeit, und diese Revolutionen Jeffersons, Lincolns und Roosevelts machten die Republik alle demokratischer: mehr Teilhabe, weniger Ausgrenzung, soziale Gerechtigkeit.

Roosevelts Revolution, der »New Deal«, vollzog sich in Gestalt des »state building«. Die amerikanische Regierung war zuvor viel zu klein und finanziell viel zu schwach ausgestattet gewesen, um mit den Problemen Schritt halten zu können. Das war Roosevelts Vorgänger Herbert Hoover zum Verhängnis geworden, dessen Regierung ökonomisch aktiv geworden war, aber letztlich nur ineffektive Initiativen zur Arbeitsbeschaffung unternommen hatte. Unter Roosevelt wuchs »innerhalb von nur sechs Jahren der Staatsdienst auf Bundesebene von 572000 auf 920000 Mitarbeiter an, und die Ausgaben verdoppelten sich, von 4,6 Milliarden Dollar auf 8,8 Milliarden, während eine Schar von ›Alphabet-Agenturen‹ und Regierungsprogrammen – AAA, CWA, PWA, REA, TVA, WPA, NRA, SEC, NLRB, FLSA, FHA, FSA und weitere – auf zuvor ungekannte Weise die Verantwortung für staatliche Arbeitsbeschaffung, staatliche Infrastrukturprojekte, Unterstützungszahlungen, Arbeitsmarktpolitik und die Regulierung des Kapitalismus übernahm.« Die neue Wirtschaftspolitik, die in die Rechte

der Unternehmer eingriff, wurde von führenden Repräsentanten des amerikanischen Kapitalismus befürwortet. Die Chamber of Commerce begrüßte die »Philosophie der geplanten Volkswirtschaft«. Es war keine antikapitalistische Revolution, die Roosevelt in Gang setzte, sondern eine Revolution zur Rettung von Demokratie und Kapitalismus. Soweit möglich, wurde dabei auf Kostenkontrolle und solide Finanzen nicht verzichtet. Und natürlich erkannte und ergriff Roosevelt auch die Gelegenheit, die Machtstellung seiner Demokratischen Partei auf diesem Wege dauerhaft zu stärken.¹⁰⁷

Demokratisches Experimentieren war Roosevelts Methode. Ideen lieferte sein »brain trust«, eine Art Denkfabrik oder Gesprächskreis sozialreformerischer Wissenschaftler, von denen viele in die neuen Regierungsbehörden strömten. Wirtschafts- und Sozialpolitik wurden nicht mehr voneinander getrennt. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stand im Mittelpunkt der Maßnahmen. Arbeitslosigkeit dramatischen Ausmaßes bedrohte überall die soziale Ordnung; in Amerika wurde sie zudem als Verrat am nationalen Traum vom Aufstieg und Wohlstand durch Arbeit und Anstrengung wahrgenommen. Dieser Traum war ja der Grund dafür, dass es die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen noch nicht gab, die andere Demokratien bereits errichtet hatten. Die Regierung entfaltete eine ungeheure Energie. Innerhalb von drei Jahren reduzierte sie die Arbeitslosigkeit auf unter zehn Prozent. Die Public Works Administration setzte 1933 ein groß angelegtes Infrastrukturprogramm in Gang, das mit seinen Brücken, Tunneln und Dämmen, Flughäfen, Bahnlinien und Straßen, Wohnsiedlungen, Schulen und Krankenhäusern dem heutigen Amerika sein Gesicht gab. Junge Männer ohne Ausbildung, die für die großen Projekte nicht

gebraucht wurden, fanden im Civilian Conservation Corps Beschäftigung. Insgesamt drei Millionen Männer legten so die Grundlagen des Naturschutzes und der Nationalparks – eine ökonomisch vielleicht ineffiziente, aber politisch kluge Maßnahme der sozialen Stabilisierung. Gewerkschaften erhielten das Recht auf kollektive Interessenvertretung, der Goldstandard wurde aufgegeben, privater Goldbesitz war in Dollar umzutauschen, die Börsenaufsicht wurde eingesetzt, Banken mussten das Geschäft mit Spareinlagen von der Spekulation mit riskanten Investitionen abtrennen. Kinderarbeit wurde verboten, ein Mindestlohn eingeführt. In der Tradition der sozialen Demokratie wurden Freihandel und Verbraucherschutz gestärkt. Das institutionelle Herzstück des »New Deal«, die National Recovery Administration, ordnete das Gefüge des Kapitalismus neu. Wirtschaftszweig um Wirtschaftszweig legten Gremien, die mit Vertretern der Industrie, der Gewerkschaften und der Verbraucher besetzt waren, mit riesigem partizipatorischen Aufwand Produktionsziele, Löhne und Preise fest. Dagegen erhob sich allerdings Widerstand, 1935 erklärte der Supreme Court die Machtfülle der Behörde für verfassungswidrig. Sie stellte ihren Betrieb ein, aber viele der Regelungen blieben erhalten. Die 1935 eingerichtete Works Progress Administration gab bis zu acht Millionen Menschen Arbeit, viele von ihnen ohne Ausbildung, nicht wenige Afroamerikaner. Diese Behörde verband Beschäftigung mit Hilfsleistungen; zahllose Gebäude und Verkehrswege besonders von lokaler Bedeutung entstanden auf diese Weise. Insgesamt berührten ihre Programme, direkt sowie über mitversorgte Angehörige und Anschlussjobs, das Leben von mehr als 50 Millionen amerikanischen Bürgern. Der Schwerpunkt der meisten Maßnahmen lag auf der Wirtschaftspolitik. Der

Social Security Act führte 1935 mit einer Arbeitslosen- und Rentenversicherung sozialpolitisch den Wohlfahrtsstaat ein. »Es gibt keine unsichtbare Hand. Es hat sie nie gegeben. Wenn uns die Depression das nicht gelehrt hat, dann sind wir unfähig, dazuzulernen«, erklärte Roosevelts wichtigster Ideengeber und Planer, der Ökonom Rexford Tugwell. Jetzt kam es darauf an, »die Vision einer Regierung zurückzugewinnen, die die Kräfte der wirtschaftlichen Desintegration bekämpfen und besiegen kann«. Integration, Stabilität, Gemeinwohl, Demokratie – das waren die Grundlagen und Ziele des »New Deal«.

Nicht eine dieser Maßnahmen kam auf undemokratische Weise zustande, und alle wurden um der Erhaltung der Demokratie willen betrieben. Die öffentliche Zustimmung war gewaltig. Die parlamentarische Seite des »New Deal« wird oft übersehen. Aber ohne den Kongress hätte Roosevelt nichts ausrichten können. Mit großen Mehrheiten stimmten die Abgeordneten und Senatoren einem Programm nach dem anderen zu. Dafür musste der Präsident einen Preis entrichten. Viele Initiativen der Regierung wurden abgeändert, um den Wünschen des Kongresses zu entsprechen. Faktisch hieß das: den Erwartungen der rassistischen Volksvertreter aus den Südstaaten, die die Ausschüsse des Kongresses kontrollierten. Roosevelt nahm Einschränkungen hin, die schwarze Amerikaner im Süden diskriminierten. Er betrachtete diesen Teil der Republik als eine rückständige Entwicklungszone, deren politische Kultur sich nicht gewaltsam ändern ließ, sich aber im Laufe der Zeit wandeln würde. Die Deals mit den Parteigrößen und Ausschussvorsitzenden aus dem Süden waren unverzichtbar für den »New Deal«, sie waren ein notwendiges Übel – das kleinere Übel angesichts der Möglichkeit, dass die Demokratie zu-

sammenbrach. Und es waren die Abgeordneten und Senatoren des Südens, die den Elan des »New Deal« in den späten dreißiger Jahren ins Stocken brachten, als dessen befreiende Wirkungen und wirtschaftliche Verbesserungen für die schwarzen Bürger immer deutlicher wurden. Die Kriegsgefahr in Europa führte dem demokratischen Wohlfahrtsstaat aber bald neue Energie zu, und der »New Deal« setzte sich bis in die fünfziger Jahre fort. Wenn man nicht so sehr die unmittelbaren ökonomischen Effekte in den Blick nimmt, sondern vor allem die politischen Leistungen – und das war seine Absicht, die Rettung der Demokratie und des demokratischen Kapitalismus –, dann war der »New Deal« von Anfang an ein grandioser Erfolg. Ganz nebenbei legte er noch die strukturellen Grundlagen für den wirtschaftlichen Boom, der dann während des Zweiten Weltkrieges einsetzte und Jahrzehnte andauerte.

Die demokratische Verknüpfung von Wirtschafts- und Sozialpolitik, die in der deutschen Demokratie schon in den zwanziger Jahren entworfen und teilweise in die Tat umgesetzt worden war, wurde nun in Amerika zum ersten Mal in großem Maßstab verwirklicht. Auch deutsche Emigranten, die in der Weimarer Republik im Wirtschaftsministerium oder im Statistischen Reichsamt Ideen eines demokratischen Kapitalismus entwickelt hatten, waren daran beteiligt. Die Vereinigten Staaten wurden in kürzester Zeit zur liberalen und sozialen Demokratie – sie holten schnell auf und überholten bald alle anderen Demokratien. Der »New Deal« hatte die »Ausübung aller Macht demokratischer« werden lassen, erklärte der wiedergewählte Präsident Roosevelt 1937, als er zum zweiten Mal sein Amt antrat. Sein wichtigstes Ziel sei gewesen, »die Demokratie aufrechtzuerhalten«. Der »New Deal« hatte Amerika »zur größten pro-

gressiven Demokratie in der modernen Welt« gemacht: Das war Roosevelts Bezeichnung für die liberale und soziale Demokratie. Mit dem »New Deal« war bewiesen worden, dass »Demokratien am besten in der Lage sind, die sich wandelnden Probleme der modernen Zivilisation zu bewältigen«.

In großen Reden, die zum besten gehören, wozu politische Rhetorik in Amerika fähig war, und in vielen kleinen Begegnungen, in Rundfunkansprachen und in seinen »fire-side chats«, die als Austausch privater Vertrautheit inszeniert waren, brachte der Präsident seine Botschaft von der Rettung der Demokratie unter die Bürger und warb für sein Vorgehen. Und so wurde nicht nur die amerikanische Demokratie belebt, sondern auch den Demokraten vieler Länder Mut eingeflößt: Die Demokratie war imstande, sich auch in größter Not selbst zu retten und zu stärken, sich zu reformieren und neu zu erfinden. Das galt nicht nur für die Präsidialdemokratie Amerikas, wo der Präsident im Mittelpunkt stand und sich immer direkt an das Volk wenden konnte. Parlamentarische Demokratien waren fähig, ähnliche Wege einzuschlagen: Die transnationale Geschichte des »New Deal« – als eine Geschichte der Demokratie – ist noch zu wenig erschlossen. Aber die Inspiration durch den »New Deal« für die Entwicklung der liberalen und sozialen Demokratie in Frankreich und Belgien, in Skandinavien und Großbritannien, in Kanada und Neuseeland steht außer Frage.

Socialism by the Back Door

Angesichts der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland wird die politische Misere Großbritanniens in den dreißiger Jahren aus deutscher Perspektive immer wie-

der unterschätzt. Aus der Krise des Kapitalismus wurde auch in Großbritannien eine politische Krise der Demokratie. Aber das Land hatte im Unglück das Glück, sich schon seit den zwanziger Jahren in einer katastrophalen ökonomischen Lage zu befinden, aus der es nie mehr richtig herausgefunden hatte. Das schwächte die Gewalt der großen Krise ab. Die Unterstützung der Arbeitslosen war bereits erprobt und galt als unantastbar. Zweifel an der Zukunftsfähigkeit der Demokratie waren dennoch verbreitet. Leonard Woolf, der im einleitenden Kapitel zitiert wurde, war einer von vielen britischen Intellektuellen, die mit dem Untergang der Demokratie rechneten. Die demokratische politische Kultur, zuvor so lebendig und mit Sorgfalt gepflegt, erschien plötzlich fragil.¹⁰⁸

Die britischen Faschisten, die in der Krise erstarkten, waren nicht ungefährlich, und sie stießen auch in den höchsten Gesellschaftskreisen auf Sympathie. »Was immer der Grund dafür war, dass sich der Faschismus in der Zwischenkriegszeit in Großbritannien nicht zu einer Massenbewegung auswuchs, die Erklärung dafür ist nicht zuerst in der britischen politischen Kultur zu finden«, betont Martin Pugh, einer der wichtigsten britischen Historiker, die über diese Epoche arbeiten. Im Zeitraffer liest sich die politische Geschichte der großen Krise in Großbritannien so: »Das grundlegende Hindernis lag für die Faschisten darin, dass die wirtschaftliche Depression sich in Grenzen hielt und die materiellen Bedingungen sich für die meisten Menschen bereits in den dreißiger Jahren verbesserten. Das zwang den Faschismus dazu, sich auf begrenzte Segmente der Gesellschaft zu konzentrieren [...]. Aber das Scheitern des Faschismus ist zum Teil auch auf Zeit und Zufälle zurückzuführen. 1926 hätte ein länger anhaltender Generalstreik die

Regierung Baldwin stürzen und die Gelegenheit schaffen können, auf die die Faschisten warteten. Die Krise von 1931, die zur Bildung der Nationalen Regierung führte« – einer Mehrparteienregierung zur Krisenbekämpfung –, »kam zu einem Zeitpunkt, in dem keine starke faschistische Alternative existierte. Als Oswald Mosley«, ein ehemaliger Sozialist und dann Führer der größten faschistischen Partei, »im Herbst 1932 die bei Weitem massivste und am meisten Zustimmung findende Bedrohung schuf, kam er etwas zu spät, um noch das parlamentarische System in seinem schwächsten Augenblick zu erwischen. Danach wartete Mosley immer auf eine neue Wirtschaftskrise, die nicht eintrat, bis schließlich der Krieg die Vollbeschäftigung wiederherstellte. Die Abdankungskrise 1936« – Eduard VIII., der für einige Monate König war und Bewunderung für Hitler hegte, wollte die Amerikanerin Wallis Simpson heiraten – »zeigte, wie verwundbar die Verfassungsordnung Großbritanniens war; aber wieder entriss der Zufall Mosley diese Möglichkeit, als der König plötzlich zurücktrat.«

Auf den König kam es durchaus an: »Die britische Monarchie diente in der Tat als ein Sicherheitsventil für extrem nationalistische und antidemokratische Stimmungen, indem sie diese, die ansonsten von den Kräften der Rechten hätten mobilisiert werden können, aus dem Bereich der Politik ableitete. Eine im Volk beliebte Monarchie begrenzte den Spielraum für einen charismatischen Führer von dem Schlag, wie ihn die faschistischen Bewegungen für notwendig hielten.« Der Monarch als Identifikationsfigur trug zur Integration der Gesellschaft bei. 1931 war das Entscheidungsjahr. Auf den ersten radikalen Akt zur Rettung der Demokratie in diesem Jahr hatte König Georg V. erheblichen Einfluss. Im Streit über die Krisenbekämpfung brach, ähnlich wie in

Deutschland die Große Koalition, die Labour-Regierung zusammen. Eine Initiative des Königs führte im schlimmsten Augenblick der Wirtschaftskrise zur Bildung des National Government. »Die Nationale Regierung war *seine* Regierung in einer Weise, wie es von keiner anderen Regierung gesagt werden konnte.«¹⁰⁹

Wie zuvor in existenziellen Krisen und großen Kriegen wurde eine Koalitionsregierung eingesetzt. Diese Regierung der nationalen Einheit bestand aus dem sozialistischen Premierminister Ramsay MacDonald und einem Teil der Labour-Abgeordneten, die daraufhin aus der Partei ausgeschlossen wurden, sowie den Liberalen und den Konservativen. Stanley Baldwin, Premierminister und Förderer einer demokratischen Kultur in den zwanziger Jahren, war der starke Mann im Hintergrund und wurde 1935 zum dritten und letzten Mal Regierungschef. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges kannte Großbritannien nur noch nationale Koalitionsregierungen; die Krise wurde also nicht unterschätzt. Die Nationale Regierung, die bei den Wahlen 1931 eine große Mehrheit errang, setzte einige erstaunliche Entscheidungen durch. Die Arbeitslosenhilfe wurde nicht gekürzt oder ausgesetzt, wie es Sparpolitikern hätte einfallen können, sondern mitten in der Krise erhöht, um das Existenzminimum zu garantieren. Es gab Bedürfnisprüfungen, aber jeder erhielt nun, was er brauchte, und nicht mehr nur, was er in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hatte. Dieser Schritt reduzierte den Druck im politischen System. Dass die britische Regierung nicht frühzeitig zu großangelegten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen griff, hatte auch damit zu tun, dass es eine einigermaßen großzügige und funktionierende Arbeitslosenversorgung gab.¹¹⁰

Der Goldstandard wurde 1931 aufgegeben. Dadurch

konnte das britische Pfund abgewertet werden. Exporte wurden erleichtert, billige Importe verhindert, die Industrieproduktion stabilisiert. Im Jahr darauf wurden Schutzzölle eingeführt, die dem Handel innerhalb des britischen Empire Vorteile verschafften und einen globalen britischen Wirtschaftsraum schufen. Das klingt einleuchtend, aber beide Schritte waren eine Revolution. Zur Bewältigung der großen Krise gab das Vereinigte Königreich zwei seiner ältesten Grundsätze auf. Freihandel und Währungsstabilität waren hehre Prinzipien, für die das Land, das Empire und die Londoner City, das Zentrum der internationalen Finanzmärkte, seit Langem gestanden hatten. Es waren für die Briten Schritte von solcher Radikalität, dass sie sich heute und aus deutscher Sicht nur mit einer Abschaffung des Euro vergleichen ließen oder mit einer Abschottung der Europäischen Union vom Welthandel. Alte Orthodoxien landeten auf dem Müllhaufen der Geschichte, neue Möglichkeiten des Denkens öffneten sich. Viele Nationen folgten dem britischen Vorbild, nicht nur im eigenen Wirtschaftsraum. Schweden und Norwegen gehörten dazu.

Und dann ging es in Großbritannien richtig los: Planungsdebatten wurden geführt, eine neue Wirtschaftspolitik entworfen. Im Schatten eines Krisenmanagements, das sich letztlich als klug herausstellte, wandelte sich völlig der Rahmen der politischen Diskussion. Die radikalen Stimmen der Gewerkschaften und der Industriellen verstummten, sowohl die Planwirtschaftler als auch die *laissez-faire*-Kapitalisten hatten ausgedient. Der keynesianische Mittelweg der Wirtschaftspolitik – begrenzte Planung und Regulierung der Ökonomie im demokratischen Kapitalismus mit dem Ziel der Vollbeschäftigung und sozialen Stabilität – wurde zum weltweit bewunderten und imitierten neuen Marken-

zeichen der britischen Politik. Die Labour Party wurde in die politische Elite aufgenommen und, nach glückloseren früheren Versuchen des Regierens, auf ihre künftige Rolle als bestimmende Partei vorbereitet. Die Konservativen stellten sich den Problemen der Arbeiter und wurden zur klassenübergreifenden Volkspartei. Der wohlfahrtsstaatliche Konsens, der sich schon in den zwanziger Jahren angedeutet hatte, etablierte sich. Eine lange Zeit tonangebende Deutung der britischen Zwischenkriegszeit spricht von »socialism by the back door«. Später war vom »Butskellism« die Rede, von der Verschmelzung des Denkens von Rab Butler, einem Konservativen, und Hugh Gaitskell, einem Sozialisten, in der Idee des demokratischen Wohlfahrtsstaates. Demokratie und Wohlfahrtsstaat gehörten zusammen, diese Einsicht setzte sich in den dreißiger Jahren endgültig durch. Die Bürger hatten nun ein Recht auf Wohlfahrt, seit 1938 auch ein Recht auf Freizeit. Die Vorstellung einer Demokratie, die mitten in der Gesellschaft verankert war, verbreitete sich. Überall war von Demokratisierung die Rede; davon, dass die individuellen Freiheiten durch die Umgestaltung der Wirtschaft geschützt wurden. Die große Krise wurde als Chance zur Vitalisierung der demokratischen Kultur genutzt.¹¹¹

Von Harold Macmillan, nach dem Zweiten Weltkrieg konservativer Premierminister und als »Supermac« gefeiert, stammt ein bemerkenswertes Zeugnis der demokratischen Dynamik, die die wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen antrieb. Der konservative Intellektuelle und Politiker veröffentlichte 1938 sein Buch »The Middle Way – A Study of the Problem of Social and Economic Progress in a Free and Democratic Society«. Der Titel brachte das Anliegen auf den Punkt: Wirtschaftswachstum, Wohlfahrtsstaat und

Demokratie waren unauflöslich miteinander verwoben. Industriepolitik und Verbraucherschutz, Sozialleistungen und Mindestlohn, Bankenregulierung und Staatsbetriebe, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Recht auf wirtschaftliche Sicherheit – der »radikale Tory« Macmillan entfaltete das ganze Tableau der demokratischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Und er ließ keinen Zweifel daran, worum es dabei ging: um die »größtmögliche individuelle Freiheit«. Aus diesem Grund war es »von entscheidender Bedeutung, die Demokratie neu zu beleben und diese wesentlichen Umstellungen unserer ökonomischen und sozialen Organisation durchzuführen, ohne die Freiheit zu opfern, die der wahre Zweck ist, dem die wirtschaftlichen Maßnahmen dienen. Aber Freiheit und Armut können nicht zusammenleben. Nur in dem Maße, in dem die Armut beseitigt wird, kann auch die Freiheit vergrößert werden.«¹¹² Das war das Programm der liberalen und sozialen Demokratie, zu der das Vereinigte Königreich geworden war.

Kuhhandel im demokratischen Kapitalismus

1933 war auch für die Demokratie in Skandinavien ein Schlüsseljahr. Wobei Skandinavien natürlich eine Abstraktion ist: Schon zwischen Dänemark, Norwegen und Schweden bestanden erhebliche Unterschiede, von Finnland und Island überhaupt nicht zu reden. Aber für unsere Zwecke genügt es, von den skandinavischen Demokratien zu sprechen. Dass sich diese auf den Weg zum demokratischen Wohlfahrtsstaat begaben, erscheint unspektakulär, geradezu selbstverständlich. Skandinavien und der demokratische Wohlfahrtsstaat sind in der Vorstellung vieler Menschen längst gleichbedeutend geworden. Wenn der Wohlfahrtsstaat ein goldenes Zeitalter erlebte, dann in Skandinavien,

und wenn er irgendwo noch immer funktioniert, dann dort. Aber so kann uns die Gegenwart über die Geschichte täuschen. Selbstverständlich war diese Entwicklung nicht, und zur wohlfahrtsstaatlichen Avantgarde gehörten die Skandinavien nicht von Anfang an. Deutschland und Großbritannien waren im frühen 20. Jahrhundert die Nationen, auf die die Sozialreformer aller Länder blickten. Und auch später ließen sich etwa die Politiker, die den schwedischen Wohlfahrtsstaat aufbauten und ausbauten, andernorts inspirieren – Ernst Wigforss, sozialdemokratischer Intellektueller und Finanzminister von 1932 bis 1949, durch den britischen Liberalismus oder der junge Olof Palme durch Roosevelt und den »New Deal«.

1933 war das Jahr, in dem sowohl in Dänemark als auch in Schweden die Weichen gestellt wurden für die erstaunliche Entwicklung, die Skandinavien zum globalen Sehnsuchtsort der Sozialpolitik machte. Das Arrangement wurde gefunden, das die jahrzehntelange sozialdemokratische Hegemonie einleitete, die eigentlich eine Vorherrschaft sozialliberaler Ideen über Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft war. Es war nicht nur das Werk und die Wirkung der drei großen, handlungsfreudigen Sozialdemokraten – Hjalmar Branting, der bis zu seinem Tod 1925 Arbeiterbewegung, konservatives Bürgertum und Krone in Schweden miteinander versöhnt hatte; Per Albin Hansson, von 1932 bis 1946 der zweite sozialdemokratische Ministerpräsident Schwedens; Thorvald Stauning, Ministerpräsident Dänemarks von 1924 bis 1926 und von 1929 bis zu seinem Tod 1942. Genauso trugen ihre bürgerlichen und bäuerlichen, industriellen und intellektuellen Gesprächs-, Verhandlungs- und Regierungspartner dazu bei. Ohne deren Mitwirkung hätte sich die liberale und soziale Demokratie in beiden

Ländern nicht so zügig ausbauen lassen. Arvid Lindman, der aus der schwedischen Rechten seit der Jahrhundertwende eine moderne liberal-konservative, demokratische Partei formte und zweimal das Amt des Ministerpräsidenten bekleidete, nahm dabei eine herausragende Rolle ein.

Die große Tat von 1933 war das auf Dauer geschlossene Bündnis zwischen den Sozialdemokraten und den agrarisch geprägten liberalen Parteien. In Schweden sprach man vom »Kuhhandel«. Damit war eine stabile Grundlage für die liberale und soziale Demokratie gelegt. Die Ideen von Liberalismus und Sozialdemokratie, individueller Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Integration, politischer Partizipation und sozialer Gerechtigkeit trieben diese Politik gleichermaßen voran. Von der einseitigen Dominanz eines sozialdemokratischen Kollektivismus war weder in der dänischen noch in der schwedischen Geschichte der Krisenjahre etwas zu erkennen, und auch nicht in Norwegen, wo 1935 ein ähnlicher Ausgleich getroffen wurde. Aber die Debatten und Reformen der zwanziger Jahre, auf die im vierten Kapitel eingegangen wurde, hatten diese Umbrüche bereits vorbereitet. So war es möglich geworden, dass in der großen Krise demokratische Lösungen gefunden und von allen gesellschaftlichen Kräften gebilligt wurden.

Das zeigt sich deutlich am Übergang zu einem demokratischen Kapitalismus mit starken korporatistischen Elementen in den dreißiger Jahren. Die starke Stellung des Staates innerhalb der Wirtschaftsordnung, seine Absprachen mit den Großorganisationen der Arbeiterbewegung, der Landwirte und der Industrie, die faktische Verstaatlichung der Agrarproduktion, schließlich die Sozialpartnerschaft von Arbeitnehmern und Arbeitgebern – in Schweden war all das in Grundzügen bereits im Juni 1932 eingerichtet

worden, ehe die Sozialdemokraten zunächst mit einer Minderheitsregierung und ab 1933 im Bündnis mit den Sozial-Liberalen die Macht übernahmen. Die Sozialdemokraten übertrugen dann auf den Arbeitsmarkt die Ansätze, die für den Agrarmarkt bereits Geltung hatten. »Die Krise hatte dem Land das Messer an die Kehle gesetzt. Wie ein konservativer Politiker erklärte: ›Die bestehende Wirtschaftselite stand einer Bedrohung ihrer Existenz gegenüber‹, und darum war man bereit, ›seine wesentlichen Vorbehalte ein wenig zu überdenken‹.« Die Kompromissbereitschaft war über die Jahre gewachsen. Die skandinavischen Demokratien hatten seit den zwanziger Jahren mit starken antiparlamentarischen Strömungen und faschistischen Gruppen zu kämpfen. Von der Verwundbarkeit der Demokratie war die Rede. Die dänischen Sozialdemokraten plakatierten den Slogan »Stauning oder das Chaos«; und Dänemark verfügte über eine stabilere politische Ordnung als seine Nachbarn. Von 1920 bis 1932 lösten in Schweden zwölf Ministerpräsidenten einander ab. Aber liberal-individualistische Überzeugungen, wie sie der Parteivorsitzende Lindman dem schwedischen Konservatismus eingepflanzt hatte, hielten antidemokratische Sympathien bei den Rechtsparteien in Schach. »Schwedens Liberale trieben nach links und wurden mehr oder minder eins mit den moderaten Sozialdemokraten, während Lindmans Konservative das Erbe der Liberalen antraten.«¹¹³

Trotz gesellschaftlicher Konflikte und industrieller Arbeitskämpfe, die an Schärfe denen in der Weimarer Republik in nichts nachstanden und sogar zu Toten geführt hatten, kam es unter den politischen Parteien seit den zwanziger Jahren zu Grundverständigungen, die ein von Konsens und Kooperation getragenes Regieren in der großen Krise

möglich machten. Und das war im Wesentlichen die Wirkung von demokratischen Parteiführern und Intellektuellen, die sich dafür einsetzten, auch gegen Widerstände und Misstrauen im eigenen Lager. Über allen Gegensätzen, die die Demokratie auszeichnete und aushalten musste, gab es immer noch ein Gemeinwohl, ohne das die Demokratie nicht bestehen konnte. Ob Konservative, Liberale oder Sozialdemokraten – die Überzeugung, dass ein allgemeines Interesse über den Sonderinteressen der gesellschaftlichen Gruppen stand, war das Kennzeichen skandinavischer Demokraten in der Zwischenkriegszeit. Und als ein großer Teil der Gesellschaft, die Arbeiter und die Bauern, sich in größter Not befand, war darum das Gemeinwohl, die Grundlage des Gemeinwesens, bedroht. Der politische »Kuhhandel«, die parlamentarischen Debatten und Kommissionen sowie die korporatistischen Kompromisse, bestimmten das Allgemeininteresse, und eine professionelle, auf ihr Amtsethos stolze Beamtenschaft setzte es im staatlichen Zuständigkeitsbereich um, in Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Interessenorganisationen, die über große Macht und Eigenständigkeit in ihren jeweiligen Gebieten verfügten.

Als die große Krise ausbrach, übernahmen die sozialdemokratischen Parteien die Aufgabe der nationalen und sozialen Integration, das alte Projekt des skandinavischen Bürgertums. Die Arbeiterbewegung wollte keine andere Ordnung mehr, sondern einen demokratischen Kapitalismus, der besser funktionierte als der Kapitalismus der zwanziger Jahre und dauerhaft für Wohlstand sorgte. Soziale Absicherung einerseits und eine neue Wirtschaftspolitik andererseits führten auch in Skandinavien zu einer erfolgreichen Krisenbekämpfung. Dänemark setzte 1933 in großem Maßstab Infrastrukturprojekte in Gang, Lohnsen-

kungen wurden vermieden und die Löhne gesichert, die Rechte der Arbeitnehmer gestärkt und die Sozialversicherungen erweitert. Protektionistische Maßnahmen, wie sie in der großen Krise selbst in Großbritannien üblich geworden waren, und Subventionen erleichterten die Lage in der Landwirtschaft, einer der größten Produktionszweige und Arbeitgeber des Landes. Die dänische Krone wurde abgewertet. Zugleich nahm in der Krise das Pathos der Demokratie zu. Hartvig Frisch, der uns bereits im vierten Kapitel begegnet ist, veröffentlichte 1933 sein Buch »Pest über Europa«, das die Demokratie gegen jede Form der Diktatur verteidigte und für das Ideal einer »nordischen Demokratie«, einer liberalen und sozialen Demokratie eintrat. Auch die Kommunisten und selbst die extremen Rechten fühlten sich zeitweilig verpflichtet, die Sprache der Demokratie zu übernehmen und für sich zu reklamieren.

Die sozialen Versorgungssysteme wurden auch in Schweden ausgebaut. Das Land erhielt nun eine Arbeitslosenversicherung. Aber die Wirtschaftspolitik fand die Lösung, die aus der großen Krise herausführte. Der neue Finanzminister Wigforss entwarf 1932 ein Gegenprogramm zum vorherrschenden Dogma des Sparens und des Haushaltsausgleichs. Ökonomen der »Stockholmer Schule« lieferten ihm theoretische Argumente. Weil die Finanzierung der Infrastrukturprojekte, die zur Linderung der Arbeitslosigkeit aufgenommen wurden, nicht über allzu exzessive Schuldenaufnahme erfolgen sollte, wählte die Regierung eine neue Strategie: Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurden gezielt mit einer Stärkung der Kaufkraft verbunden. Es wurden hohe Löhne gezahlt, wie sie zuvor der freie Arbeitsmarkt gezahlt hatte. Die Rechnung ging auf. Die Arbeitslosigkeit sank, die Verschuldung hielt sich in Grenzen, und der Le-

bensstandard stieg. Schweden schlug den Weg zur Konsumentendemokratie ein. Die liberale und soziale Demokratie bewies ihren Erfindungsreichtum und ihre Entschlossenheit. Aus den Ansätzen der zwanziger Jahre wurde in der Krise durch kluges Krisenmanagement ein voll entwickelter demokratischer Wohlfahrtsstaat. Die Jahre von 1937 bis 1939 erwiesen sich als »Erntezeit für eine ganze Reihe sozialer Reformen, die zuvor für die meisten nur Zukunftsträume gewesen waren«, erklärte Hansson. »1937 wurde der Boden gelockert, als eine Erweiterung der Rentengesetze die Renten an die Lebenshaltungskosten knüpfte, als Kindergeld, Müttergeld und Mutterschutz, weitreichende Verbesserungen in der Vorsorge und Versorgung bei Müttern und Kindern sowie ein Programm für Wohnkredite eingeführt wurden. Die Regelungen für die landwirtschaftliche Arbeit wurden verbessert. 1938 erhielten wir den gesetzlichen Anspruch auf Urlaub, nationale zahnmedizinische Versorgung und eine bessere Krankenversicherung. 1939 kam eine weitere Beschränkung der Arbeitszeit, und für Rentner wurden Wohnungen gebaut.«¹¹⁴

Aber es wäre auch in Schweden zu kurz gegriffen, sich auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu beschränken und die politische Kultur zu ignorieren. Die Demokratie wurde nicht nur institutionell gesichert und auf eine wohlfahrtsstaatliche Grundlage gestellt. Sie wurde zur Leitidee, die die Gesellschaft zusammenhielt. Hansson reiste durch das Land und warb für die Demokratie als Lebensform, für den demokratischen Alltag, für eine demokratische Moral, eine demokratische Gefühls- und Gedankenwelt. Demokratie wurde zum Schlüsselbegriff seiner Reden. Im Gestus des Landesvaters erwartete er Loyalität und Solidarität und versprach dafür immer größere Mitbestimmung. Bürgertum

und Bauern, Arbeiter und Studenten – alle sollten sich als Bürger ihrer Demokratie begreifen. Selbst-Erziehung und Selbst-Bildung waren die Grundlage. Die Demokratie war kein Mittel mehr, sondern der politische Zweck, die Lebensweise der Bürger. Für diese Vision prägte Hansson den Begriff des »Volksheims« (*Folkhemmet*), der auf ältere Traditionen einer solidarischen nationalen Gemeinschaft anspielte, nun aber die Idee einer demokratischen Bürgergemeinschaft und ganz buchstäblich einer Demokratie von Eigenheimbesitzern ausdrückte. Das »Volksheim« war, in einem Wort, die liberale und soziale Demokratie Schwedens.

Überlebensstrategien von Demokratien

Ob die Demokratie auch Katastrophen überleben konnte, ob sie wirklich krisenfest war und nicht nur eine Schönwetter-Staats- und Lebensform, war für viele damals eine offene Frage. In Deutschland gab es, bedingt durch die Kriegsniederlage, die Abschaffung der Monarchie und den Versailler Vertrag, befördert durch die Agitation der Extremisten und die Verantwortungslosigkeit der Regierenden in der Krise, mehr Gegner der Demokratie als in den anderen großen Demokratien. Aber Zweifel waren in allen Demokratien verbreitet und antidemokratische Ressentiments überall anzutreffen. Und eine Generation der wirtschaftlichen Prosperität hätte wohl genügt, um alle Deutschen für die Demokratie zu gewinnen – wovon Julius Hirsch überzeugt war, einer der Strategen der demokratischen Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Weimarer Republik. Dass es dazu nicht kam, entschied sich in den Jahren der großen Krise. Das Krisenmanagement der deutschen Regierung wich fundamental von dem der anderen liberalen und sozia-

len Demokratien ab. Lassen sich, bei allen nationalen Unterschieden, Gemeinsamkeiten im politischen Handeln, in den Überlebensstrategien all dieser anderen Demokratien erkennen?

So beliebt Schematisierungen sind, so sehr können sie in die Irre führen und den vielleicht entscheidenden Punkt übersehen lassen, der nicht im Typischen, sondern im Individuellen, Zufälligen liegt. Aber überall außer in Deutschland fallen drei Merkmale im Handlungsmuster der demokratischen Politik in den dreißiger Jahren auf: *erstens* soziale Stabilisierung durch Sozialpolitik, die nicht dem Sparzwang zum Opfer fiel, sondern ausgeweitet und zum demokratischen Wohlfahrtsstaat ausgebaut wurde; *zweitens* politische Integration durch demokratisches Pathos, durch Partizipation und Mobilisierung der Bürger, durch öffentliches Werben für ungewohnte Maßnahmen, durch ein neues Selbstverständnis der Demokratie; und *drittens* eine Wirtschaftspolitik, die intensiv in die ökonomische Struktur eingriff, um den demokratischen Kapitalismus zu retten, dabei konsensuale, korporatistische oder sozialpartnerschaftliche Wege beschritt und in großem Stil, ohne Rücksicht auf ökonomische Effizienz, staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einsetzte – was langfristig die Modernisierung der demokratischen Gesellschaften beschleunigte und die infrastrukturellen Grundlagen für den Wirtschaftsboom der kommenden Jahrzehnte legte.

Spät, unter dem Eindruck der Krise, beschritt diesen Weg auch Frankreich, das in diesem Essay weitgehend ausgeklammert wurde – aus dem einfachen Grund, dass dort die Schwelle zur liberalen und sozialen Demokratie nicht bereits unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg, sondern erst in den dreißiger Jahren überschritten wurde. Die alte

Demokratie Frankreich war lange Zeit zugleich eine der rückständigsten. Der französische Fall lässt sich in das Deutungsmuster, das auf den vorhergehenden Seiten skizziert wurde, nicht problemlos einordnen. Die Vorstellung einer autoritären Alternative fand dort mehr Anklang als in anderen Demokratien. Der rechte Putschversuch von 1934 war eindrücklich, und das Vichy-Regime, das mit den Nationalsozialisten kollaborierte, hatte auch ältere Wurzeln. »Gewiss verkenne ich nicht«, klagte Marc Bloch, »dass das Deutschland Hitlers Sympathien erweckte, wie sie das Deutschland Eberts nicht für sich beanspruchen konnte.« Und auch, dass sich, »begünstigt durch die wirtschaftliche Tragödie«, die Bourgeoisie »immer weiter vom Volk« entfernte und von der Demokratie. Eine politische Kultur der demokratischen Bildung, wie sie in anderen Demokratien nach dem Ersten Weltkrieg gepflegt wurde, fehlte in Frankreich: »Das war sicher die große Schwäche unseres angeblich demokratischen Systems und das schlimmste Vergehen unserer angeblichen Demokraten.« Aber das sind komplexe und delikate Fragen, die hier nicht berührt werden können. Ungeachtet dessen leisteten in den dreißiger Jahren die Volksfront-Regierung unter Léon Blum und danach die Regierung von Édouard Daladier Energisches, um in der großen Krise, die auch Frankreich zutiefst erschütterte, die Demokratie zu reformieren und zu befestigen. Roosevelts »New Deal« und die Wirtschaftspolitik Großbritanniens dienten als Vorbild bei der Entwicklung Frankreichs zur liberalen und sozialen Demokratie. Was diese französischen Regierungen geschaffen hatten, brach 1940 unter dem Angriff der deutschen Truppen zusammen.¹¹⁵

Anzumerken bleibt noch einmal, dass von einer »entfernten Verwandtschaft« der Demokratien und der Diktatu-

ren in den dreißiger Jahren nicht im Entferntesten die Rede sein kann. Wie verfehlt diese populäre These in jeder Hinsicht ist, hat bereits das dritte Kapitel über die Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg gezeigt. Ob in den institutionellen Details, bei den Ideen und Intentionen der Handelnden oder im Hinblick auf die pluralistischen gesellschaftlichen Interessen, die in der Demokratie zum Ausgleich gebracht wurden – von zeittypischen Oberflächlichkeiten abgesehen, könnte die Kluft im historischen Vergleich auch in der Krisenbewältigung kaum größer sein.

Die Zeitgenossen haben viel klarer gesehen. Thomas Mann begab sich 1938 mit seinem Vortrag »Vom zukünftigen Sieg der Demokratie« auf eine Tournee durch die Vereinigten Staaten. Er brachte auf den Punkt, worum es im vorliegenden Essay geht. »Dass Demokratie heute kein gesichertes Gut, dass sie angefeindet, von innen und außen her schwer bedroht, dass sie wieder zum Problem geworden ist, das spürt auch Amerika. Es spürt, dass die Stunde gekommen ist für eine Selbstbesinnung der Demokratie, für ihre Wiedererinnerung, Wiedererörterung und Bewusstmachung – mit einem Wort: für ihre Erneuerung im Gedanken und Gefühl.« Was die Demokratie war, darüber bestand keine Begriffsverwirrung: »Man muss die Demokratie als diejenige Staats- und Gesellschaftsform bestimmen, welche vor jeder anderen inspiriert ist von dem Gefühl und Bewusstsein der Würde des Menschen.« Auf die totalitäre Simulation von Demokratie, diese »entartete Demokratie«, fiel niemand herein. »Demokratie und Faschismus wohnen gleichsam auf verschiedenen Sternen.« Die faschistische Vorspiegelung des Neuen, der Effizienz, der Vitalität klang hohl. Die Zukunft gehörte der Demokratie. »Das Neue in der Welt«, zitierte der Schriftsteller den belgischen Sozialde-

mokraten Émile Vandervelde, »das eigentlich und wirklich Neue in der Welt ist die soziale Demokratie.« Die Erneuerung im Gedanken und Gefühl, die Thomas Mann 1938 beschrieb und beschwor, war die »soziale Reform« der Demokratie; »im Ökonomischen wie im Geistigen« wurde sie »aus einer liberalen zur sozialen Demokratie«. ¹¹⁶ Diese liberale und soziale Demokratie bekämpfte und besiegte im Zweiten Weltkrieg ihre Gegner und erlebte danach ihr goldenes Zeitalter.

VII Fragilität und Stabilität

Lassen sich aus der Geschichte, die in diesem Essay erzählt wurde, Lehren ziehen? Die Geschichte hat als Lehrmeisterin schon lange ausgedient. Wenn *historia magistra vitae* heute noch eine Bedeutung hat, dann »nicht im Sinne der Wiederholung von Einzelereignissen, sondern im Sinne einer Prognostik, die Möglichkeitsspielräume von Ereignissen ausmisst«. ¹¹⁷ Die Geschichte ist geschehen; die Gegenwart steht vor ihren eigenen Herausforderungen. Nur mit einem Augenzwinkern lässt sich vom »Lernen aus der Geschichte« sprechen. Aber vielleicht sind in diesem Sinne aus den Lebensversuchen moderner Demokratien nach dem Ersten Weltkrieg einige Einsichten zu gewinnen.

Demokratien sind unvermeidlich fragile Gebilde. Stabilität kann jederzeit in Instabilität umschlagen. In der massendemokratischen Moderne, die nach dem Ersten Weltkrieg begann, funktionierte Demokratie auf Dauer stets nur als liberale *und* soziale Demokratie. Politische Teilhabe, wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Gerechtigkeit waren die Grundlagen ihrer Stabilität. Der demokratische Wohlfahrtsstaat war die große zivilisatorische Leistung des 20. Jahrhunderts. Unmäßige soziale und ökonomische Ungleichheit war unvereinbar mit der Demokratie. Erst eine gewisse soziale Sicherheit ermöglichte den Optimismus, ohne den Demokratien schwere Zeiten nicht überstehen konnten.

Institutionen waren dabei nicht alles. Auf die demokratische Kultur, Zivilität, »Sittlichkeit« kam es ebenfalls an, auf gelebte Demokratie, auf einen Sinn für Gemeinwohl

und soziale Verantwortung, für Zusammenhalt und Integration. Das alles ließ sich nicht sicherstellen, es konnte aber durch Vorbild und Sorge, durch Bildung und Erziehung gefördert und gestärkt werden – während es dem historischen Zufall überlassen blieb, ob in Krise und Not die richtigen Individuen an der Regierung waren. Als geeignete Regierende erwiesen sich diejenigen, die den Geist der Demokratie bekundeten, ihre Bürger an ihrem Vorgehen beteiligten und bei diesen für die notwendigen politischen Maßnahmen warben.

Wo immer sich Chancen der Zusammenarbeit boten oder andeuteten, ob im Innern zwischen sozialen Gruppen und Parteien, ob im Äußeren zwischen Staaten und Völkern, mussten diese ergriffen und genutzt werden.¹¹⁸ Das war das Prinzip der Demokratie. Ressentiments war niemals Raum zu geben; kluge demokratische Führung besiegte Furcht durch Hoffnung. Aber nichts durfte für selbstverständlich gehalten werden. Demokratien mussten sich ihrer ständigen Gefährdung auch in guten Zeiten bewusst bleiben. Unter allen Umständen galt es, ihr zivilisatorisches Minimum zu bewahren.

In existenziellen Krisen schließlich waren demokratische Selbstreflexion – das Nachdenken darüber, was Demokratie bedeutet und wie sie sich auch unter schwierigen Bedingungen verwirklichen lässt – und eine Entschlossenheit, die demokratischen Visionen folgte, Voraussetzungen erfolgreichen politischen Handelns. Politisches Vertrauen und sozialer Zusammenhalt zählten dann, nicht ökonomische Effizienz. Nicht verzagtes Festhalten an vertrauten Routinen, die ihre demokratische Legitimität verloren hatten, führte zur Bewältigung der Weltwirtschaftskrise, sondern jenes unkonventionelle Handeln, das sich am »Ge-

danken und Gefühl« der Demokratie (Thomas Mann) ausrichtete. Die große Krise bot die Möglichkeit, die Demokratie neu zu erfinden, sie stärker und besser zu machen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Tocqueville, *Demokratie*, Bd. 1, S. 196–198, 265–278; Runciman, *Confidence Trap*, S. 1–34.
- 2 Bloch, *Apologie*, S. 50.
- 3 Bloch, *Niederlage*, S. 198, 200, 202, 205.
- 4 Woolf, *Democracy*.
- 5 Vgl. Martin Wolf, *Financial Times* (FT), 3. 10. 2012, 20. 11. 2013; Lawrence Summers, FT, 16. 12. 2013, 6. 1. 2014; Chris Giles, FT, 16. 1. 2014.
- 6 Benjamin, *Passagen-Werk*, Bd. 1, S. 592.
- 7 Vgl. Ringen, *Nation*, S. 18f.; Castles, *Oxford Handbook*; Gideon Rachman, FT, 10. 12. 2013; John Gapper, FT, 24. 12. 2013.
- 8 Vgl. Admati/Hellwig, *Banker's New Clothes*; Backhouse/Bateman, *Revolutionary*, S. 139–159; Castles, *Oxford Handbook*; Hoppenstedt, *Colm*, S. 44f.; Rosanvallon, *Gesellschaft*, S. 249–299; Stedman Jones, *Masters*; Martin Wolf, FT, 5. 8. 2013.
- 9 Vgl. Barber, *Mayors*; Hacker/Pierson, *Winner-Take-All Politics*; Judt, *Land*; Mark Mazower, FT, 26. 10. 2013; Rosanvallon, *Gesellschaft*, S. 249–354.
- 10 Vgl. Mark Mazower, FT, 1. 3. 2013; Philip Stephens, FT, 10. 5. 2013; Aristides Hatzis, FT, 7. 11. 2013; Gideon Rachman, FT, 10. 12. 2013; Tony Barber, FT, 3. 1. 2014; Wirsching, *Preis*; zur *Effizienz der Demokratie*: Dahl, *Democracy*.
- 11 Vgl. Martin Wolf, FT, 22. 5. 2013; Randers, 2052; *Wissenschaftlicher Beirat, Welt im Wandel*; *Das System ist am Ende, aber das Leben geht weiter*. Interview mit Meinhard Miegel, in: FAZ, 11. 8. 2012.
- 12 Meier u. a., *Art. Demokratie*, S. 848–850, 869; vgl. Mager, *Art. Republik*; Dippel, *Art. Démocratie*; Palmer, *Notes*.
- 13 Tocqueville, *Demokratie*, Bd. 1, S. 470f., Bd. 2, S. 5, 461f.; vgl. ebd., Bd. 1, S. 334–337, 344–354.
- 14 Mager, *Art. Republik*, S. 630f. (Zitat Julius Fröbel), 633–639; vgl. Meier u. a., *Art. Demokratie*, S. 880–889; Nevers, *Reformism*; Freedon, *New Liberalism*.
- 15 Rosanvallon, *Gesellschaft*, S. 12, 25f., 42f. (Zitat Condorcet), 47–61, 63, 66; vgl. Rothschild, *Sentiments*.

- 16 Vgl. Böckenförde, Wissenschaft, S. 432–434.
- 17 Vgl. Rosanvallon, Gesellschaft, S. 19, 115–121, 165–167, 171–177, 191–194; Marshall, Citizenship.
- 18 Kirchheimer, Weimar, S. 15.
- 19 Hammer, Ausgaben, S. 171.
- 20 Nietzsche, Studienausgabe, Bd. 5, S. 317.
- 21 Vgl. Lethen, Verhaltenslehren.
- 22 Zu diesem Kapitel vgl. Fischer, Europe; Gusy, Demokratie; Hawley, Great War; Lehnert, Gemeinschaftsdenken; McElligott, Weimar Germany; McKibbin, Ideologies; ders., Classes; ders., Parties; Mazower, Kontinent; Peukert, Weimarer Republik; Pugh, »Blackshirts«; Raphael, Gewalt; Steiner, Lights; dies., Triumph; Münkler, Krieg.
- 23 Zum Folgenden vgl. MacMillan, Peacemakers; Tooze, Deluge.
- 24 Vgl. die gekürzte Neuausgabe, Keynes, Krieg, S. 130f., 134, 145.
- 25 Hirsch, Wirtschaftswissenschaft, S. 167.
- 26 Vgl. Boyce, Crisis; Petersson, Anarchie.
- 27 Vgl. Clark, Sleepwalkers; Emmerson, 1913; MacMillan, War; Torp, Herausforderung.
- 28 »So weit es Gesetze in der Geschichte giebt, sind die Gesetze nichts werth und ist die Geschichte nichts werth«, erklärte Nietzsche treffend; Studienausgabe, Bd. 1, S. 320.
- 29 Mann, Betrachtungen, S. 482, 374, 275, 264, 275, 376, 259, 489.
- 30 Preuß, Volk, S. 504.
- 31 Bruendel, Identität, S. 216, 222, 218, 224f.
- 32 Preuß, Volk, S. 502, 521.
- 33 Peter Stirk, zit. von Retallack, Obrigkeitsstaat, S. 129.
- 34 Mager, Art. Republik, S. 645, 643.
- 35 Vgl. Münkler, Krieg, S. 631–636.
- 36 Vgl. Llanque, Denken, S. 103–134; auch Groh, Staatsrechtslehrer; Lehnert, Preuß.
- 37 Vgl. Feldman, Army; Holtz/Spenkuch, Preußens Weg; Koselleck, Preußen.
- 38 Zum Folgenden vgl. Abelshausen, Korporatismus; Anderson, Democracy; Clark, Wilhelm II.; Hardtwig, Nationalismus, S. 191–218; ders., Kultur, S. 135–155; Hoffmann, Geselligkeit; Kühne, Kaiserreich; Müller/Torp, Kaiserreich; Nipperdey, Deutsche Geschichte.

- 39 Mager, Art. Republik, S. 642, 644.
- 40 Vgl. Blackburn/Eley, Peculiarities; Hardtwig, Nationalismus, S. 165–190.
- 41 Bloch, Apologie, S. 35.
- 42 Clive Cookson, The new physics, FT, 19. 10. 2013.
- 43 Mazower, Kontinent, S. 20.
- 44 Bloch, Niederlage, S. 211f.; vgl. etwa Mergel, Kultur.
- 45 Vgl. Ferguson, Paper; Geyer, Welt.
- 46 Vgl. Llanque, Diktatur; Rossiter, Dictatorship, S. 29–49; Lindseth, Paradox; kritischer ist Boldt, Artikel 48.
- 47 Wright, Stresemann, S. 257.
- 48 Vgl. Nickel, Politik.
- 49 Besson, Staatsführung, S. 89, 90f., 95, 97, 99, 103, 87.
- 50 Ebd., S. 94, 88, 92, 102
- 51 Vgl. Etzemüller, Ordnung; ders., Romantik.
- 52 Vgl. Herbert, Best; Wildt, Generation.
- 53 Smith, Liberalism, S. 178.
- 54 So lautet ein viel zitierter Buchtitel von Wolfgang Schivelbusch.
- 55 Vgl. van Middelaar, Passage.
- 56 Vgl. Raphael, Ordnungsmuster.
- 57 Schulz, Aufstieg, S. 14.
- 58 Vgl. Mergel, Dictatorship.
- 59 Vgl. Anders, Verfassungswirklichkeit.
- 60 Als Überblick vgl. Bernecker, Geschichte Spaniens; ders./Herbers, Geschichte Portugals; Casanova, Republic; Kössler, Kinder; Rey Reguillo/Ailvarez Tardão, Second Republic.
- 61 Zur Orientierung vgl. Bosworth, Dictatorship; de Grazia, Culture; Schieder, Diktaturen.
- 62 Gentile, Basis, S. 302f.; Schmitt, Wesen, S. 125f.
- 63 Vgl. Keane, Violence. Die Kolonien sind eine ganz andere Frage, eine ganz andere Welt, die in diesem Essay völlig ausgeklammert werden muss und deren adäquate Behandlung ein eigenes Buch und einen anderen Autor erfordern würde; vgl. demnächst: Walter, Imperialkrieg.
- 64 Heilbronner, Antisemitism, S. 18f.; die Literatur ist zu groß, um repräsentative Titel zu nennen, anregend sind neben vielen anderen Blasius, Weimars Ende; Falter, Hitlers Wähler; Jasper, Zähmung; Mergel, Kultur, S. 323–331, 428–456; ders., Schei-

- tern; Pyta, Hindenburg, S. 685–805; Weber, Sozialpartnerschaft, S. 963–972.
- 65 Für zeitgenössische Beispiele der demokratischen Vitalitäts-Rhetorik vgl. Katznelson, Fear, S. 6; Tingsten, Stability.
- 66 Vgl. Ringen, Nation, S. 116–183.
- 67 Zu seinen Leistungen vgl. Feldman, Disorder, S. 156, 203; Müller, Demokratie.
- 68 Verhandlungen, 64. Sitzung, 23. 7. 1919, S. 1843–1852. Alle Bauer-Zitate im Folgenden stammen daraus.
- 69 Meier u. a., Art. Demokratie, S. 878–880, 883.
- 70 Vgl. Hardtwig, Kulturgeschichte; ders., Ordnungen.
- 71 Ringen, Nation, S. 153f.
- 72 Dahl, Democracy, S. 157f.
- 73 Vgl. Westbrook, Dewey.
- 74 Vgl. Brandt, Arbeiterbewegung, S. 90f.; Lundberg/Åmark, Social Rights; Sejersted, Age; Berggren, Palme.
- 75 Vgl. Nevers, Reformism, S. 174f.
- 76 Baldwin, England, S. 149; vgl. Dietz, Neo-Tories; McCarthy, Parties; McKibbin, Parties; Pugh, »Blackshirts«; Williamson, Baldwin.
- 77 Vgl. Doering-Manteuffel, Weimar.
- 78 Mager, Art. Republik, S. 642f.
- 79 Vgl. Brandt, Arbeiterbewegung; ders., »Volksregierung«; Burk, War; Lundberg/Åmark, Social Rights; McKibbin, Ideologies, S. 208, 226f., 292f.; Sejersted, Age, S. 50–172; Worley, Labour.
- 80 Vgl. Hawley, Great War; Skowronek, American State.
- 81 Vgl. Finer, History of Government; Reinhard, Geschichte der Staatsgewalt.
- 82 Rosanvallon, Gesellschaft, S. 198–203, 218–222.
- 83 Keynes, Liberalism and Labour, S. 311; vgl. Jackson, Equality, S. 117–147.
- 84 Vgl. Hockerts, Sozialstaat, S. 325–358; Ritter, Sozialstaat.
- 85 Vgl. Doering-Manteuffel, »Soziale Demokratie«.
- 86 Backhouse/Bateman, Revolutionary, S. 19, 56, 60, 62, 74.
- 87 Keynes, Possibilities, S. 325f., 328f., 330f.
- 88 Keynes, Ende des Laissez-Faire.
- 89 Backhouse/Bateman, Revolutionary, S. 27; vgl. Tooze, Statistics; Müller, Demokratie.

- 90 Vgl. Alchon, Hand; Boyce, Capitalism; Brick, Capitalism; Hawley, Great War, S. 47–96; Jackson, Equality; Middlemas, Politics; Reagan, America; Ritschel, Politics; Smith, Liberalism.
- 91 Bonn, Schicksal; vgl. Hacke, Bonn.
- 92 Vgl. Hirsch, Wirtschaftswunder; Müller, Demokratie; zur amerikanischen Vision: Prasad, Land.
- 93 Vgl. Brandt, Arbeiterbewegung, S. 90f., 95; Nevers, Reformism, S. 175–177; Sejersted, Age, S. 21, 122–172.
- 94 Heller, Demokratie, S. 427f., 430f.
- 95 Vgl. Abelshauer, Weimarer Republik; Metzler, Sozialstaat, S. 88, 94, 96f.
- 96 Vgl. Weber, Sozialpartnerschaft; Hardtwig, Geschichtskultur, S. 313–355.
- 97 Krieger, Idea, S. 556; vgl. Brandt, »Volksregierung«, S. 274–276; Gräser, Wohlfahrtsgesellschaft; Lundberg/Åmark, Social Rights, S. 157–164; Rodgers, Crossings; Sejersted, Age, S. 99–121.
- 98 Keynes, General Theory, S. 161f.; Backhouse/Bateman, Revolutionary, S. 95, 98; Zahlen und einen konzisen Überblick bietet Clavin, Great Depression.
- 99 Vgl. Brecht, Auflösung, S. 298.
- 100 Vgl. Tooze, Statistics, S. 153–161, 166–171; ders., Ökonomie, S. 39–42.
- 101 Friedrich, Development, S. 203.
- 102 Mommsen, Beamtentum, S. 13, 18; vgl. Lepsius, Staatsrecht; Reichardt, Gewaltpolitik.
- 103 Hardtwig, Volksgemeinschaft, S. 247, 252f.
- 104 Vgl. Ferguson, Financier, S. 49f., 64–82.
- 105 Vgl. Siedler, Leben, S. 32–35, 253f.
- 106 Katznelson, Fear, S. 12, 39f., 98f., 104f., 114f., 118f., 122f.
- 107 Katznelson, Fear, S. 36, 229, 230f., 234f., 234; zum Folgenden vgl. ebd., S. 227–275 (Zitate S. 232, 249–251); Smith, Liberalism; Amenta, Relief; Patel, »Soldaten der Arbeit«.
- 108 Vgl. Overy, Morbid Age.
- 109 Pugh, »Blackshirts«, S. 314f., 241.
- 110 Vgl. McKibbin, Ideologies, S. 197–227.
- 111 Mowat, Britain, S. 43; vgl. Cowling, Impact; Dawson, Consumers; Jackson, Equality; McCarthy, Parties; dies., Demo-

- crazy; McKibbin, *Parties*, S. 69–105, 140–176; Ritschel, *Politics*; Worley, *Labour*.
- 112 Macmillan, *Middle Way*, S. 371 f.
- 113 Sejersted, *Age*, S. 83, 68; zur skandinavischen Entwicklung vgl. ebd., S. 50–98, 106–121, 154–172; Berggren, *Palme*; Brandt, »Volksregierung«; Lundberg/Åmark, *Social Rights*; Nevers, *Reformism*; Kurunmäki/Strang, *Rhetorics*.
- 114 Sejersted, *Age*, S. 121.
- 115 Bloch, *Niederlage*, S. 205 f., 219, 223, 199; vgl. Borne/Dubief, *La crise*; Nord, *New Deal*; Paxton, *Vichy France*; ders., *Peasant Fascism*.
- 116 Mann, *Sieg*, S. 215, 220, 227, 238, 241–243.
- 117 Koselleck, *Geschichte*, S. 67.
- 118 Vgl. die beinahe gleichlautenden Passagen, in denen Marc Bloch und Thomas Mann ihr Bedauern darüber äußerten, dass der deutschen Demokratie nicht mit größerem Willen zur Zusammenarbeit und mehr »Fairness« begegnet worden war: Bloch, *Niederlage*, S. 227; Mann, *Sieg*, S. 239.

Schlussbemerkung und Dank

Wie sehr auch dieser Essay auf der ausgedehnten Lektüre der Forschungsliteratur beruht, wie viel er auch zahlreichen Historikerinnen und Historikern zu verdanken hat, ohne deren Arbeit niemals der »Häcksler im Kopf« (Pep Guardiola) angeworfen werden könnte – das Ergebnis dieser Lektüren, Gespräche und Überlegungen, deren Mängel allein dem Autor zur Last zu legen sind, richtet sich ausdrücklich nicht an ein Fachpublikum. Der Tradition der »kleinen reihe« gemäß handelt es sich um einen Deutungsversuch, der sich an eine größere, historisch und politisch interessierte Leserschaft wendet. Sprache und Darstellungsweise folgen nicht den akademischen Konventionen, die allzu oft einer breiten Rezeption, einer Verdeutlichung der Relevanz wissenschaftlicher Erkenntnis entgegenwirken. Solch ein Publikum zu erreichen, ohne die Fachdisziplin zu langweilen, ist die Hoffnung des Autors. Insofern stellt dieser Interpretationssessay ein Experiment sowohl des Schreibens als auch des Denkens dar. Gerade darin lag der Reiz dieser Aufgabe. Manches ist Teil eines umfangreicheren Forschungsprojekts; ausführlichere Belege und Begründungen werden dort zu finden sein.

Meinem Verlag danke ich sehr: Birgit Otte dafür, dass sie diesen Essay angeregt, und Sabine Lammers dafür, dass sie ihn betreut hat. Danken möchte ich auch den vielen Freunden und Kollegen, mit denen ich mich immer wieder über diese und verwandte Fragen ausgetauscht habe, die mir ihre Zeit und Aufmerksamkeit geschenkt, meine Perspektive erweitert, meine Kenntnisse vertieft, mein Denken geschärft haben, unter ihnen Martin Bauer, Elisabeth Dieterman, Anselm Doering-Manteuffel, Moritz Föllmer, Wolfgang

Hardtwig, Ben Jackson, Ulrike Jureit, Urban Lundberg, Jamie Martin, Helen McCarthy, Thomas Mergel, Stefanie Middendorf, Philipp Müller, Klaus Naumann, Jeppe Nevers, Till van Rahden, Hedwig Richter, Benjamin Schröder, Jason Scott Smith und Adam Tooze. Überaus dankbar bin ich Jens Hacke, der alles gelesen hat und mit dem ich mich in einem ununterbrochenen Gespräch über alles befinden darf. Am meisten danke ich meiner geliebten Antonia, meiner idealen Leserin, ohne die weder dieses noch überhaupt ein anderes Unternehmen gelingen könnte. Ihr ist dieses Büchlein gewidmet.

Bibliografie

- Abelshausen, Werner, Freiheitlicher Korporatismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: ders. (Hrsg.), Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat, Stuttgart 1987, S. 147–170.
- Ders. (Hrsg.), Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat, Stuttgart 1987.
- Admati, Anat/Hellwig, Martin, The Banker's New Clothes. What's Wrong with Banking and What to Do about It, Princeton 2013.
- Alchon, Guy, The Invisible Hand of Planning. Capitalism, Social Science, and the State in the 1920s, Princeton 1985.
- Amenta, Edwin, Bold Relief. Institutional Politics and the Origins of Modern American Social Policy, Princeton 2000.
- Anders, Freia, Verfassungswirklichkeit und Verfassungskritik in der Ersten Tschechoslowakischen Republik, in: Christoph Gusy (Hrsg.), Demokratie in der Krise. Europa in der Zwischenkriegszeit, Baden-Baden 2008, S. 229–262.
- Anderson, Margaret L., Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany, Princeton 2000.
- Backhouse, Roger E./Bateman, Bradley W., Capitalist Revolutionary. John Maynard Keynes, Cambridge 2011.
- Baldwin, Stanley, On England. And Other Addresses, London 1926.
- Barber, Benjamin, If Mayors Ruled the World. Dysfunctional Nations, Rising Cities, New Haven 2013.
- Benjamin, Walter, Das Passagen-Werk, 2 Bde. (Gesammelte Schriften, Bd. V/1 und V/2), Frankfurt 1991.
- Berggren, Henrik, Olof Palme. Vor uns liegen wunderbare Tage, München 2011.
- Bernecker, Walther L., Geschichte Spaniens im 20. Jahrhundert, München 2010.
- Ders./Klaus Herbers, Geschichte Portugals, Stuttgart 2013.
- Besson, Waldemar, Zur Frage der Staatsführung in der Weimarer Republik. Dokumentation (enthält Alexander Rüstow, Diktatur innerhalb der Grenzen der Demokratie), in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 7 (1959), S. 85–111.
- Blackbourn, David/Eley, Geoff, The Peculiarities of German His-

- tory. *Bourgeois Society and Politics in Nineteenth-Century Germany*, Oxford 1984.
- Blasius, Dirk, *Weimars Ende. Bürgerkrieg und Politik 1930–1933*, Göttingen 2006.
- Bloch, Marc, *Die seltsame Niederlage: Frankreich 1940. Der Historiker als Zeuge*, Frankfurt 1995.
- Ders., *Apologie der Geschichtswissenschaft oder Der Beruf des Historikers*, Stuttgart 2002.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang, *Wissenschaft, Politik, Verfassungsgericht*, Frankfurt 2011.
- Boldt, Hans, *Der Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung*, in: Michael Stürmer (Hrsg.), *Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas*, Königstein 1985, S. 288–309.
- Bonn, Moritz Julius, *Das Schicksal des deutschen Kapitalismus*, Berlin 1926.
- Borne, Dominique/Dubief, Henri, *La crise des années 30. 1929–1930*, Paris 1989.
- Bosworth, Richard J. B., *The Italian Dictatorship. Problems and Perspectives in the Interpretation of Mussolini and Fascism*, London 1998.
- Boyce, Robert W. D., *British Capitalism at the Crossroads, 1919–1932. A Study in Politics, Economics and International Relations*, Cambridge 1987.
- Ders., *The Great Interwar Crisis and the Collapse of Globalization*, New York 2012.
- Brandt, Peter, *Die schwedische Arbeiterbewegung bis 1940. Solidargemeinschaft, Interessenvertretung, Bündnispolitik*, in: Detlef Lehnert (Hrsg.), *Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept »Volksheim« im Vergleich 1900–1938*, Köln 2013, S. 75–104.
- Ders., *Mit der »Volksregierung« zum demokratischen Wohlfahrtsstaat. Dänemark 1900–1940*, in: Detlef Lehnert (Hrsg.), *Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept »Volksheim« im Vergleich 1900–1938*, Köln 2013, S. 257–282.
- Brecht, Arnold, *Die Auflösung der Weimarer Republik und die Politische Wissenschaft*, in: *Zeitschrift für Politik N. F. 2* (1955), S. 291–308.
- Brick, Howard, *Transcending Capitalism. Visions of a New Society in Modern American Thought*, Ithaca 2006.

- Bruendel, Steffen, Zur Identität von Volk und Staat. Die deutsche Verfassungsdiskussion 1915, in: Detlef Lehnert (Hrsg.), *Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept »Volksheim« im Vergleich 1900–1938*, Köln 2013, S. 205–226.
- Burk, Kathleen (Hrsg.), *War and the State. The Transformation of British Government, 1914–1919*, Boston 1982.
- Casanova, Juliain, *The Spanish Republic and Civil War*, Cambridge 2010.
- Castles, Francis G. u. a. (Hrsg.), *The Oxford Handbook of the Welfare State*, Oxford 2010.
- Clark, Christopher, *Wilhelm II. Die Herrschaft des letzten deutschen Kaisers*, München 2009.
- Ders., *The Sleepwalkers. How Europe Went to War in 1914*, London 2012.
- Clavin, Patricia, *The Great Depression in Europe, 1929–1939*, Basingstoke 2000.
- Cowling, Maurice, *The Impact of Labour 1920–1924. The Beginning of Modern British Politics*, Cambridge 1971.
- Dahl, Robert A., *On Democracy*, New Haven 2000.
- Dawson, Sandra, *Working-Class Consumers and the Campaign for Holidays with Pay*, in: *Twentieth Century British History* 18 (2007), S. 277–305.
- Dietz, Bernhard, *Neo-Tories. Britische Konservative im Aufstand gegen Demokratie und politische Moderne (1929–1939)*, München 2012.
- Dippel, Horst, Art. *Démocratie, Démocrates*, in: Rolf Reichardt/Eberhard Schmitt (Hrsg.), *Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680–1820*, Bd. 6, München 1986, S. 57–97.
- Doering-Manteuffel, Anselm, *Weimar als Modell. Der Ort der Zwischenkriegszeit in der Geschichte des 20. Jahrhunderts*, in: *Mittelweg* 36, 21/6 (2012), S. 23–36.
- Ders., »Soziale Demokratie« als transnationales Ordnungsmodell im 20. Jahrhundert, in: Jost Dülffer/Wilfried Loth (Hrsg.), *Dimensionen internationaler Geschichte*, München 2012, S. 313–333.
- Emmerson, Charles, 1913. *The World Before the Great War*, London 2013.
- Etzemüller, Thomas, *Die Romantik der Rationalität. Alva und*

- Gunnar Myrdal. *Social Engineering in Schweden*, Bielefeld 2010.
- Ders. (Hrsg.), *Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2009.
- Falter, Jürgen W., *Hitlers Wähler*, München 1991.
- Feldman, Gerald D., *Army, Industry and Labor in Germany, 1914–1918*, Providence 1992.
- Ders., *The Great Disorder. Politics, Economics, and Society in the German Inflation, 1914–1924*, Oxford 1996.
- Ferguson, Niall, *Paper and Iron. Hamburg business and German politics in the era of inflation, 1897–1927*, Cambridge 1995.
- Ders., *High Financier. The Lives and Time of Siegmund Warburg*, London 2011.
- Finer, S. E., *The History of Government*, 3 Bde., Oxford 1997.
- Fischer, Conan, *Europe between Democracy and Dictatorship 1900–1945*, Oxford 2011.
- Freeden, Michael, *The New Liberalism. An Ideology of Social Reform*, Oxford 1978.
- Friedrich, Carl J., *The Development of the Executive Power in Germany*, in: *American Political Science Review* 27 (1933), S. 185–203.
- Gentile, Giovanni, *The Philosophic Basis of Fascism*, in: *Foreign Affairs*, Januar 1928, S. 290–304.
- Geyer, Martin H., *Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne, München 1914–1924*, Göttingen 1998.
- Gräser, Marcus, *Wohlfahrtsgesellschaft und Wohlfahrtsstaat. Bürgerliche Sozialreform und Welfare State Building in den USA und in Deutschland 1880–1940*, Göttingen 2009.
- Grazia, Victoria de, *The Culture of Consent. Mass Organization of Leisure in Fascist Italy*, Cambridge 1981.
- Groh, Kathrin, *Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik. Von der konstitutionellen Staatslehre zur Theorie des modernen demokratischen Verfassungsstaats*, Tübingen 2010.
- Gusy, Christoph (Hrsg.), *Demokratie in der Krise. Europa in der Zwischenkriegszeit*, Baden-Baden 2008.
- Hacke, Jens, *Moritz Julius Bonn – ein vergessener Verteidiger der Vernunft. Zum Liberalismus in der Krise der Zwischenkriegszeit*, in: *Mittelweg* 36, 19/6 (2010), S. 26–59.
- Hacker, Jacob/Pierson, Paul, *Winner-Take-All Politics. How Wa-*

- shington Made the Rich Richer and Turned Its Back on the Middle Class, New York 2010.
- Hammer, Hermann, Die deutschen Ausgaben von Hitlers »Mein Kampf«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 4 (1956), S. 161–178.
- Hardtwig, Wolfgang, Nationalismus und Bürgerkultur in Deutschland 1500–1914. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1994.
- Ders., Politische Kultur der Moderne. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 2011.
- Ders., Deutsche Geschichtskultur im 19. und 20. Jahrhundert, München 2013.
- Ders., Volksgemeinschaft im Übergang. Von der Demokratie zum rassistischen Führerstaat, in: Detlef Lehnert (Hrsg.), Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept »Volksh Heim« im Vergleich 1900–1938, Köln 2013, S. 227–253.
- Ders. (Hrsg.), Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939, Göttingen 2005.
- Ders. (Hrsg.), Ordnungen in der Krise. Zur Politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1918–1933, München 2007.
- Hawley, Ellis W., The Great War and the Search for a Modern Order. A History of the American People and Their Institutions 1917–1933, New York 1992.
- Heilbronner, Oded, German or Nazi Antisemitism?, in: Dan Stone (Hrsg.), The Historiography of the Holocaust, Basingstoke 2004, S. 9–23.
- Heller, Hermann, Politische Demokratie und soziale Homogenität [1928], in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 2, Tübingen 1992, S. 421–433.
- Herbert, Ulrich, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 1996.
- Hirsch, Julius, Deutsche Wirtschaftswissenschaft und -Praxis im letzten Menschenalter, in: Moritz Julius Bonn/Melchior Palyi (Hrsg.), Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege, Bd. 2, München 1925, S. 147–197.
- Ders., Das amerikanische Wirtschaftswunder, Berlin 1926.
- Hockerts, Hans Günter, Der deutsche Sozialstaat. Entfaltung und Gefährdung seit 1945, Göttingen 2011.
- Hoffmann, Stefan-Ludwig, Geselligkeit und Demokratie. Vereine

- und zivile Gesellschaft im transnationalen Vergleich, 1750–1914, Göttingen 2003.
- Holtz, Bärbel/Spenkuch, Hartwin (Hrsg.), Preußens Weg in die politische Moderne. Verfassung – Verwaltung – politische Kultur zwischen Reform und Reformblockade, Berlin 2001.
- Hoppenstedt, Wolfram, Gerhard Colm. Leben und Werk (1897–1968), Stuttgart 1997.
- Jackson, Ben, Equality and the British Left. A study in progressive political thought, 1900–64, Manchester 2007.
- Jasper, Gotthard, Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930–1934, Frankfurt 1986.
- Judt, Tony, Dem Land geht es schlecht. Ein Traktat über unsere Unzufriedenheit, München 2011.
- Katznelson, Ira, Fear Itself. The New Deal and the Origins of Our Time, New York 2013.
- Keane, John, Violence and Democracy, Cambridge 2004.
- Keynes, John Maynard, Krieg und Frieden. Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrags von Versailles [1919], Berlin 2006.
- Ders., Liberalism and Labour [1926], in: Collected Writings, Bd. 9: Essays in Persuasion, London 1972, S. 307–311.
- Ders., Das Ende des Laissez-Faire. Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft, München 1926.
- Ders., Economic Possibilities for our Grandchildren [1930], in: Collected Writings, Bd. 9: Essays in Persuasion, London 1972, S. 321–332.
- Ders., The General Theory of Employment, Interest, and Money, New York 1936.
- Kirchheimer, Otto, Weimar – und was dann? Analyse einer Verfassung [1930], in: ders., Politik und Verfassung, Frankfurt 1964, S. 9–56.
- Koselleck, Reinhart, Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848, München 1989.
- Ders., Erfahrene Geschichte. Zwei Gespräche, Heidelberg 2013.
- Kössler, Till, Kinder der Demokratie. Religiöse Erziehung und urbane Moderne in Spanien, 1890–1936, München 2013.
- Krieger, Leonard, The Idea of the Welfare State in Europe and the United States, in: Journal of the History of Ideas 24 (1963), S. 553–568.

- Kühne, Thomas, Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918 und seine politische Kultur. Demokratisierung, Segmentierung, Militarisierung, in: *Neue Politische Literatur* 43 (1998), S. 206–263.
- Kurunmäki, Jussi/Strang, Johan (Hrsg.), *Rhetorics of Nordic Democracy*, Helsinki 2010.
- Lehnert, Detlef (Hrsg.), *Hugo Preuß 1860–1925. Genealogie eines modernen Preußen*, Köln 2011.
- Ders. (Hrsg.), *Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept »Volksh Heim« im Vergleich 1900–1938*, Köln 2013.
- Lepsius, Oliver, Gab es ein Staatsrecht des Nationalsozialismus?, in: *Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte* 26 (2004), S. 102–116.
- Lethen, Helmut, *Verhaltenslehren der Kälte. Lebensversuche zwischen den Kriegen*, Frankfurt 1994.
- Lindseth, Peter L., The Paradox of Parliamentary Supremacy. Delegation, Democracy, and Dictatorship in Germany and France, 1920s–1950s, in: *Yale Law Journal* 113 (2004), S. 1341–1415.
- Llanque, Marcus, *Demokratisches Denken im Krieg. Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg*, Berlin 2000.
- Ders., Die Diktatur im Horizont der Demokratie. Zur verfassungspolitischen Diskussion der Zwischenkriegszeit, in: Christoph Gusy (Hrsg.), *Demokratie in der Krise. Europa in der Zwischenkriegszeit*, Baden-Baden 2008, S. 52–85.
- Lundberg, Urban/Åmark, Klas, Social Rights and Social Security. The Swedish Welfare State, 1900–2000, in: *Scandinavian Journal of History* 26 (2001), S. 157–176.
- Macmillan, Harold, *The Middle Way. A Study of the Problem of Social and Economic Progress in a Free and Democratic Society*, London 1938.
- MacMillan, Margaret, *Peacemakers. The Paris Conference of 1919 and Its Attempt to End War*, London 2002.
- Dies., *The War That Ended Peace. How Europe Abandoned Peace for the First World War*, London 2013.
- Mager, Wolfgang, Art. Republik, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Stuttgart 2004, Bd. 5, S. 549–651.
- Mann, Thomas, *Betrachtungen eines Unpolitischen* [1918], Frankfurt 2001.

- Ders., Vom zukünftigen Sieg der Demokratie [1938], in: ders., Essays, Bd. 4: Achtung, Europa! Essays 1933–1938, hrsg. von Hermann Kurze und Stephan Stachorski, Frankfurt 1995, S. 214–244.
- Marshall, T. H., *Citizenship and Social Class, and Other Essays*, Cambridge 1950.
- Mazower, Mark, *Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert*, Berlin 2000.
- McCarthy, Helen, Parties, voluntary associations and democratic politics in interwar Britain, in: *Historical Journal* 50 (2007), S. 891–912.
- Dies., Whose Democracy? Histories of British political culture between the wars, in: *Historical Journal* 55 (2012), S. 221–238.
- McElligott, Anthony (Hrsg.), *Weimar Germany*, Oxford 2011.
- McKibbin, Ross, *The Ideologies of Class. Social Relations in Britain 1880–1950*, Oxford 1990.
- Ders., *Classes and Cultures. England 1918–1950*, Oxford 2000.
- Ders., *Parties and People. England 1914–1951*, Oxford 2010.
- Meier, Christian/Reimann, Hans Leo/Maier, Hans/Koselleck, Reinhart/Conze, Werner, Art. Demokratie, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Stuttgart 2004, Bd. 1, S. 821–899.
- Mergel, Thomas, *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf 2002.
- Ders., Das Scheitern des deutschen Tory-Konservatismus. Die Umformung der DNVP zu einer rechtsradikalen Partei 1928–1932, in: *Historische Zeitschrift* 276 (2003), S. 323–368.
- Ders., Democracy and Dictatorship 1918–1939, in: Helmut Walser Smith (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Modern German History*, Oxford 2011, S. 423–452.
- Metzler, Gabriele, *Der deutsche Sozialstaat. Vom Bismarckschen Erfolgsmodell zum Pflegefall*, Stuttgart 2003.
- Middelaaar, Luuk van, *The Passage to Europe. How A Continent Became a Union*, New Haven 2013.
- Middlemas, Keith, *Politics in Industrial Society. The experience of the British system since 1911*, London 1979.
- Mommsen, Hans, *Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewähl-*

- ten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik, Stuttgart 1966.
- Mowat, Charles Loch, *Britain Between The Wars, 1918–1940*, London 1968.
- Müller, Sven Oliver/Torp, Cornelius (Hrsg.), *Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse*, Göttingen 2009.
- Müller, Tim B., *Demokratie und Wirtschaftspolitik in der Weimarer Republik*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, erscheint 2014.
- Münkler, Herfried, *Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918*, Berlin 2013.
- Nevers, Jeppe, *Reformism and »Nordic Democracy«. A Journey in Danish Political Thought*, in: Jussi Kurunmäki/Johan Strang (Hrsg.), *Rhetorics of Nordic Democracy*, Helsinki 2010, S. 165–178.
- Nickel, Erich, *Politik und Politikwissenschaft in der Weimarer Republik*, Berlin 2004.
- Nietzsche, Friedrich, *Kritische Studienausgabe*, hrsg. von Giorgio Colli und Mazzino Montinari, Bd. 1: *Die Geburt der Tragödie. Unzeitgemäße Betrachtungen I–IV. Nachgelassene Schriften 1870–1873*, München 1988.
- Ders., *Kritische Studienausgabe*, hrsg. von Giorgio Colli und Mazzino Montinari, Bd. 5: *Jenseits von Gut und Böse. Zur Genealogie der Moral*, München 1993.
- Nipperdey, Thomas, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, 2 Bde., München 1998.
- Nord, Philip, *France's New Deal. From the Thirties to the Post-war Era*, Princeton 2010.
- Overy, Richard, *The Morbid Age. Britain between the Wars*, London 2009.
- Palmer, R. R., *Notes on the Use of the Word »Democracy« 1789–1799*, in: *Political Science Quarterly* 68 (1953), S. 203–226.
- Patel, Kiran Klaus, *»Soldaten der Arbeit«. Arbeitsdienste in Deutschland und den USA 1933–1945*, Göttingen 2003.
- Paxton, Robert O., *Vichy France. Old Guard and New Order, 1940–1944*, New York 2001.
- Ders., *French Peasant Fascism. Henry Dorgères's Greenshirts and the Crises of French Agriculture, 1929–1939*, Oxford 1997.
- Petersson, Niels P., *Anarchie und Weltrecht. Das Deutsche Reich*

- und die Institutionen der Weltwirtschaft 1890–1930, Göttingen 2009.
- Peukert, Detlev J. K., *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne*, Frankfurt 1987.
- Prasad, Monica, *The Land of Too Much. American Abundance and the Paradox of Poverty*, Cambridge 2012.
- Preuß, Hugo, *Das deutsche Volk und die Politik [1915]*, in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 1: *Politik und Gesellschaft im Kaiserreich*, hrsg. von Lothar Albertin, Tübingen 2007, S. 383–530.
- Pugh, Martin, *»Hurrah for the Blackshirts!« Fascists and Fascism in Britain Between the Wars*, London 2006.
- Pyta, Wolfram, *Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler*, München 2009.
- Randers, Jorgen, 2052. *Der neue Bericht an den Club of Rome. Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre*, München 2012.
- Raphael, Lutz, *Ordnungsmuster der »Hochmoderne«? Die Theorie der Moderne und die Geschichte der europäischen Gesellschaften im 20. Jahrhundert*, in: Ute Schneider/Lutz Raphael (Hrsg.), *Dimensionen der Moderne*, Frankfurt 2008, S. 73–92.
- Ders., *Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914–1945*, München 2011.
- Reagan, Patrick, *Designing America. The Origins of New Deal Planning, 1890–1943*, Amherst 1999.
- Reichardt, Sven, *Totalitäre Gewaltpolitik? Überlegungen zum Verhältnis von nationalsozialistischer und kommunistischer Gewalt in der Weimarer Republik*, in: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.), *Ordnungen in der Krise. Zur politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1900–1933*, München 2007, S. 377–402.
- Reinhard, Wolfgang, *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 2002.
- Retallack, James, *Obrigkeitsstaat und politischer Massenmarkt*, in: Sven Oliver Müller/Cornelius Torp (Hrsg.), *Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse*, Göttingen 2009, S. 121–135.
- Rey Reguillo, Fernando del/Ailvarez Tardío, Manuel (Hrsg.), *The Spanish Second Republic Revisited. From Democratic Hopes to the Civil War (1931–1936)*, Brighton 2012.

- Ringen, Stein, *Nation of Devils. Democratic Leadership and the Problem of Obedience*, New Haven 2013.
- Ritschel, Daniel, *The Politics of Planning. The Debate on Economic Planning in Britain in the 1930s*, Oxford 1997.
- Ritter, Gerhard A., *Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich*, München 1991.
- Rodgers, Daniel T., *Atlantic Crossings. Social Politics in a Progressive Age*, Cambridge 1998.
- Rosanvallon, Pierre, *Die Gesellschaft der Gleichen*, Hamburg 2013.
- Rossiter, Clinton, *Constitutional Dictatorship. Crisis Government in the Modern Democracies*, Princeton 1948.
- Rothschild, Emma, *Economic Sentiments. Adam Smith, Condorcet, and the Enlightenment*, Cambridge 2001.
- Runciman, David, *The Confidence Trap. A History of Democracy in Crisis from World War I to the Present*, Princeton 2013.
- Schieder, Wolfgang, *Faschistische Diktaturen. Studien zu Deutschland und Italien*, Göttingen 2008.
- Schmitt, Carl, *Wesen und Werden des faschistischen Staates [1929]*, in: ders., *Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar – Genf – Versailles*, Berlin 1994, S. 124–130.
- Schulz, Gerhard, *Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland*, Frankfurt 1975.
- Sejersted, Francis, *The Age of Social Democracy. Norway and Sweden in the Twentieth Century*, Princeton 2011.
- Siedler, Wolf Jobst, *Ein Leben wird besichtigt. In der Welt der Eltern*, Berlin 2000.
- Skowronek, Stephen, *Building a New American State. The Expansion of National Administrative Capacities, 1877–1920*, Cambridge 1982.
- Smith, Jason Scott, *Building New Deal Liberalism. The Political Economy of Public Works, 1933–1936*, Cambridge 2006.
- Stedman Jones, Daniel, *Masters of the Universe. Hayek, Friedman and the Birth of Neoliberal Politics*, Princeton 2012.
- Steiner, Zara, *The Lights that Failed. European International History 1919–1933*, Oxford 2007.
- Dies., *The Triumph of the Dark. European International History 1933–1939*, Oxford 2013.

- Tingsten, Herbert, Stability and Vitality in Swedish Democracy, in: *Political Quarterly* 26 (1955), S. 140–151.
- Tocqueville, Alexis de, *Über die Demokratie in Amerika*, 2 Bde., Zürich 1987.
- Tooze, Adam, *Statistics and the German State, 1900–1945. The Making of Modern Economic Knowledge*, Cambridge 2001.
- Ders., *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*, München 2007.
- Ders., *The Deluge. The Great War and the Remaking of the Global Order*, London 2014.
- Torp, Cornelius, *Die Herausforderung der Globalisierung. Wirtschaft und Politik in Deutschland 1860–1914*, Göttingen 2005.
- Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte*, Bd. 328, Berlin 1920.
- Walter, Dierk, *Imperialkrieg. Organisierte Gewalt in der europäischen Expansion*, Hamburg, erscheint demnächst.
- Weber, Petra, *Gescheiterte Sozialpartnerschaft – Gefährdete Republik? Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat. Deutschland und Frankreich im Vergleich (1918–1933/39)*, München 2010.
- Westbrook, Robert B., *John Dewey and American Democracy*, Ithaca 1991.
- Wildt, Michael, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002.
- Williamson, Philip, *Stanley Baldwin. Conservative Leadership and National Values*, Cambridge 1999.
- Wirsching, Andreas, *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, München 2012.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung *Globale Umweltveränderungen, Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*, Berlin 2011.
- Woolf, Leonard, *Can Democracy Survive?*, in: Mary Adams (Hrsg.), *The Modern State*, London 1933, S. 15–86.
- Worley, Matthew, *Labour Inside the Gate. A History of the British Labour Party between the Wars*, London 2005.
- Wright, Jonathan, *Gustav Stresemann 1878–1929. Weimars größter Staatsmann*, München 2006.

Zum Autor

Tim B. Müller, Dr. phil., ist Historiker am Hamburger Institut für Sozialforschung; seit 2007 Redaktionsmitglied der *Zeitschrift für Ideengeschichte*. In der Hamburger Edition erschien zuletzt von ihm »Erbe des Kalten Krieges« (Herausgeber, zusammen mit Bernd Greiner und Klaas Voß), »Macht und Geist im Kalten Krieg« (Herausgeber, zusammen mit Bernd Greiner und Claudia Weber) sowie seine Monografie »Krieger und Gelehrte. Herbert Marcuse und die Denksysteme im Kalten Krieg«.